



MEINUNGSMONITOR ENTWICKLUNGSPOLITIK 2018 – EINSTELLUNGEN ZU ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

2018

Die Studie befasst sich mit den Einstellungen, dem Wissen und dem Engagement der Bevölkerung Deutschlands zu Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und globaler nachhaltiger Entwicklung. Sie stellt staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in diesem Themenbereich aktuelle Informationen und Analysen bereit, die diese für die strategische Ausrichtung ihrer Arbeit sowie für die Kommunikations- und Bildungsarbeit nutzen können. Als Datenbasis dient im Wesentlichen der Aid Attitudes Tracker, eine ländervergleichende Panelbefragung, die seit 2013 Daten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA erhebt.

MEINUNGSMONITOR
ENTWICKLUNGSPOLITIK 2018 –
EINSTELLUNGEN ZU
ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT UND
NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

2018

Impressum

Herausgeber

Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval)
Fritz-Schäffer-Straße 26
53113 Bonn, Germany

Tel: +49 (0)228 33 69 07-0

E-Mail: info@DEval.org

www.DEval.org

Verfasst von

Solveig H. Gleser
Dr. Sebastian H. Schneider

Verantwortlich

Dr. Martin Bruder

Gestaltung

MedienMélange: Kommunikation!
www.medienmelange.de

Lektorat

Dr. Susanne Reiff, to the point communication

Bildnachweis

Cover- und Infografik: Klara Esch, Bonn

Bibliografische Angabe

Schneider, S. H. und S. H. Gleser (2018), *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018: Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Druck

DCM Druck Center Meckenheim



Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten.

Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und die Transparenz zu den Ergebnissen zu erhöhen.

Der vorliegende Bericht sowie der [Onlineanhang](#) sind auf der DEval-Website als PDF-Download verfügbar unter:

www.deval.org/de/evaluierungsberichte.html

Anfragen nach einer gebundenen Ausgabe richten Sie bitte an:

info@DEval.org

© Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval), April 2018

ISBN 978-3-96126-071-3 (gebundene Ausgabe)

ISBN 978-3-96126-072-0 (PDF)

DANKSAGUNG

Unser Dank gilt zunächst Dr. Jennifer vanHeerde-Hudson (University College London) und Professor Dr. David Hudson (University of Birmingham) für ihre Beratung zu den Daten des *Aid Attitudes Tracker* (AAT) sowie der Bill & Melinda Gates Foundation für die kostenfreie Bereitstellung der Daten.

Besonderer Dank gilt allen Mitgliedern der Referenzgruppe, die das Studienkonzept und den Studienbericht kommentierten und dem Studienteam auf Basis ihres fachlichen und praktischen Wissens viele wertvolle Hinweise gaben. Der Referenzgruppe gehörten an: Katrin von der Mosel und Michaela Zintl (BMZ, Referat 105, Evaluierung und Ressortforschung), Carmen Lackas (BMZ, Referat 112, Bürgerschaftliches Engagement), Stephan Lockl (BMZ, Referat 113, Länder; Kommunen; entwicklungspolitische Bildungsarbeit), Cormac Ebken und Johanna Hauf (BMZ, Referat 300, Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung; Reduzierung von Armut und Ungleichheit), Anja Becky und Lidija Christmann (BMZ, Referat L2, Strategische Planung und Steuerung; Politische Analyse), Dr. Julia Lehmann (BMZ, Referat L5, Öffentlichkeitsarbeit; digitale Kommunikation und Besucherdienst), Ulrich Post (Welthungerhilfe), Pia Uçar (agl-Fachstelle Globales Lernen), Sarah Louis Montgomery (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen, VENRO), Susanne O'Byrne (Kindernothilfe), Felix Zimmermann (OECD DevCom), Andreas Rosen (Stiftung Nord-Süd-Brücken), Maren Jesaitis (Oxfam), Dorothea Giesen-Thole, Hajo Junge und Daniel Gens (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ), Prof. Dr. Eva Terberger und Martin Dorschel (KfW Entwicklungsbank) sowie Angela Krug (Engagement Global).

Für die Bereitschaft, an einem Interview zur öffentlichen Meinung zu Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit teilzunehmen, danken wir Prof. Dr. Simone Dietrich (Universität Genf), Felix Zimmermann (OECD DevCom), Ulrich Post (Welthungerhilfe) und Christian Wilmsen (ehemals BMZ).

Prof. Dr. Simone Dietrich (Universität Genf) und Prof. Dr. Jochen Gebauer (Universität Mannheim), die als externe Peer Reviewer hervorragende inhaltliche und methodische Hinweise zur Verbesserung des Studienberichts gaben, danken wir ebenfalls herzlich. Gleiches gilt für Prof. Dr. Jörg Faust und Dr. Stefan Leiderer, die die Studie als DEval-interne Peer Reviewer begleiteten. Ausgesprochen hilfreich war die Unterstützung von Verena Pflieger (INWT Statistics, Berlin), die zahlreiche statistische Funktionen programmierte, die die Arbeit mit den Daten des AAT erheblich erleichterten.

Caroline Orth sorgte als Projektadministratorin für einen reibungslosen Ablauf aller organisatorischen Angelegenheiten. Lisa Piontek leistete als studentische Hilfskraft durch ihre Literaturrecherche eine wichtige Vorarbeit zur Studie und unterstützte das Team in der Startphase tatkräftig. Nicole Hanke trug während ihres Praktikums ebenfalls zum Gelingen der Studie bei. Franziska Pradel arbeitete als studentische Hilfskraft mit an der Datenaufbereitung, Marie Michel half bei der Vorbereitung des Layouts. Josephine Brinkmann und Markus Peters unterstützten das Studienteam als studentische Hilfskräfte bei der Protokollierung der Referenzgruppensitzungen. Ihnen allen herzlichen Dank.

ZUSAMMENFASSUNG

Hintergrund

Deutschland zählt seit Langem zu den traditionellen großen Gebern öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance, ODA*). Im Jahr 2016 betrugen die deutschen ODA-Leistungen rund 25 Milliarden Euro.¹

In der von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*) spielen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eine besondere Rolle. Deutschland hat sich dieser Agenda verpflichtet: Staat und Zivilgesellschaft engagieren sich für ihre Umsetzung und die deutsche Bundesregierung setzte bereits 2014 mit der Zukunftscharta „EINEWELT – Unsere Verantwortung“ ein ambitioniertes Zeichen, um Politik, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger umfassend in ihr Engagement für eine nachhaltige Zukunft einzubinden.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu wissen, ob und in welchem Maße die Bevölkerung² Entwicklungspolitik und EZ unterstützt und welche Einstellungen sie ihnen gegenüber hat. Unterstützt die Bevölkerung beispielsweise die ODA und das Ziel, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für EZ bereitzustellen? Kennen die Bürgerinnen und Bürger die Agenda 2030 und engagieren sie sich für ein SDG?

Bislang wurden die Einstellungen, das Wissen und das Engagement der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der EZ und nachhaltiger Entwicklung nur bruchstückhaft erfasst. Die vorliegende Studie soll diese Lücke schließen und EZ-Akteuren Feedback aus der Bevölkerung bereitstellen und ihnen sowie einer breiteren Öffentlichkeit umfassendes Orientierungs- und Trendwissen verfügbar machen. Die Erkenntnisse der Studie sollen dazu beitragen, dass entwicklungspolitische Akteure die strategische Ausrichtung des Politik- und Handlungsfeldes vor dem Hintergrund der öffentlichen Meinung reflektieren, und Hinweise für die praktische Arbeit etwa in der Kommunikation oder in der politischen Bildung geben.

Leitfragen und Datenbasis

Die Studie widmet sich insbesondere diesen Fragen:

1. Welche Einstellungen haben die Bürgerinnen und Bürger³ zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie zu globaler nachhaltiger Entwicklung? Was wissen sie hierüber und wie engagieren sie sich?
2. Wie haben sich Wissen, Einstellungen und Engagement in den letzten Jahren verändert?
3. Welche individuellen und gesellschaftlichen Faktoren erklären Einstellungen, Wissen und Engagement (zum Beispiel soziodemografische Merkmale, parteipolitische Präferenzen und historische Ereignisse)?
4. Wie lässt sich die Bevölkerung hinsichtlich ihrer Einstellungen typologisieren, welche Bevölkerungsgruppen lassen sich also hinsichtlich dieser Merkmale sinnvoll voneinander unterscheiden?

Die Studie stützt sich auf die Daten des *Aid Attitudes Tracker* (AAT), der in sechsmonatigem Turnus in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und in den USA seit 2013 je etwa 6.000 Menschen zu ihrem Wissen, ihren Einstellungen und ihrem Verhalten hinsichtlich der EZ und entwicklungspolitisch relevanten Themen befragt.

¹ http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/geber/index.html

² Der Begriff „(deutsche) Bevölkerung“ bezieht sich in der gesamten Studie auf die in Deutschland lebende Bevölkerung, unabhängig von Staatsbürgerschaft und gemeldetem Wohnsitz.

³ Der Begriff „Bürgerinnen und Bürger“ bezieht sich in der Studie auf die in Deutschland lebende Bevölkerung und ist unabhängig von Staatsbürgerschaft und gemeldetem Wohnsitz.

Zentrale Ergebnisse

Die deutsche Bevölkerung unterstützt generell die Entwicklungszusammenarbeit in konstant hohem Maße: Rund 90 % der Bevölkerung finden EZ wichtig, etwa 40 % fordern ein stärkeres Engagement in der Armutsbekämpfung und circa 30 % befürworten eine großzügigere staatliche EZ. Zudem sprechen sich etwa 70 % dafür aus, dass Deutschland das 0,7 %-ODA-Ziel der Vereinten Nationen einhält oder gar überschreitet. Dies zeigt, dass weite Teile der Bevölkerung Deutschland eine globale Verantwortung zuschreiben. Zugleich wollen die Bürgerinnen und Bürger, dass die Bekämpfung von Armut in Deutschland Priorität hat. Sie differenzieren darüber hinaus kaum zwischen verschiedenen Motiven für EZ wie Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen oder Fluchtursachenbekämpfung. Die AAT-Daten deuten darauf hin, dass die Bevölkerung eher einen allgemeinen Nutzen der EZ sieht.

Trotz des hohen Zuspruchs sind auch Bedenken in der Bevölkerung weit verbreitet. Etwa 25 % halten EZ für unwirksam, während 10 % sie als wirksam einschätzen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung positioniert sich zwischen diesen Extremen. Die Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass rund 50 % der Gelder durch Korruption verloren gehen. Wirksamkeitseinschätzung und Korruptionsvermutung sind in der öffentlichen Meinung eng verknüpft.

Auch im internationalen Vergleich ist die Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber Entwicklungspolitik und EZ wohlwollend. Rund 40 % der Deutschen und Franzosen sprechen sich für eine Ausweitung der staatlichen Armutsbekämpfung aus. In England und USA fällt die Zustimmung mit rund 25 % deutlich niedriger aus. Der Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Regierung in der Armutsbekämpfung steht in allen vier Ländern in einem engen Zusammenhang mit einer eher linken bzw. liberalen politischen Orientierung⁴, dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung gegenüber Ländern im globalen Süden und einer positiven Wirksamkeitseinschätzung. Darüber hinaus unterstützen jüngere Menschen die Ausweitung der Armutsbekämpfung stärker als ältere Generationen.

Bürgerinnen und Bürger befassen sich mit globalen Herausforderungen durch die Medien, aber auch in persönlichen Gesprächen. Dennoch ist ihr spezifisches Wissen zu Entwicklungspolitik, EZ und globaler Entwicklung gering. Vor allem nehmen sie die Entwicklung globaler Armut und der Kindersterblichkeit sowie den wissenschaftlichen Konsens über den menschlichen Beitrag zum Klimawandel deutlich verzerrt wahr. Die 17 SDGs sind den Bürgerinnen und Bürgern weitgehend unbekannt. Sie sind indifferent bis skeptisch, ob die Ziele erreicht werden können, und sehen nur begrenzt eigene Einflussmöglichkeiten. Selbstwirksamkeit, also das Gefühl, etwas beitragen zu können, ist jedoch sehr wichtig, damit sich jemand für die Umsetzung der SDGs engagiert.

Rund 20 % der Bevölkerung spendeten 2017 Geld, 20 % entschieden sich bewusst für oder gegen den Konsum bestimmter Produkte, um positiv auf globale Entwicklung und Armut einzuwirken. Die Menschen übernehmen hingegen deutlich seltener Ehrenämter. Dies ist unter anderem auf die moralische Verpflichtung des Einzelnen und dessen empfundene Selbstwirksamkeit zurückzuführen, bei Spenden und Konsumententscheidungen sind zusätzlich die Ressourcen Bildung und Einkommen relevant.

Die Einstellungen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und EZ lassen sich zu vier Typen verdichten. Die Zuordnung steht in Zusammenhang mit dem soziodemografischen Hintergrund und der Parteiidentifikation der Befragten:

⁴ Im Rahmen der vorliegenden Studie wird die politische Orientierung immer auf Basis der Selbstverortung auf einer Links-Rechts-Skala operationalisiert (vgl. Tabelle 4 im Anhang).

1. **Unschlüssige (35 %)** weisen keine differenzierte Einstellung auf.
2. **Skeptiker (23 %)** sorgen sich zwar um die Lage im Globalen Süden und fühlen sich moralisch verpflichtet, unterstützen die EZ allerdings nur durchschnittlich und haben Vorbehalte bezüglich ihrer Wirksamkeit sowie eigener Einflussmöglichkeiten.
3. **Gegner (28 %)** sind wenig besorgt über die Lage im Süden, empfinden keine moralische Verpflichtung, unterstützen die EZ weniger und schätzen die EZ sowie sich selbst wenig wirksam ein.
4. **Unterstützende (14 %)** weisen in allen Einstellungsbereichen hohe Zustimmungswerte auf.

Die Studie widmet sich besonders den Auswirkungen von Fluchtbewegungen auf die Unterstützung der EZ: Über den gesamten Erhebungszeitraum von 2013 bis 2017 zeigte sich, dass einerseits nach dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise im September 2015 die Bevölkerung Zuwanderung stärker als Herausforderung wahrnahm und ihre Einstellung zu Geflüchteten geringfügig skeptischer wurde, andererseits jedoch ihre Unterstützung für die EZ leicht anstieg. Vor dem Höhepunkt des Zuzugs Geflüchteter geht mit einer stärkeren Einschätzung von Zuwanderung als Herausforderung bzw. Verschiebung der politischen Orientierung nach rechts eine geringfügig stärkere Unterstützung der EZ einher.

Später neutralisierte sich jedoch der Effekt der Zuwanderungswahrnehmung, während sich die Wirkung von Verschiebungen in der politischen Orientierung abschwächte. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass im Zuge des Zuzugs von Flüchtlingen und der Debatte um EZ als Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung tatsächlich die Unterstützung für EZ höher war, andererseits nach dem Höhepunkt der „Krise“ vormals positive Einflüsse von Wahrnehmungs- und Orientierungsänderung verschwinden.

Am Ende dieses Berichts werden die Implikationen der öffentlichen Meinung für Entwicklungspolitik- und Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Bildungs- und Kommunikationsarbeit präsentiert.

EINSTELLUNGEN

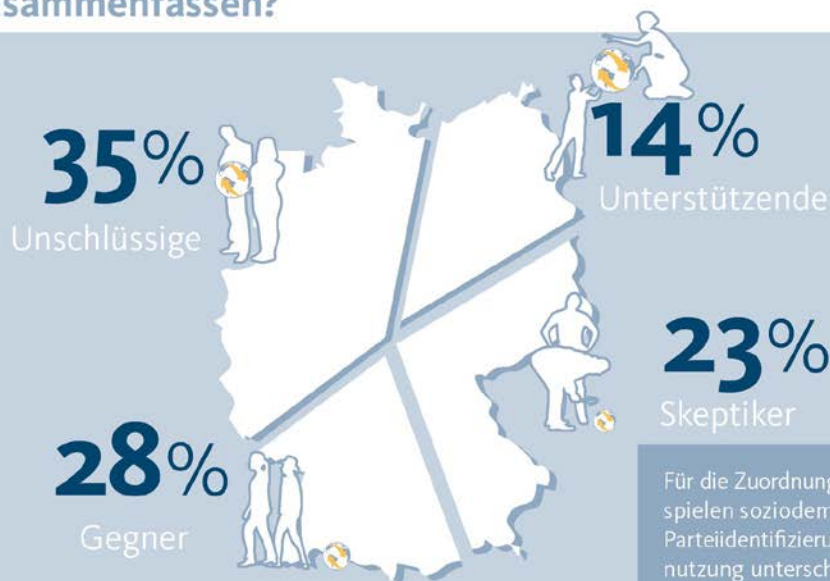
Was hält die Öffentlichkeit von Entwicklungszusammenarbeit?



1. Die Bevölkerung unterstützt die Entwicklungszusammenarbeit: rund 90% schätzen Entwicklungszusammenarbeit als wichtig ein. Rund 40% befürworten ein höheres staatliches Engagement in der globalen Armutsbekämpfung.
2. Die Bevölkerung unterscheidet kaum zwischen verschiedenen Motiven für Entwicklungszusammenarbeit wie z. B. Wirtschaftsförderung, Sicherheitsinteressen oder Fluchtursachenbekämpfung.
3. 25% der Bevölkerung halten die Entwicklungszusammenarbeit für unwirksam, nur 10% halten sie für wirksam, die Mehrheit ist unentschlossen. Zudem wird vermutet, dass 50% der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit durch Korruption verloren gehen.

TYOLOGIE

Zu welchen Einstellungstypen lassen sich die vielfältigen Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit zusammenfassen?



Für die Zuordnung zu den vier Einstellungstypen spielen soziodemografischer Hintergrund und Parteidentifizierung eine Rolle. Bei der Mediennutzung unterscheiden sich die vier Typen nur geringfügig.

ENGAGEMENT

Wie engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit?

5%

nennen eine ehrenamtliche Tätigkeit im Inland.

18%

geben an, im letzten Jahr gespendet zu haben.

23%

sagen, dass sie gezielte Konsumententscheidungen getroffen haben, um auf globale Entwicklung und Armut einzuwirken.

Sowohl für Spendentätigkeit und Konsumententscheidungen als auch für ehrenamtliche Tätigkeit ist es wichtig, dass Menschen sich dazu moralisch verpflichtet fühlen. Für Spendentätigkeit und Konsumententscheidungen spielen zudem Bildung und Einkommen eine Rolle.

SDGs

Was denkt die Bevölkerung über die Sustainable Development Goals (SDGs)?

Entscheidend dafür, ob sich Menschen für eines der Ziele engagieren, ist, dass sie sich als selbstwirksam wahrnehmen.

Die Bevölkerung ist skeptisch, ob die 17 Ziele bis 2030 erreicht werden. Die eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Erreichung der Ziele (Selbstwirksamkeit) und der eigene geleistete Beitrag werden moderat bis leicht positiv eingestuft. Etwas höhere Zustimmung zeigt sich bei Zielen mit Bezug zu Konsum und Umweltschutz.

WISSEN

Was wissen die Bürgerinnen und Bürger über das Themenfeld Entwicklungszusammenarbeit?

79%



der Befragten überschätzen den Anteil am Bundeshaushalt.

19%

geschätzt Ø

Über **50%**

der Befragten hatten im Sommer 2015 sowie im Sommer 2017 noch nicht von den SDGs gehört.

Wissensfragen zu Armutsbekämpfung, Kindersterblichkeit und Klimawandel werden mehrheitlich falsch beantwortet.

INHALT

Danksagung.....	v
Zusammenfassung	vii
Abkürzungen und Akronyme	xv
Glossar.....	xvi
1. Hintergrund und Ziele	1
1.1 Entwicklungspolitisches Handeln benötigt bürgerschaftliche Unterstützung	2
1.2 Schwacher Feedback-Loop zwischen EZ-Akteuren und Gesellschaft	3
1.3 Ziele der Studie.....	4
1.4 Aufbau der Studie	4
2. Interview: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Meinungsforschung zur EZ	6
3. Einstellungen zur EZ.....	12
3.1 Breite Unterstützung für die EZ in der Bevölkerung	13
3.1.1 Welche Merkmale beeinflussen die Unterstützung?	16
3.1.2 Die Bevölkerung steht staatlicher EZ positiv gegenüber.....	17
3.2 Warum EZ? Motive für EZ im Spiegel der öffentlichen Meinung.....	19
3.2.1 EZ als sicherheitspolitisches Instrument	21
3.2.2 EZ als Instrument der Wirtschaftsförderung	22
3.2.3 EZ als Instrument der Fluchtursachenbekämpfung	23
3.2.4 EZ als moralisches Gebot	24
3.3 Problemwahrnehmung und Prioritäten der Bevölkerung	24
3.3.1 Die größten Herausforderungen.....	24
3.3.2 Armut in Deutschland und der Welt	25
3.4 Wirksamkeit der deutschen EZ aus Sicht der Bevölkerung.....	27
3.4.1 Geringe Wirksamkeitswahrnehmung	28
4. Wissen über EZ und globale Entwicklung.....	31
4.1 Anteil der EZ am Bundeshaushalt.....	33
4.2 Wie schätzt die Bevölkerung globale Entwicklung ein?	34
5. Engagement in der EZ.....	38
5.1 Globale Entwicklung benötigt Engagement.....	39
5.2 Das Engagement der Bevölkerung im Zeitverlauf.....	39
5.3 Wer engagiert sich für globale Entwicklung?.....	42
5.4 Implikationen für die Engagementförderung	47
6. Die Agenda 2030 und die SDGs aus Sicht der Bevölkerung.....	48
6.1 Bekanntheit der SDGs	49
6.2 Erreichbarkeit und globaler Anspruch der SDGs	50
6.3 Einflussmöglichkeiten und eigenes Engagement für die SDGs aus Sicht der Bevölkerung	51
6.4 Sustainable Citizenship	52
6.5 Die Agenda 2030 – bei der Bevölkerung noch nicht angekommen.....	54
7. Typologiebildung	55
7.1 Typologien unterstützen das Verständnis komplexer Erhebungen	56

7.2	Statistisches Verfahren zur Typologiebildung: latente Klassenanalyse	56
7.3	Vier Typen: Unterstützende, Unschlüssige, Skeptiker und Gegner	57
7.4	Merkmale der vier Einstellungstypen	58
8.	Informationsverhalten und Mediennutzung	62
8.1	Entwicklungsbezogene Mediennutzung in Zeiten sozialer Medien und „Fake News“	63
8.2	Die Mediennutzung der vier Einstellungstypen.....	63
8.3	Wahrnehmung der Berichterstattung über internationale Entwicklung und Armut.....	65
8.4	Mögliche Implikationen für die Kommunikations- und Bildungsarbeit.....	66
9.	Die Wirkung des Flüchtlingszuzugs seit 2015 auf die Unterstützung der EZ	67
9.1	Der Zuzug von Geflüchteten seit 2015 und seine politischen Konsequenzen	68
9.2	Einstellungen zu Geflüchteten und Zuwanderung.....	69
9.3	Die Unterstützung der EZ im Verlauf des Zuzugs von Geflüchteten seit 2015.....	71
10.	Implikationen für Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit	75
11.	Literatur.....	79

Abbildungen

Abbildung 1	Wichtigkeit der EZ im Ländervergleich (Eurobarometer 1983-2016)	14
Abbildung 2	Unterstützung staatlichen Engagements in der Armutsbekämpfung (Juli 2017).....	15
Abbildung 3	Allgemeine Unterstützung der EZ im Zeitverlauf (2013-2017)	18
Abbildung 4	Zustimmung zu den vier Motiven für staatliche EZ (2013-2017).....	21
Abbildung 5	Priorisierung der Verringerung globaler Armut versus Armut in Deutschland.....	26
Abbildung 6	Wirksamkeit der EZ aus Sicht der deutschen Bevölkerung (2013-2017)	28
Abbildung 7	Schätzung des Anteils der EZ (ODA-Mittel) am Bundeshaushalt.....	33
Abbildung 8	Allgemeine Wissensfragen zu entwicklungsbezogenen Themen	35
Abbildung 9	Informationsaufnahme und -verbreitung im Bereich globale Armut und EZ	40
Abbildung 10	Form des Engagements und der Einflussnahme im Bereich globale Armut und EZ	41
Abbildung 11	Einflussfaktoren auf Spenden (im letzten Jahr).....	44
Abbildung 12	Einflussfaktoren auf Konsum/Boycott (im letzten Jahr)	45
Abbildung 13	Einflussfaktoren auf die Ausübung eines Ehrenamts in der EZ (In-/Ausland im letzten Jahr).....	46
Abbildung 14	Haben Sie schon einmal etwas von den Nachhaltigen Entwicklungszielen ('Sustainable Development Goals') gehört oder etwas über diese gelesen?	50
Abbildung 15	Auffassungen der Bevölkerung zur Erreichung der SDGs (Juli 2017).....	52
Abbildung 16	Einstellungstypen in der deutschen Bevölkerung.....	57
Abbildung 17	Profile des Antwortverhaltens der vier Einstellungstypen.....	58
Abbildung 18	Einflussfaktoren auf die Zuordnung zu den Einstellungstypen.....	60
Abbildung 19	Mediale Verfolgung internationaler Entwicklung und Armut	64
Abbildung 20	Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Wahrnehmung von Zuwanderung als Herausforderung.....	70
Abbildung 21	Längsschnittanalyse der Unterstützung von EZ (2013-2017).....	72
Abbildung 22	Längsschnittanalyse der Unterstützung von EZ (ab November 2015).....	73

Tabellen

Tabelle 1	Die Erhebungen des AAT (2013-2017)	xvi
Tabelle 2	Befürwortung staatlichen Engagements zur Armutsbekämpfung	17
Tabelle 3	Zusammenhangsanalyse Motive für EZ (Juli 2017).....	22
Tabelle 4	Zusammenhangsanalyse Priorisierung der Verringerung globaler Armut versus Armut in Deutschland (Juli 2017)	27
Tabelle 5	Zusammenhangsanalyse Wirksamkeitswahrnehmung (Juli 2017).....	29
Tabelle 6	Einflussfaktoren auf EZ-bezogenes Engagement.....	43
Tabelle 7	Zusammenhangsanalyse der Indizes Distanzierung und globale Gerechtigkeit	54

Kästen

Welche Faktoren beeinflussen Einstellungen zur EZ?.....	11
Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungshilfe – wie spricht die Bevölkerung?	20
Panel Conditioning.....	34

ABKÜRZUNGEN UND AKRONYME

AAT	Aid Attitudes Tracker
AfD	Alternative für Deutschland
BIC	Bayesian Information Criterion
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DFID	Department for International Development
EU	Europäische Union
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FDP	Freie Demokratische Partei
IS	Islamischer Staat
KMO	Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ODA	Official Development Assistance
SDG	Sustainable Development Goal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UN	United Nations
USA	United States of America
VENRO	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
ZiviZ	Zivilgesellschaft in Zahlen

GLOSSAR

Datenbasis: Aid Attitudes Tracker

Der *Aid Attitudes Tracker* (AAT) ist eine länderübergreifende Längsschnitterhebung zu den Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und daran angrenzenden tagesaktuellen Themen wie Wahlen, Flucht und Migration und Terrorismus. Seit Dezember 2013 werden in sechsmonatigem Turnus jeweils etwa 6.000 Menschen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA bevölkerungsrepräsentativ online befragt. Sie sind über 18 Jahre alt und halten sich in dem jeweiligen Land unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder ihrem gemeldeten Wohnort auf. Während in Großbritannien das staatliche Department for International Development (DFID) und der Dachverband nichtstaatlicher EZ-Organisationen Bond die Daten bereits intensiv nutzen, informiert der AAT in Deutschland bislang nur eine kleinere Gruppe mehrheitlich aus der Zivilgesellschaft kommender Akteure über die aktuellen Umfrageergebnisse.

Der AAT wird von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert und durch Forscherinnen und Forscher der University of Texas in Dallas, der University of Birmingham und des University College London geplant und durchgeführt. Die Datenerhebung erfolgt durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut YouGov. Die Stichprobe für die erste Erhebung des AAT im Dezember 2013 wurde aus dem Befragtenbestand des Instituts durch YouGov gezogen. Die bei Panelbefragungen üblichen Ausfälle in den Folgeerhebungen (Panelsterblichkeit) werden durch Auffrischungsstichproben ersetzt (YouGov, 2017). Die Anzahl der zum ersten Mal befragten Personen ist in der rechten Spalte von Tabelle 1 verzeichnet. YouGov ergreift zahlreiche Maßnahmen, um die Datenqualität sicherzustellen. Dazu zählt erstens die Gewichtung der Stichprobe anhand der Verteilung soziodemografischer Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Bildung in der Gesamtbevölkerung (Andreß et al., 2013). Zweitens werden Befragte ausgeschlossen, die den Fragebogen extrem schnell beantworten oder stets nur eine bestimmte Antwortoption auswählen (Zustimmungs- oder Ablehnungseffekte).

Sofern nicht anders angegeben, beispielsweise weil die verwendete Software für ein spezifisches Analyseverfahren keine entsprechende Funktion zur Gewichtung bietet, kommen in den nachfolgenden Analysen stets die gewichteten Daten zum Einsatz. Da der AAT die Hauptdatenquelle der Studie ist, wird seine Nutzung in Tabellen oder Abbildungen nicht explizit kenntlich gemacht. Andere Datenquellen wie etwa die Eurobarometer-Befragungen werden hingegen stets ausgewiesen.

Tabelle 1 Die Erhebungen des AAT (2013-2017)

Welle	Erhebungszeitraum	Befragte (gesamt)	Neue Befragte
1	Dezember 2013/Januar 2014	5.700	–
2	Juni/Juli 2014	6.170	2.063 (33 %)
3	Dezember 2014/Januar 2015	5.914	1.082 (18 %)
4	Mai/Juni 2015	6.059	1.478 (24 %)
5	Dezember 2015/Januar 2016	6.027	1.769 (29 %)
6	Juni/Juli 2016	6.049	1.018 (17 %)
7	November/Dezember 2016	6.131	771 (13 %)
8	Juli 2017	6.096	266 (4 %)

Einstellungen

Einstellungen können als zusammenfassende Bewertung von konkreten Objekten (z. B. Autos), Personen (z. B. Angela Merkel) oder gesellschaftlichen Gruppen (z. B. Geflüchtete) verstanden werden (Bohner und Wänke, 2009, S. 5). Sie dienen der Informationsverarbeitung und Organisation von Wissen (Raatz, 2016, S. 76). Zudem erleichtern sie die Navigation in der Umwelt: „Einstellungen beeinflussen die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen, was wir denken und wie wir handeln“ (Maio und Haddock, 2009, S. 4; Raatz, 2016, S. 65). Die Sozialpsychologie unterscheidet die kognitive, affektive und konative Einstellungsdimensionen (z. B. Eagly und Chaiken, 1993).

Einstellungen spielen eine wichtige Rolle für menschliche Reaktionen und damit für das Verhalten, obgleich ihre Vorhersagekraft für tatsächliches Verhalten in vielen Fällen schwach ist (*Attitude-Behaviour Gap*). Dies gilt insbesondere, wenn allgemeine Einstellungen zu breiten Themen erforscht werden und das untersuchte Verhalten abstrakt bzw. unspezifisch ist (Ajzen und Fishbein, 2005). Der Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten ist komplex und hängt von der Stärke und Konsistenz der Einstellungen, den direkten Erfahrungen mit dem Einstellungsobjekt, subjektiven und wahrgenommenen Normen, dem sozialen Umfeld sowie der Verhaltensintention ab.

Einstellungen zu Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sind keine einfachen, direkt beobachtbaren Merkmale, die durch eine oder sehr wenige Fragen erfasst werden können (Bae und Kim, 2016). Aufgrund der Kombination aus Komplexität und geringer Bedeutung im Alltag ist vielmehr davon auszugehen, dass die Einstellungen oder Wahrnehmungen ambivalent oder gar inkonsistent sind. So könnten beispielsweise trotz allgemeiner Unterstützung der EZ gleichzeitig Zweifel an ihrer Wirksamkeit bestehen. Ebenso können Menschen EZ unterstützen, der Ausgabe von Steuermitteln dafür jedoch nicht zustimmen. Sowohl an individuelle als auch aggregierte Einstellungen dürfen deshalb nicht Maßstäbe fachlicher Genauigkeit oder logischer Konsistenz angelegt werden. Aggregierte Einstellungen in Form von Mittel- oder Prozentwerten etwa im Vergleich über Bevölkerungsgruppen sind deshalb als Tendenzaussagen oder öffentliches Meinungsbild zu bewerten, die oftmals im Zeitverlauf stabil sind (Erikson und Tedin, 2011, S. 93–94). Substanzielle Veränderungen im Aggregat deuten auf eine Veränderung der öffentlichen Meinung hin.

Zu unterscheiden sind spezifische politische Einstellungen, etwa zu einer politischen Maßnahme, von der politischen Orientierung (oder auch Ideologie) eines Individuums. Diese umfasst zentrale Werte, Normen und allgemeinere politische Einstellungen, die auf die Gestaltung einer Gesellschaft abzielen (Erikson und Tedin, 2011, S. 72). Erfasst wird die politische Orientierung in der Regel durch die Selbstpositionierung auf einer Skala mit den Endpunkten links und rechts bzw. im angelsächsischen Raum liberal und conservative (Jost et al., 2009).

Einstellungsmessungen und ihre Interpretation

Viele Merkmale, die in dieser Studie von Interesse sind, lassen sich nicht problemlos als manifestes Merkmal erfassen. Einstellungen zu EZ oder moralischer Verpflichtung sind im Gegensatz zu Einkommen, Bildungsabschluss oder Alter latente Merkmale, die durch die Vorlage von Aussagen oder Zustimmungsfragen – sogenannte Items – auf einem Fragebogen ermittelt werden müssen. Die Analyse von Befragungsdaten wie des *Aid Attitudes Tracker* stellt eine Herausforderung dar, da relevante Merkmale auf Basis des vorliegenden Datenmaterials messbar gemacht, also operationalisiert werden müssen. Für spezifische Fragestellungen muss deshalb im Folgenden oftmals auf Einzelitems – also einzelne Aussagen oder Fragen – zurückgegriffen werden. Sofern die Datenlage es jedoch zulässt, werden sogenannte Likert-Skalen berechnet (Likert, 1932). Das heißt, über die Antworten zu mehreren Items wird für jede befragte Person der Mittelwert der Zustimmung berechnet, was eine verlässlichere Messung des jeweiligen Konstrukts ermöglicht. Dies trifft jedoch nur zu, wenn die Items ein einzelnes latentes Merkmal abbilden (Eindimensionalität) und sie durchschnittlich einen starken Zusammenhang aufweisen (Konsistenz bzw. Reliabilität) (einführend Moosbrugger und Kelava, 2012). Zur Bestimmung der Konsistenz wird die Kennzahl Cronbach's Alpha verwendet. In der Literatur wird häufig ein Schwellenwert von 0,7 für akzeptable Konsistenz genannt.

Messungen, die auf solchen Einzelitems oder Einstellungsskalen beruhen, sind schwieriger zu interpretieren als Messungen manifester Merkmale. Deutet beispielsweise ein Mittelwertvergleich des Einkommens zwischen Männern und Frauen auf einen Unterschied von 500 € hin, bedarf die statistische Interpretation keiner weiteren Diskussion.⁵ Bei einer Einstellungsmessung, die etwa ergibt, dass sich Personen mit Abitur in ihrer Unterstützung der EZ um 0,3 Skaleneinheiten von Personen mit Hauptschulabschluss unterscheiden, sind die Schlüsse hingegen weniger offensichtlich.

Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) bezeichnet die Zusammenarbeit von Ländern des Globalen Südens und des Globalen Nordens mit dem Ziel, dass dieser die Länder des Globalen Südens bei ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung unterstützt, damit die Bevölkerung ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen kann (siehe Glossareintrag „Globaler Süden“). Das Aufgabengebiet erstreckt sich von Armutsreduzierung bis zu Zollverhandlungen, wofür viele verschiedene Instrumente eingesetzt werden. EZ basiert auf dem Grundsatz globaler Solidarität und gemeinsamer Verantwortung. Deutschland zählt zu den traditionellen Geberländern und war mit ODA-Leistungen von 22 Milliarden Euro im Jahr 2016 zweitgrößter Entwicklungspartner (in absoluten Zahlen) des globalen Südens.

Mit der Agenda 2030 hat sich die internationale Gemeinschaft einerseits einen ambitionierten Zielkanon gegeben, der alle Bereiche der politischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklung umfasst (UN, 2015). Andererseits verdeutlicht die Agenda das Bemühen, die alte Dichotomie von Industrie- und Entwicklungsländern aufzubrechen und dadurch alle Länder als Entwicklungsländer in unterschiedlichen Stadien zu begreifen.

Globaler Süden

Das Konzept des Globalen Südens beschreibt eine ökonomisch, politisch und gesellschaftlich unterprivilegierte Stellung im globalen System (Mignolo, 2011). Der Begriff bezieht sich besonders auf jene Räume, die in der Vergangenheit zum Beispiel durch Kolonialismus, Neo-Imperialismus und Ausbeutung benachteiligt wurden. Im Vergleich zu den Begriffen Peripherie, Entwicklungsländer oder Dritte Welt, welche die Perspektive des hegemonialen Globalen Nordens widerspiegeln, verweist der Begriff globaler Süden auf Abhängigkeiten und ungerechte geopolitische Machtverhältnisse (Dados und Connell, 2012). Die Einteilung in Süd und Nord sollte daher nicht zwangsläufig geografisch, sondern im Kontext der Globalisierung mit ihrer „Dichotomie der Territorialisierung/Deterritorialisierung“ (Pagel et al., 2014, S. 1) verstanden werden. So zählen beispielsweise Staaten der südlichen Hemisphäre wie Australien zum Globalen Norden, während subnationale Räume innerhalb von Staaten des Globalen Nordens dem Süden zugeordnet werden (Trefzer et al., 2014).

⁵ Die gesellschaftliche Bedeutung bedarf hingegen einer Diskussion. Ebenso müssen weitere Merkmale berücksichtigt werden, z. B. (Berufs-)Bildung, ausgeübter Beruf, Alter und Beschäftigungsverhältnis.

Hauptkomponentenanalyse

Die Hauptkomponentenanalyse ist eine statistische Methode, um basierend auf Zusammenhängen (in der Statistik Korrelationen genannt) zwischen einer Reihe von Merkmalen die ihnen zugrundeliegenden Dimensionen zu ermitteln (einführend Backhaus et al., 2011). Ein Beispiel zur Illustration: Aus einer Reihe von Aussagen zu möglichen Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit, die den Befragten vorgelegt wurden, könnte die Analyse die beiden Dimensionen „positive Wirkung“ und „Risiken und Nebenwirkungen“ ergeben. Die Methode dient dazu, die Komplexität der Daten zu reduzieren und geeignete Instrumente zur Messung abstrakterer Merkmale wie moralische Verpflichtungen oder die Einstellung zu Geflüchteten zu entwickeln.

Regressionsanalyse

Regressionsanalysen stellen eine weitverbreitete statistische Methode zur Analyse von Zusammenhängen zwischen einer abhängigen und einer oder mehreren unabhängigen Variablen dar (einführend Backhaus et al., 2011). Die abhängige Variable, z. B. die allgemeine Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit, wird dabei durch ein Bündel an individuellen Merkmalen wie Soziodemografie und politische Orientierung geschätzt. Die Regressionskoeffizienten geben bei quantitativen Merkmalen an, um wie viele Messeinheiten sich die Unterstützung der EZ unter Kontrolle der übrigen Merkmale durchschnittlich verändert, wenn sich die jeweilige unabhängige Variable – z. B. das Alter – um eine Einheit verändert. Bei kategorialen Variablen wie Geschlecht oder Bildungsabschluss werden sogenannte Dummyvariablen verwendet, deren Koeffizient den durchschnittlichen Unterschied in der allgemeinen Unterstützung der EZ einer Merkmalsausprägung (z. B. „Abitur“) zu einer vorher festgelegten Vergleichskategorie (z. B. „Hauptschulabschluss“) angibt. Die Tabellen in den Hauptkapiteln dieser Studie berichten aus Gründen besserer Verständlichkeit nur die Richtung und statistische Signifikanz des Zusammenhangs (siehe Glossareintrag „Statistische Signifikanz“). Die numerischen Ergebnisse der Regressionsanalysen befinden sich stets im Anhang.

Die Kennzahl R^2 (auch Determinationskoeffizient genannt) gibt darüber hinaus an, welcher Anteil der Streuung der abhängigen Variable durch das Modell erklärt wird. Diese Kennzahl kann zwar als Indikator der Modellgüte betrachtet werden, sollte jedoch aufgrund der zahlreichen Einflussfaktoren auf Einstellungen und Verhalten nicht zu voreiligen Schlüssen verleiten. Wichtiger sind die Befunde zu Signifikanz und Substanz der einzelnen Koeffizienten (siehe Glossareintrag „Statistische Signifikanz“). Ist im Bericht von einer logistischen Regression die Rede, so wird das zuvor beschriebene Prinzip auf eine zweistufige kategoriale abhängige Variable übertragen, beispielsweise die Nutzung einer bestimmten Form bürgerschaftlichen Engagements (ja/nein). Die Interpretation der Koeffizienten wird in diesem Fall komplexer. Vereinfacht lassen sie sich als Veränderungen der Eintrittswahrscheinlichkeit des untersuchten Ereignisses (z. B. erfolgtes Engagement) bei Veränderung der unabhängigen Merkmale um eine Einheit interpretieren.

Statistische Signifikanz

Zur Überprüfung, ob ein Zusammenhang oder Unterschied statistisch relevant, also signifikant ist, kommen Signifikanztests zum Einsatz. Fällt der p-Wert unter den in den Sozialwissenschaften häufig genutzten kritischen Schwellenwert von 0,05, so wird ein Zusammenhang oder Unterschied als signifikant betrachtet (Bryman, 2016, S. 347). Der p-Wert bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, den in der Stichprobe gefundenen Zusammenhang oder einen noch größeren Zusammenhang zu beobachten, wenn die Nullhypothese gültig wäre, also kein Zusammenhang vorläge (Goodman, 2008, S. 136). Vereinfacht ausgedrückt ist der Befund mit nur geringer Wahrscheinlichkeit dem Zufall geschuldet und die Nullhypothese kann verworfen werden. Bei p-Werten unter 0,10 (also 10 %) wird ein Zusammenhang ebenfalls berichtet, jedoch auf die größere Unsicherheit über die Ablehnung der Nullhypothese hingewiesen. Bei p-Werten über 0,10 wird die Nullhypothese schließlich beibehalten.

Aus Signifikanz darf allerdings nicht auf Substanz geschlossen werden, denn mit großen Stichproben werden auch sehr kleine Befunde signifikant. Dies bedeutet zwar, dass hier mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Effekt vorliegt. Aufgrund der Tatsache, dass dieser Effekt sehr klein ist, kann es jedoch sein, dass er in der

Realität nur von geringer Bedeutung ist. Substanz ist deshalb separat zu prüfen. Darüber hinaus darf von einem statistisch signifikanten Befund nicht vorbehaltlos auf Ursächlichkeit (auch als Kausalität bezeichnet) geschlossen werden, da bei Verwendung von Querschnittsdaten weder die zeitliche Reihenfolge zwischen Ursache und Wirkung noch der Einfluss von nicht erhobenen Merkmalen kontrolliert werden können (z. B. Gangl, 2010). Querschnittsdaten sind Daten, die zum selben Zeitpunkt sowohl unabhängige Variablen wie die politische Orientierung als auch abhängige Variablen wie die Einstellung zur EZ erheben. In vielen Fällen ist deshalb eine umgekehrte Wirkungsrichtung oder eine gemeinsame Ursache von unabhängiger und abhängiger Variable nicht auszuschließen. Die Mehrzahl der Analysen im Bericht basiert auf dem Querschnitt des AAT (siehe Glossareintrag „Aid Attitudes Tracker“) – also auf einer einzelnen Erhebungswelle. Auf sie trifft das beschriebene Risiko folglich zu. In Kapitel 8 wird von dieser Praxis abgewichen, indem der Längsschnitt des AAT – die wiederholte Befragung derselben Personen – genutzt wird, um den Zusammenhang zwischen dem Zuzug von Geflüchteten seit 2015 und der Unterstützung der EZ zu untersuchen.

Stichprobenfehler

Die präsentierten Analysen beruhen auf einer Stichprobe, was zu einer statistischen Unsicherheit der berichteten Anteils- und Mittelwerte führt. So gaben zum Beispiel von 1.000 Befragten einer fiktionalen Zufallsstichprobe 20 % an, im letzten Jahr an eine EZ-Organisation gespendet zu haben. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % liegt der Prozentwert in der Gesamtbevölkerung etwa zwischen 17,5 und 22,5 % (Konfidenzintervall).⁶ Erhöht sich der Stichprobenumfang auf 5.000 Befragte, liegt der Wert zwischen 18,8 und 21,1 %. Grundsätzlich geht man bei einer Stichprobe von 1.000 Befragten bei einem dichotomen Merkmal wie „ja/nein“ oder „dafür/dagegen“ davon aus, dass der Stichprobenfehler ± 3 beträgt (Erikson und Tedin, 2011, S. 30–31). Hohe Anteilswerte um 50 % weisen breitere Konfidenzintervalle auf als kleine. Um Text und Abbildungen nicht zu überfrachten, enthält dieser Bericht in der Regel keine Konfidenzintervalle, gibt jedoch stets die Beobachtungszahl an.

⁶ Zur Berechnung siehe <http://eswf.uni-koeln.de/lehre/stathome/statcalc/v2202.htm>

1. HINTERGRUND UND ZIELE

1.1 Entwicklungspolitisches Handeln benötigt bürgerschaftliche Unterstützung

2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, um den globalen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen (UN, 2015). Die Agenda und die in ihr enthaltenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) widmen sich Themen wie der Bekämpfung von Armut und Hunger, aber auch der Verbesserung von Gesundheit, Bildung und Geschlechtergleichstellung sowie dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Die Agenda 2030 steht für ein breites Verständnis von globaler nachhaltiger Entwicklung, für die alle Staaten eine wichtige Rolle spielen (UN, 2015, S. 5). Auch hochindustrialisierte Staaten sind gefordert, eine Transformation der eigenen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten und nachhaltige Verhaltensweisen ihrer Bevölkerung zu fördern. Die deutsche Bundesregierung hat sich diese Verpflichtungen zu Eigen gemacht, z. B. in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Zukunftscharta „EINE WELT – unsere Verantwortung“ (BMZ, 2015a, S. 10; BMZ, 2015b; Bundesregierung, 2017). Zugleich sind Anstrengungen der sogenannten Entwicklungsländer notwendig. Die Entwicklungszusammenarbeit ist dabei ein wichtiges Instrument, um diese Anstrengungen zu unterstützen und den großen Herausforderungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung gemeinsam zu begegnen (UN, 2015, S. 14–15).

Für die Verwirklichung der angestrebten gesellschaftlichen Transformation ist ein rein staatliches Engagement jedoch nicht ausreichend, es bedarf der Mitwirkung aller relevanten Akteure (z. B. BMZ, 2015a, S. 27). Das heißt in letzter Konsequenz, dass neben der Politik nicht nur Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen (NRO) in der Verantwortung stehen, sondern die Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger gefragt ist (BMZ und BMUB, 2015, S. 8). Die Bevölkerung kann zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen, indem sie

- ein erhöhtes Bewusstsein für globale soziale, politische und ökonomische Zusammenhänge entwickelt (Czapłńska, 2007, S. 26),
- Werte und Einstellungen als Grundlage von *Sustainable Citizenship* internalisiert (Leiserowitz et al., 2006; Micheletti und Stolle, 2012) und
- letztlich ihr Verhalten hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Engagements und des privaten Konsums etwa in den Bereichen Lebensmittel, Kleidung, Mobilität und Tourismus verändert.
- Dies schließt auch die Unterstützung von Entwicklungspolitik und staatlicher EZ mit ein.

Auch über die in der Agenda 2030 formulierten politischen Zielsetzungen hinaus ist aus einer normativ-demokratiethoretischen Perspektive wichtig, dass die Bevölkerung politische Ziele und Maßnahmen unterstützt (Easton, 1975). So sollten staatliche Entscheidungsträgerinnen und -träger die Vorstellungen der Bevölkerung bei der Politikgestaltung berücksichtigen. Nur so können sie mittel- bis langfristig die Akzeptanz politischer Entscheidungen gewährleisten. Eine Politik, die dauerhaft nicht den Präferenzen der Bevölkerung entspricht, hätte zudem ein Legitimitätsproblem.⁷ Dies gilt auch für Entwicklungspolitik und staatliche EZ sowie für die bereits genannten Bestrebungen zur Erfüllung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung. Aktualität und zusätzliche politische Relevanz erhält diese Argumentation durch jüngere Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Europa und darüber hinaus. Sie behaupten, dass zwischen der Bevölkerung und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine inhaltliche Distanz besteht. Demnach würden die Menschen die Legitimität des politischen Handels der als „abgehoben“ wahrgenommenen politischen Eliten infrage stellen und häufig auch der EZ sehr kritisch gegenüberstehen (zu Rechtspopulismus z. B. Mudde, 2007).

Doch nicht nur staatliches politisches Handeln benötigt die Unterstützung der Bevölkerung. Auch in der EZ aktive zivilgesellschaftliche Organisationen sind darauf angewiesen, dass die Bevölkerung sie unterstützt – sei es durch Spenden, Mitgliedsbeiträge oder ehrenamtliches Engagement. Diese Unterstützung kann ausbleiben oder zurückgehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht glauben, dass globale Zusammenhänge

⁷ Zu unterscheiden sind in diesem Zusammenhang Input-, Throughput- und Outputlegitimität (Schmidt, 2013). Wenn die Präferenzen der Bevölkerung in einem bestimmten Politikfeld nicht hinreichend in die Entscheidungsprozesse einfließen können, so steht die sogenannte Inputlegitimität infrage. Throughputlegitimität bezieht sich in diesem Zusammenhang auf den direkten Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse und daraus resultierende Anerkennung. Outputlegitimität bezieht sich schließlich auf die Anerkennung aufgrund von erbrachten Leistungen, z. B. Sozialstaat und Infrastruktur.

und internationale Zusammenarbeit für ihr Wohlergehen wichtig sind, oder wenn sie daran zweifeln, dass die EZ zu positiven Veränderungen beitragen kann. Dann sind diese Organisationen nur noch eingeschränkt handlungsfähig. Hinzu kommt, dass der Staat auch zivilgesellschaftliche EZ finanziell in nicht zu vernachlässigendem Umfang unterstützt. Etwa 40 % der finanziellen Förderung deutscher NRO kommen aus staatlichen Mitteln (Dreher et al., 2012). Geht die Befürwortung staatlicher EZ in der Bevölkerung zurück, kann dies folglich auch indirekt Konsequenzen für NRO haben.

1.2 Schwacher Feedback-Loop zwischen EZ-Akteuren und Gesellschaft

Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklungspolitik bzw. EZ birgt besondere Herausforderungen. Ähnlich wie viele außenpolitische Themen ist die EZ im Alltag der meisten Bürgerinnen und Bürger hochindustrialisierter Staaten nicht direkt erfahrbar und dadurch wenig relevant (Eichenberg, 2007, S. 384–385). Daraus resultiert, dass sich die Informationen zu diesem Themenfeld in der Regel aus Fragmenten der Medienberichterstattung über den Globalen Süden sowie aus Kampagnen von staatlichen und nicht-staatlichen EZ-Organisationen speisen, obgleich Informationen von Ministerien und NRO verfügbar sind. Eigen ist diesen Informationsquellen, dass sie in unregelmäßigen Zyklen auf die Bürgerinnen und Bürger einwirken (Erikson und Tedin, 2011, S. 60–63).

Die nur medial vermittelte EZ trifft dabei auf begrenzte individuelle Ressourcen der Bevölkerung, diese Informationen aufzunehmen, und konkurriert mit vielen anderen Informationen mit größeren unmittelbaren Konsequenzen für die eigene Lebenssituation (Lupia, 2016, S. 72). Daher ist das Feedback, das bei Bürgerinnen und Bürger über staatliches Handeln und seine Konsequenzen im Bereich der Entwicklungspolitik – und insbesondere im Bereich der EZ – ankommt, im Vergleich zu anderen Politikfeldern wie Gesundheit, Bildung oder Infrastruktur schwach ausgeprägt.

Umgekehrt hat die Distanz der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und EZ zur Folge, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure wenig Feedback aus der breiten Bevölkerung bekommen. Fragen zur EZ sind wahrscheinlich nur in Ausnahmefällen Gegenstand von Bürgersprechstunden. Insbesondere gegenüber Entwicklungspolitik und EZ distanzierte und skeptische Bevölkerungsgruppen beteiligen sich nicht oder nur in geringem Umfang an staatlich oder zivilgesellschaftlich initiierten Austauschformaten, etwa an der Erarbeitung von Grundsatzstrategien wie der Zukunftscharta (BMZ, 2015b). Die konsequent nachhaltige Ausrichtung von Staat und Gesellschaft, die aufgrund grenzüberschreitender Herausforderungen auch Entwicklungspolitik und staatliche sowie zivilgesellschaftliche EZ einschließt, erfordert jedoch, dass alle gesellschaftlichen Gruppen mitgenommen werden. Die große Distanz vieler Bürgerinnen und Bürger zur EZ bedeutet aber nicht, dass sie keine Meinungen dazu hätten, ob sie die EZ befürworten und wie diese gestaltet werden sollte. Solche Meinungen sind auch dann vorhanden, wenn das Wissen über EZ gering ist, und obgleich das Thema nur selten größere mediale Aufmerksamkeit erfährt (z. B. Kevenhörster, 1995).

Politik, EZ-Durchführungsorganisationen und nichtstaatliche Akteure in Entwicklungspolitik und EZ sollten den Einstellungen der Bevölkerung deshalb ihre Aufmerksamkeit widmen. Den Einschätzungen aller Bürgerinnen und Bürger Gehör zu verschaffen und entsprechend den Feedback-Loop in Richtung Politik zu stärken, ist deshalb eine zentrale Aufgabe einer *Listening Architecture* für Entwicklungspolitik und EZ (OECD DevCom, 2016). Repräsentative Umfragen können in diesem Zusammenhang einen wertvollen Beitrag leisten, weil sie einen Einblick in das Meinungsbild der breiten Bevölkerung ermöglichen. Vor allem die Betrachtung von Wissen, Einstellungen und Verhaltensweisen im Zeitverlauf und im Hinblick auf Einflussfaktoren sind dabei von großer Relevanz. Unterstützt die Bevölkerung die EZ? Sind ihr die SDGs bekannt und nimmt deren Bekanntheit im Zeitverlauf zu? Werden wohlhabende Staaten in der (Mit-)Verantwortung für die Lage in Ländern des Globalen Südens gesehen? Werden EZ-Projekte durch eigene Spenden oder ehrenamtliches Engagement unterstützt und welche Merkmale beeinflussen diese Handlungen? Gibt es im Zeitablauf möglicherweise globale Ereignisse, die die Einstellungen zur EZ beeinflussen?

Die gegenwärtige Daten- und Studienlage über Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu EZ und nachhaltiger Entwicklung ist bruchstückhaft und liefert keine zufriedenstellenden Antworten auf diese Fragen (eine Ausnahme stellt die Studie der Global Perspectives Initiative, 2017). Viele Beiträge sind nicht aktuell oder es fehlt ihnen an Breite und Tiefe, mit der das komplexe Konstrukt „Einstellung“ erfasst wird (Hudson

und vanHeerde-Hudson, 2012, S. 13).⁸ Insbesondere jüngere weltpolitische Ereignisse wie die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise, der Zuzug vieler Geflüchteter seit 2015 und der internationale Terrorismus beeinflussen potenziell das Interesse an EZ und die Einstellungen zur EZ hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Ausrichtung. Aktuelle Daten und Analysen zu den Einstellungen gegenüber EZ und nachhaltiger Entwicklung – insbesondere im Längsschnitt – sowie zu ihren Einflussfaktoren sind deshalb zur Reflexion entwicklungspolitischen Handelns in Zeiten des schnellen Wandels gesellschaftlicher Einstellungen dringend notwendig.

1.3 Ziele der Studie

Die vorliegende Studie setzt an dieser Stelle an und stellt detaillierte, aktuelle und politikrelevante Informationen über die Einstellungen, das Wissen und das Engagement im Themenkomplex Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltige Entwicklung für die in diesem Feld tätigen Akteure sowie für eine breitere Fachöffentlichkeit zur Verfügung. Der Fokus liegt dabei auf Entwicklungen über den Zeitverlauf sowie auf der Analyse von Faktoren, die diese Entwicklungen beeinflussen. Die Studie verfolgt dabei zwei miteinander verschränkte Ziele:

1. Die Studie soll **den Feedback-Loop zwischen der deutschen Bevölkerung und staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteuren der Entwicklungspolitik und der EZ stärken**. Dafür stellt sie Informationen über das Wissen, die Einstellungen und das Engagement der Bevölkerung für den politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurs zu Entwicklungspolitik und EZ zur Verfügung. Der Feedback-Loop konstituiert somit einen Mechanismus, der dazu beitragen kann, zumindest langfristig die notwendige breite Akzeptanz der angestrebten gesellschaftlichen Transformation im (tages-)politischen Prozess zur Umsetzung der Agenda 2030 zu erreichen.
2. Die Studie **stellt relevantes Orientierungs- und Trendwissen für Akteure in Entwicklungspolitik und EZ zur Verfügung**. Sie beschreibt nicht nur Wissen, Einstellungen und Engagement der Bevölkerung, sondern untersucht auch deren Einflussfaktoren und Veränderungen im Zeitverlauf. Sie lädt staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure dazu ein, die generelle Ausrichtung und die spezifischen Maßnahmen ihrer Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sowie ihre Kommunikations- und Bildungsarbeit vor diesem empirischen Hintergrund zu reflektieren.

1.4 Aufbau der Studie

Kapitel 2 gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Meinung zur EZ in Deutschland. Dazu blicken Expertinnen und Experten aus Forschung und EZ-Praxis im Interview auf Vergangenheit, Gegenwart und künftige Herausforderungen der Meinungsforschung in diesem Feld. Kapitel 3 widmet sich dem Kern der Studie, also den Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur EZ – untergliedert in allgemeine Einstellungen zur EZ, Unterstützung verschiedener Motive für EZ, Priorisierung der Armutsbekämpfung sowie Wirkungseinschätzung. Kapitel 4 und 5 greifen daran anknüpfend zwei separat von Einstellungen zu betrachtende Bereiche auf: das Wissen und das Engagement der Bevölkerung in diesem Themenfeld. Der Fokus von Kapitel 6 liegt darauf, wie die Bevölkerung die Agenda 2030 und die SDGs wahrnimmt. In Kapitel 7 werden die komplexen Einstellungen der Bevölkerung zur EZ zu einer greifbaren Typologie verdichtet. Sie dient dann in Kapitel 8 als Grundlage für eine EZ-spezifische Analyse der Informationsaufnahme und Mediennutzung. Kapitel 9 geht anschließend auf die erhöhte Anzahl an Geflüchteten seit 2015 – die sogenannte

⁸ Vorhandene Studien verwenden in der Regel einen Indikator oder wenige Indikatoren zur Erfassung der Einstellungen und rücken ein sehr eng umrissenes theoretisches Argument zur Erklärung dieses Indikators bzw. dieser Indikatoren in den Fokus. Zudem ist der zeitliche Abstand zwischen Datenerhebung und Publikation der Ergebnisse oft zu lang. Für die Nutzung in der EZ-Praxis sind die Ergebnisse oftmals nur schwer zugänglich.

Flüchtlingskrise⁹ – und ihre Konsequenzen für die Unterstützung der EZ in der Bevölkerung ein. Die zentralen Implikationen für die Entwicklungspolitik sowie staatliche und zivilgesellschaftliche EZ stellt abschließend das Kapitel 10 dar.

Als Datenbasis für alle Analysen dient der *Aid Attitudes Tracker* (AAT). Dieses Projekt erhebt seit 2013 in regelmäßigen Abständen Einstellungen zur EZ sowie diesbezügliches Wissen und Engagement der Bevölkerungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA (für Details siehe Glossareintrag „Datenbasis: *Aid Attitudes Tracker*“). Ergänzend wird auf die Befragungen des Eurobarometers zurückgegriffen, um Aussagen über einen längeren Zeitraum zu ermöglichen.

⁹ Der Anstieg des Zuzugs Geflüchteter wurde in den Medien häufig als Flüchtlingskrise oder sogar Flüchtlingsflut bezeichnet. Aufgrund der negativen Konnotation von Wörtern wie Krise und Flut vermeidet das Studienteam die Begrifflichkeiten weitestgehend.

2. INTERVIEW: VERGANGEN- HEIT, GEGENWART UND ZUKUNFT DER MEI- NUNGSFORSCHUNG ZUR EZ

Um Einblicke in die öffentliche Meinung der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und EZ zu gewinnen, werden in Deutschland bereits seit Mitte der 1970er Jahre repräsentative Umfragen durchgeführt (Willems, 1998). Die Befragungen sind unterschiedlich motiviert und dienen bzw. dienen beispielsweise der Verbesserung der Kommunikation über das Politikfeld, der Weiterentwicklung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sowie dem besseren Verständnis der Zielgruppen entwicklungspolitischer Akteure und der Möglichkeiten ihrer Mobilisierung.

Aktuell gewinnen die Einstellungen der Bevölkerung zu entwicklungspolitischen Themen vor dem Hintergrund der Agenda 2030 besondere Relevanz: Die Unterstützung der breiten Bevölkerung gilt als ausschlaggebend für eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Wie hat sich die Beschäftigung mit der öffentlichen Meinung zu Entwicklungspolitik und EZ verändert? Welche Rolle spielt die Meinungsforschung heute für den Politikbereich? Diese Fragen diskutierte *Solveig Gleaser* vom Studienteam des DEval mit Prof. Dr. Simone Dietrich (Professorin am Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Universität Genf), Ulrich Post (Leiter des Bereichs Grundsatzfragen bei der Welthungerhilfe, Bonn), Christian Wilmsen (ehemals Referatsleiter für entwicklungspolitische Bildung im BMZ, Berlin) und Felix Zimmermann (Koordinator OECD DevCom, Paris).

DEval: Seit wann beschäftigt man sich in Deutschland mit der öffentlichen Meinung zur Entwicklungspolitik und wie hat sich die Auseinandersetzung entwickelt?

C. Wilmsen: Schon bald nach seiner Gründung 1961 beschäftigte sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Form von Umfragen mit der öffentlichen Meinung zur deutschen Entwicklungspolitik. Meine eigene Zeit beim BMZ begann im Jahr 1980. Ich weiß noch sehr genau, dass wir mit Umfragen ermitteln wollten, wie wir unsere knappen Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit besser und zielgerichteter einsetzen können. Im Jahr 1977 startete das BMZ eine Meinungsumfrage zusammen mit einer ausgesprochen provokativen Anzeigenkampagne, die mit provokanten Bildern zu Vorurteilen gegenüber der Entwicklungshilfe und deren Widerlegung die Aufmerksamkeit für die EZ steigern sollte.

Die Umfrage war Voraussetzung für eine bessere Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit. Bis 1979 war die Zustimmung zur EZ um neun Prozentpunkte gestiegen. Nach einem kurzen Rückgang blieb die Zustimmung in den 1980er Jahren bei circa 72 % stabil. Die Umfrageergebnisse ab dem Jahr 2000 veröffentlicht das BMZ leider nicht. Seit 2009 werden Befragungen zusammen mit dem Sinus-Institut durchgeführt, das die Meinungsmuster bestimmter Zielgruppen in Clustern darstellt, deren Ergebnisse einen Vergleich mit früheren BMZ-Umfragen nicht erlauben.

„Ich weiß noch sehr genau, dass wir mit Umfragen ermitteln wollten, wie wir unsere knappen Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit besser und zielgerichteter einsetzen können.“



Christian Wilmsen

U. Post: Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) gab 2007 eine Studie in Auftrag, die die deutsche Bevölkerung zu ihrer Meinung über die öffentliche EZ befragte. Die Ergebnisse waren überwältigend positiv. Auch Befragungen der EU-Kommission haben ergeben, dass es seit den 1980er Jahren eine enorm hohe Zustimmung zur EZ in Deutschland gibt.

C. Wilmsen: Ja, diese Rate lag immer zwischen 70 und 85 %. Diese Zahlen sind sehr erfreulich. Betrachtet man jedoch die Ergebnisse der Kontrollfragen, so muss man das auch wieder ins Verhältnis setzen. In der Konkurrenz mit anderen Ressortbereichen wie Straßenbau oder Bildung wurde die sogenannte Entwicklungshilfe dann schnell hintangestellt.

Wir wollten mit den Ergebnissen der Befragungen zielgerichteter auf bestimmte Meinungsmuster einwirken, um Vorbehalte und Widerstände zu überwinden, die wir damals als negative Katalysatoren bezeichneten. Damit meine ich zum Beispiel die Überschätzung der Ausgaben für die Entwicklungshilfe um das 5- bis 15-Fache. Viele Bürgerinnen und Bürger, die das BMZ besuchten, argumentierten z. B.: „Wenn Afrika trotz dieser gigantischen Summen für die dortige EZ immer noch arm ist, dann muss die gesamte Hilfe falsch gewesen sein.“ Auch kannten viele die Interdependenzen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern nicht und beurteilten die Lage in vielen Ländern des globalen Südens viel schlechter als sie in Wirklichkeit

ist. Besuchergruppen im BMZ äußerten häufig Skepsis gegenüber der Wirksamkeit der EZ oder zweifelten daran, dass auch „kleine Leute“ etwas beitragen können, etwa über ihre Kaufentscheidungen. All diese Erkenntnisse hatten einen direkten Einfluss auf die Entwicklung von Schaubildern, Texten und Konzeptionen des BMZ.

F. Zimmermann: Die von Ihnen genannten Defizite existieren auch weiterhin. Daher frage ich mich, ob die Nutzung anderer Frames und Kommunikationsmittel überhaupt funktioniert hat. Die Studie „Towards 2030 Without Poverty“ von Glocalities/Motivaction International aus dem Jahr 2016 (Lampert und Papadongonas, 2016) hat gezeigt, wie sehr die Menschen die Erfolge der Armutsbekämpfung unterschätzen. So wissen nur weniger als 1 % der Bürgerinnen und Bürger aus 24 Ländern um die Halbierung der extremen Armut in den letzten 20 Jahren. Besorgniserregend ist auch, dass laut dieser Studie nur 13 % an die Überwindung der absoluten Armut bis 2030 glauben. Daher müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie man den Leuten noch Hoffnung geben kann.

DEval: Wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung für die EZ ausspricht, würde man vermuten, dass dies die EZ nicht nur im demokratischen System legitimiert, sondern auch die praktische Durchführung der EZ erleichtert. Hat sich dies in der Praxis so gezeigt?

U. Post: Wir dürfen nicht vergessen, dass etwa nur die Hälfte der Bevölkerung den Begriff der Entwicklungszusammenarbeit überhaupt kennt, unter anderem weil die Entwicklungspolitik in der Medienberichterstattung eine untergeordnete Rolle spielt. Insbesondere an der EZ mit Afrika besteht nur ein geringes Interesse. Wenn berichtet wird, dann muss der Afrika-Frame auch passen – also geht es primär etwa um Kriege, zu viele Kinder, Krankheiten oder Hungersnöte. Wenn das von uns gezeichnete Afrikabild nicht in die Berichterstattung passt, dann stößt das eher auf Unverständnis. Aktuell beeinflusst die öffentliche Meinung die praktische Durchführung von EZ in fünf Punkten:

„Der Legitimationsdruck ist in der letzten Zeit unglaublich gewachsen. Dies hat zur Folge, dass wir vermehrt sogenannte Quick-Impact-Projekte planen, bei denen Wirkungen quantitativ und schnell messbar sein müssen.“



Ulrich Post

1. Die öffentliche Kritik führte insofern zu Veränderungen in der EZ, als Wirkungen und Erfolge heute viel stärker nachgewiesen und kommuniziert werden müssen. Der Legitimationsdruck ist in der letzten Zeit unglaublich gewachsen. Dies hat zur Folge, dass wir vermehrt sogenannte Quick-Impact-Projekte planen, bei denen Wirkungen quantitativ und schnell messbar sein müssen. Auch die Privatwirtschaft wird immer stärker einbezogen, weil man sie für sehr viel effizienter hält.

2. Etwas zynisch ausgedrückt braucht Politik Bilder. Da die humanitäre Hilfe aktuellere und interessantere Bilder als die EZ liefern kann, hat dieser Bereich einen relativen Bedeutungszuwachs erfahren. Außerdem gibt es eine Verlagerung von Projekten in die Hauptstädte, denn Minister können nicht lange durchs Land gefahren werden.

3. Die Unterstellung, dass EZ Migration und Fluchtursachen bekämpfen kann, hat dazu beigetragen, dass es für Projekte, die unter diesen Bereich fallen, mehr Mittel gibt. Leider hat die Konditionierung von Mitteln zu einer Reihe fragwürdiger Projekte geführt.
4. Der Diskurs über die Verzahnung von Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik hat erheblich an Fahrt aufgenommen. Dies hat die Verteidigung einer engeren Zusammenarbeit von staatlichen, nicht-staatlichen und militärischen Akteuren zur Folge – insbesondere dort, wo die Bundeswehr stationiert ist.
5. Die öffentliche Meinung lenkt den Fokus von der EZ auf Sektoren, an denen ein besonders großes Interesse besteht. Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind hiervon in besonderem Maße betroffen, wenn sie auf Spenden angewiesen sind. Einerseits gibt es eine hohe Anteilnahme und Spendenbereitschaft für Projekte, die die Themen Kinder und Gesundheit bedienen. Auf der anderen Seite herrscht in der Öffentlichkeit auch eine große Empörung über Landgrabbing. Eine unserer Studien fand heraus, dass viele Befragte nur zu Spenden bereit sind, wenn man ihnen Elendsbilder zeigt. Dies verdeutlicht das Dilemma, in dem alle NRO stecken: Sie müssen die in der öffentlichen Meinung vorherrschenden Frames bis zu einem gewissen Grad bedienen. Man darf hier jedoch nicht zu weit gehen.

F. Zimmermann: Ich finde es sehr problematisch, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die EZ den Migrationsfluss stoppen könne. Zahlreiche Studien beweisen, dass das, wenn überhaupt, so schnell nicht funktionieren kann. Wenn wir falsche Versprechen machen, werden wir langfristig mit größerer Skepsis in der Öffentlichkeit konfrontiert sein. Damit provozieren wir die Kritik.

S. Dietrich: Die von Herrn Post genannten Veränderungen finden nicht nur in Deutschland, sondern in allen Geberländern statt. Den Ursprung dieser Entwicklungen würde ich nicht nur in der Kritik an der EZ suchen, sondern generell in der Aufnahme und Verbreitung von Public-Management-Prinzipien¹⁰ in der öffentlichen Verwaltung.

DEval: Welche Rolle spielt die öffentliche Meinung im Kontext der Agenda 2030 und der SDGs?

F. Zimmermann: Bei der Entwicklung der Agenda 2030 gab es auf allen Ebenen Konsultationsprozesse, weshalb sie ja oft auch als People's Agenda bezeichnet wird. Das hat nicht nur zur Folge, dass EZ-Organisationen unter dem Druck stehen, ihre Versprechen zu halten und einen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zu führen. Es beinhaltet ebenfalls, dass alle eine aktive Mitverantwortung für die Umsetzung der Agenda haben. Bürgerinnen und Bürger werden somit von Beobachtern der EZ zu den eigentlichen Akteuren, denn ohne ihre Teilnahme können die Ziele nicht erreicht werden. Das gilt auch in Deutschland. Deswegen müssen wir in der entwicklungspolitischen Bildung noch viel mehr daran arbeiten, dass die Menschen die globalen Zusammenhänge verstehen und die positiven und negativen Auswirkungen des eigenen Handelns erkennen. Das Bürgerengagement beinhaltet somit weit mehr als nur die Vermittlung von rechenschaftspflichtigen Informationen darüber, was in der Ferne stattfindet. Um Inhalte effektiv zu vermitteln, sind politische Konsultationen und Meinungsforschung wichtiger denn je. Aktuell gibt es jedoch zwei Herausforderungen: Die Ereignisse des letzten Jahres haben gezeigt, wie viele Menschen das Vertrauen in die internationale Kooperation verloren haben. Zudem setzt sich die Meinungsforschung noch nicht ausreichend mit dem EZ-Dialog in einer veränderten Medienlandschaft auseinander. Die Kommentare unter einem YouTube-Video zu den SDGs spiegeln sehr große Skepsis wider. Inwieweit hat sich in Deutschland der Paradigmenwechsel zu der Universalität der SDGs vollzogen? Ist es gelungen, ein gemeinsames Narrativ zu entwickeln?

„Neben rechenschaftspflichtigen Informationen darüber, was in der Ferne stattfindet, müssen wir vor allem die Menschen mobilisieren. Daher sind politische Konsultationen und Meinungsforschung heutzutage noch wichtiger geworden.“ Felix Zimmermann



Felix Zimmermann

„Der Großteil der Bevölkerung kennt die SDGs nicht und ist sich somit nicht bewusst, dass die SDGs auch die Bevölkerung der reichen Länder in die Verantwortung nehmen.“



Prof. Dr. Simone Dietrich

S. Dietrich: Der Großteil der Bevölkerung kennt die SDGs nicht und ist sich somit auch nicht bewusst, dass die SDGs auch die Bevölkerung der reichen Länder in die Verantwortung nehmen. Es stellt sich hier auch die Frage, wie man Menschen zum aktiven Mitwirken bewegt. Die Daten des Aid Attitudes Tracker vermitteln beispielsweise den Eindruck, dass sich zu Hause engagierte Bürger auch mehr für die Ziele der SDGs einsetzen. Über diesen Weg des Engagements könnte man systematisch die Einstellung zur EZ verändern, wobei die Gründe hierfür sowie die statistische Kausalität noch nicht ausreichend untersucht wurden.

U. Post: Unser Problem ist, dass die SDGs aufgrund ihrer Komplexität sehr schwierig zu kommunizieren sind. Selbst wenn ich im Bundestag nach den Zielen für nachhaltige Entwicklung fragen würde, wüssten viele Abgeordnete wahrscheinlich nicht, was sie beinhalten. Und

¹⁰ Einen guten Überblick zum Thema Public Management Reform bieten Pollitt und Bouckaert (2017).

wer sie kennt, hält sie oft für eine Art Verlängerung der Millennium Development Goals. Ein Paradigmenwechsel hat hier noch nicht stattgefunden. Und da, so glaube ich, haben wir noch eine riesige Aufgabe vor uns.

DEval: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Anmerkung: Simone Dietrich konnte terminlich bedingt nicht persönlich am Interview teilnehmen und übermittelte ihre Beiträge schriftlich.

Welche Faktoren beeinflussen Einstellungen zur EZ?

Wissenschaftliche Untersuchungen zu Einstellungen zu Entwicklungspolitik und EZ untersuchen eine Vielzahl potenzieller Faktoren, die die Einstellungen beeinflussen können. Dazu gehören etwa die eigene soziale Lage, die politische Orientierung (Ideologie), individuelle Wertorientierungen, Vertrauen in Mitmenschen und politische Institutionen sowie eine moralische Verpflichtung (z. B. Bae und Kim, 2016; Bauhr et al., 2013; Bayram, 2016a, 2016b; Bodenstein und Faust, 2017; Chong und Gradstein, 2008; Milner und Tingley, 2013a; Paxton und Knack, 2012). Etwas vereinfacht lassen sich viele dieser Faktoren den Dimensionen „materiell“ und „ideologisch“ zuordnen (Hudson und vanHeerde-Hudson, 2012). Materiell meint dabei individuelle und kollektive Nutzenabwägungen. Einerseits kann sich dies auf die eigene Lebenslage beziehen, die etwa aufgrund knapper finanzieller Mittel oder Arbeitslosigkeit zu einer Abneigung gegenüber globaler Umverteilung in Form von EZ führt. Etwas breiter gedacht kann auch die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage im Heimatland eine Rolle spielen. Andererseits können auch direkte wirtschaftliche Interessen mit der EZ verbunden sein, etwa durch die berufliche Beschäftigung in diesem Feld oder durch die Hoffnung auf neue Absatzmärkte oder Rohstoffe.

Die ideologische Dimension hingegen umfasst die zahlreichen gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen, die die Einstellungen gegenüber der EZ formen (Jost et al., 2015). Grundlegend ist dies zunächst der Gegensatz zwischen Solidarität und Eigenverantwortlichkeit, wie er in der politischen Theorie zu Sozialismus und Liberalismus bzw. der klassischen Einteilung der politischen Welt entlang eines Kontinuums von links nach rechts behandelt wird (Freedon, 2003). Menschen, die sich weiter links positionieren, sollten demnach EZ stärker befürworten als jene, die sich weiter rechts verorten. Eng damit verbunden sind moralische Verpflichtungen gegenüber dem globalen Süden. Zu bedenken ist, dass dabei beide genannten Dimensionen mit weiteren soziodemografischen Merkmalen variieren können. Bislang fehlt in der Literatur jedoch ein klar umrissenes Erklärungsmodell für EZ-bezogene Einstellungen.

In der Studie werden Zusammenhänge mit folgenden Merkmalen untersucht: Die materielle Dimension bilden Haushaltsbruttoeinkommen (bis 29.999 €, 30.000–59.999 €, 60.000 € und mehr), formales Bildungsniveau (kein Abschluss/Hauptschule, Realschule, Abitur) und die Wahrnehmung der individuellen und nationalen wirtschaftlichen Lage (Summenindex 1–5) ab. Zur Erfassung der ideologischen Dimension werden die in der sozialwissenschaftlichen Forschung gebräuchliche Links-rechts-Skala (Skala 0 = links bis 10 = rechts) zur Erfassung der politischen Orientierung sowie das Gefühl einer moralischen Verpflichtung (Summenindex 1–5) verwendet. In einigen Fällen wird diese durch die Parteiidentifikation ergänzt, um die Ergebnisse greifbarer zu machen. Zusätzlich werden – sofern es inhaltlich angebracht ist – weitere EZ-bezogene Einstellungen und Merkmale in die Analyse einbezogen. Zur Illustration: Für die generelle Unterstützung der EZ könnte angenommen werden, dass diese auch durch Wirksamkeitseinschätzungen beeinflusst wird. Ebenso könnte auch das Wissen über den Umfang der EZ am Bundeshaushalt eine Rolle für die Befürwortung finanzieller Zusammenarbeit spielen. Konkret werden bei der Zusammenhangsanalyse spezifischer Einstellungen stets die allgemeine Unterstützung der EZ (Einzelitem, Skala 0–10), die Wirksamkeitseinschätzung (Summenindex, 0–10) sowie – falls angebracht – auch die empfundene Selbstwirksamkeit im EZ-Bereich (Einzelitem, Skala 0–10) und die Korruptionsvermutung (Summenindex, 1–5) kontrolliert. Selbstwirksamkeit ist angelehnt an das in der psychologischen Literatur beschriebene Gefühl, hinsichtlich globaler Entwicklung etwas bewirken zu können (Bandura, 1982).

Zusätzlich werden soziodemografische Merkmale untersucht, unter anderem Geschlecht, Alter (in Jahren), Migrationshintergrund, Wohnort (ländlich, vorstädtisch, städtisch; subjektive Beschreibung), Religionszugehörigkeit und Region (Ost-/Westdeutschland), um Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen zu identifizieren. Die Datenverfügbarkeit im AAT begrenzt allerdings die Auswahl an Merkmalen. Ebenso sollte die Anzahl an Merkmalen in multivariaten Analysen nicht unbegrenzt ausgedehnt werden. Vielmehr ist es Ziel, die wichtigsten Faktoren einzubeziehen, um die wesentlichsten Unterschiede hinsichtlich Einstellungen, Wissen und Engagement innerhalb der Bevölkerung zu verdeutlichen. Details zur Operationalisierung der jeweiligen Merkmale finden sich im Anhang des Berichts.

3. EINSTELLUNGEN ZUR EZ

Zentrale Ergebnisse

Die Bürgerinnen und Bürger unterstützen die EZ mit großer Mehrheit.

- Seit 2011 schätzen jeweils mindestens 90 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland **die EZ als wichtig** ein.
- Mehr als 40 % der deutschen Bevölkerung **unterstützten im Juli 2017 ein höheres staatliches Engagement in der Armutsbekämpfung**. Die Unterstützung liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie in Frankreich und ist höher als in Großbritannien und den USA.
- Die Unterstützung staatlichen Engagements in der Armutsbekämpfung steht in allen vier Ländern des AAT in **positivem Zusammenhang mit einer höheren Wirksamkeitseinschätzung** und einem **Gefühl der moralischen Verpflichtung**. In Frankreich, Großbritannien und den USA geht mit einer höheren **Korruptionsvermutung** eine niedrigere Unterstützung einher.
- Ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland **unterstützt großzügige oder sehr großzügige EZ**.
- Rund 70 % der Bevölkerung sprechen sich für die **Einhaltung oder gar Überschreitung des 0,7 %-ODA-Ziels** aus.
- Je weiter links sich eine befragte Person politisch verortet, desto positiver ist sie gegenüber der EZ eingestellt.
- Die Öffentlichkeit **unterscheidet kaum zwischen verschiedenen EZ-Motiven** wie sicherheitspolitischen Überlegungen, Wirtschaftsförderung, Fluchtursachenbekämpfung oder moralischer Verpflichtung.
- Etwa 2 % der Bevölkerung betrachten globale Armut als gravierendstes Problem für Deutschland; etwa die Hälfte der Bevölkerung nennt Migration und Geflüchtete.
- Der **Fokus** der Politik sollte aus Sicht der Bevölkerung darauf liegen, **Armut in Deutschland** zu bekämpfen.
- **25 % halten die EZ für unwirksam, nur 10 % halten sie für wirksam**. Die Mehrheit ist unentschieden.
- Die vorliegenden Längsschnittdaten zeigen, dass im Aggregat betrachtet **die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der EZ sehr stabil** sind.

3.1 Breite Unterstützung für die EZ in der Bevölkerung

Für die Entwicklungspolitik und staatliche EZ ist es wichtig, dass die Bevölkerung langfristig die Aktivitäten in diesem Feld unterstützt oder zumindest akzeptiert (Czapłńska, 2007; Milner und Tingley, 2013a; Stern, 1998). Ist dies nicht der Fall, droht ein Akzeptanz- und Legitimationsdefizit. In Zeiten der Agenda 2030, die von Industriestaaten ein größeres EZ-Engagement zur Erreichung der SDGs verlangt, ist eine breite öffentliche Unterstützung entscheidend. Dies gilt besonders, wenn die EZ-Budgets – wie jüngst in Deutschland (BMZ, 2017a) – erhöht werden sollen. Auch für zivilgesellschaftliche Akteure ist die Unterstützung staatlicher EZ relevant, da die Bevölkerung wahrscheinlich nicht in jedem Fall eindeutig zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher EZ unterscheidet und die Zivilgesellschaft über Kooperationen an vielen Stellen unmittelbar in die staatliche EZ eingebunden ist.

Entscheidungsträgerinnen und -träger in Entwicklungspolitik und EZ sollten deshalb genau beobachten, wie die Bevölkerung staatliches und auch zivilgesellschaftliches Engagement in der EZ unterstützt. Besonders wichtig sind dabei Entwicklungen im Zeitverlauf, denn

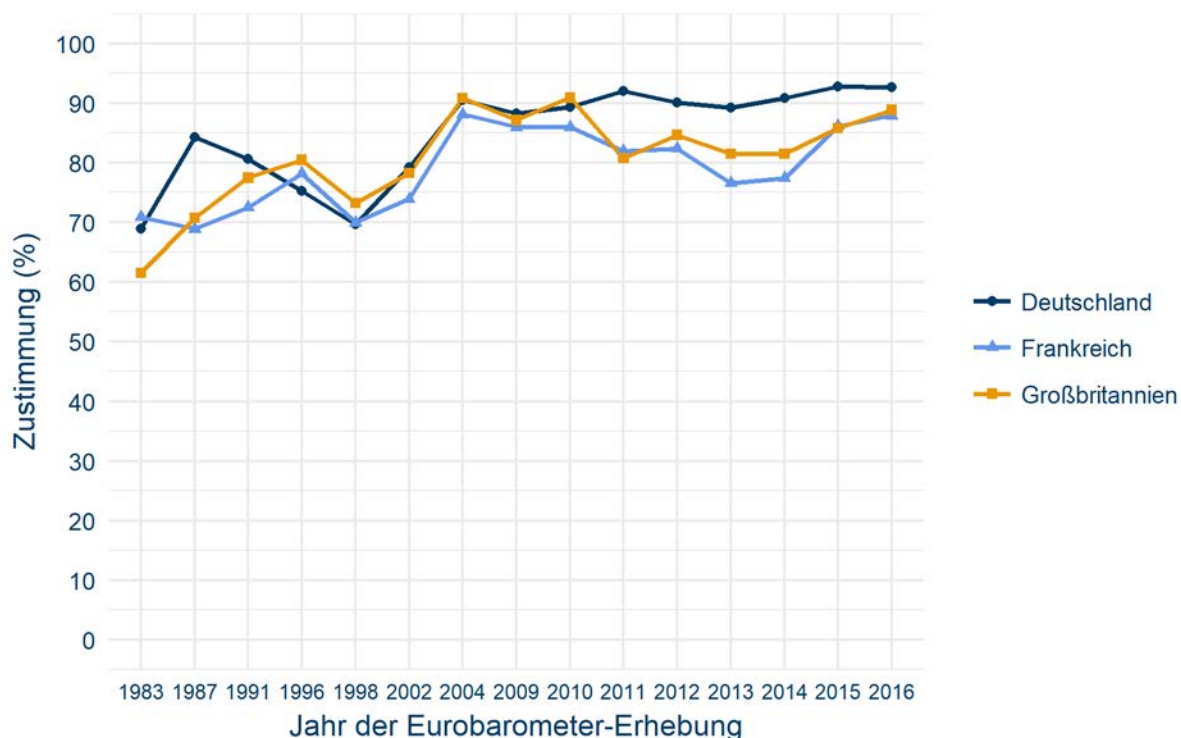
Eurobarometer

Das Eurobarometer ist eine repräsentative Umfrage, die seit 1973 in regelmäßigen Abständen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) durchgeführt wird (Europäische Kommission, 2017). Sie soll die Entwicklung der Meinungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger beobachten. Neben den Einstellungen zur EU und ihren Institutionen werden Teilnehmende auch nach ihrer Meinung zu wechselnden Themen und Politikfeldern, beispielsweise auch der EZ, befragt. Daher eignen sich die Datensätze für ländervergleichende Zeitreihenanalysen.

schließlich können gesellschaftliche und politische Großereignisse wie die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2010 oder auch die Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre die öffentliche Unterstützung verändern. Im Folgenden werden deshalb grundlegende Einstellungen zur EZ im Ländervergleich und Zeitverlauf betrachtet, um einen ersten Überblick über die öffentliche Meinung in diesem Themenfeld zu geben. Einstellungen sind an dieser Stelle vereinfacht als Wahrnehmungen und Bewertungen der EZ zu verstehen (siehe Glossareintrag „Einstellungen“).

Zunächst steht die Wichtigkeit der EZ im Fokus: Die Umfragen des Eurobarometers¹¹ von 1983 bis 2016 zeigen, dass eine breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, Frankreich und Großbritannien der EZ grundsätzlich positiv gegenübersteht und sie als wichtig erachtet (vgl. Abbildung 1).¹² Mit Werten zwischen 61 und 93 % ist die Wichtigkeit der EZ für die Bevölkerung in den drei Ländern über die letzten Jahrzehnte relativ stabil geblieben und liegt stets bei einer Zustimmungsrate von über 50 % der Bevölkerung.

Abbildung 1 Wichtigkeit der EZ im Ländervergleich (Eurobarometer 1983-2016)



Im Ländervergleich fällt auf, dass nach einem weitgehend parallelen Verlauf zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2010 die Wichtigkeit der EZ für die französische und britische Bevölkerung um etwa fünf bzw. zehn Prozentpunkte abnahm, während sie sich in Deutschland auch nach 2011 auf hohem Niveau stabilisierte und mit fast 93 % im Jahr 2015 sogar ihren Höchstwert erreichte.¹³ Eine Ursache für diese unterschiedlichen Trends und den kurzfristigen Rückgang der Zustimmung liegt möglicherweise in einer unterschiedlichen Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung im Zuge und Nachgang zur weltweiten Finanzkrise ab 2007 und den realwirtschaftlichen Auswirkungen einschließlich der Euro-Krise in den Folgejahren (Heinrich et al., 2016). Auch länderspezifische Diskurse zur

Rund 93 % der Befragten in Deutschland schätzten 2016 die EZ als wichtig oder sehr wichtig ein.

¹¹ Eine kritische Diskussion des Eurobarometers in der Wissenschaft findet sich unter anderem bei Höpner und Jurczyk (2012) und Nissen (2014). Diese Kritik trifft auf die im vorliegenden Bericht verwendeten Items jedoch nicht zu.

¹² Die Zustimmungswerte zur EZ ergeben sich aus den kumulierten Antworten „sehr wichtig“ und „wichtig“ auf die Frage: „Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, nicht sehr wichtig oder überhaupt nicht wichtig, den Menschen in Entwicklungsländern zu helfen?“ (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Die Formulierung der Frage und der Antwortmöglichkeiten haben sich zwischen den Wellen leicht verändert. Die zum Teil variierenden zeitlichen Abstände zwischen den Eurobarometerwellen sind zu beachten.

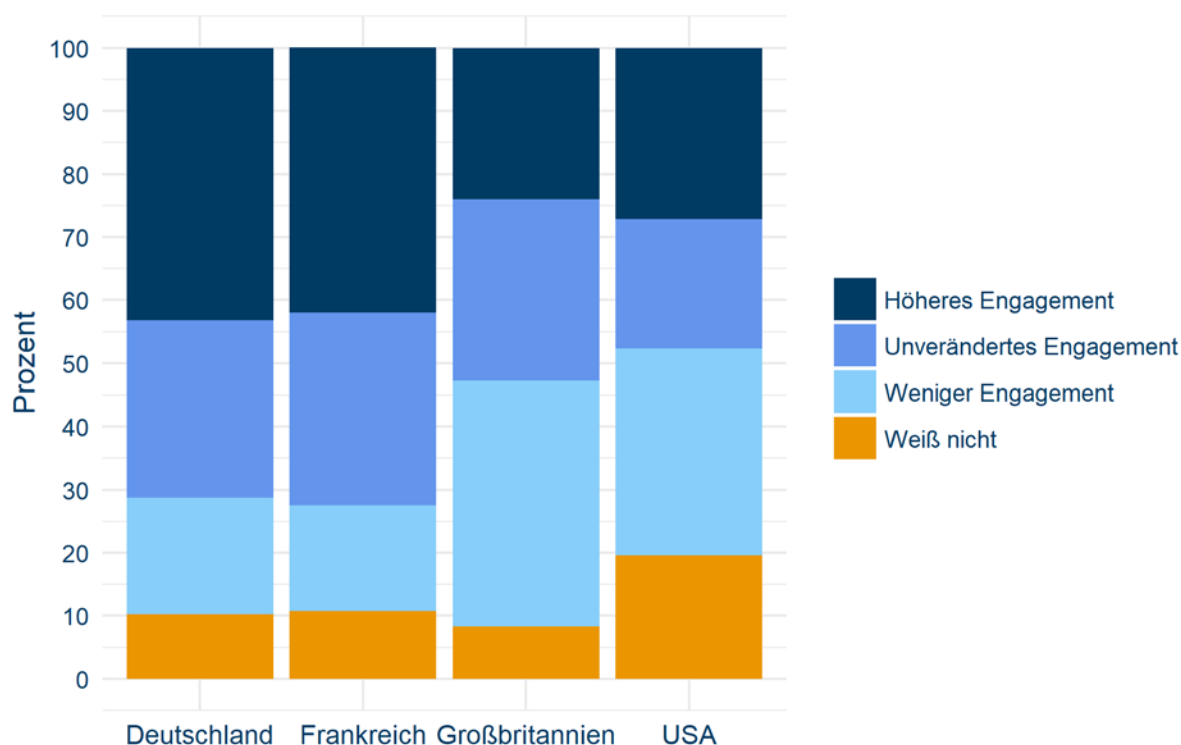
¹³ Im Anhang werden die Werte zur Ablehnung der EZ (Antwortkategorien „nicht wichtig“ und „überhaupt nicht wichtig“) ergänzend in Tabelle 3 dargestellt.

Entwicklungszusammenarbeit wie Medienkampagnen gegen die EZ in Großbritannien können eine wichtige Rolle spielen. In der letzten Eurobarometer-Erhebung Ende 2016 wiesen alle drei untersuchten Länder wieder eine hohe Zustimmungsrates auf.

Im größeren zeitlichen Trend stieg die Zustimmung zur EZ von 1983 bis 2010 in allen drei Ländern. Die voranschreitende Globalisierung ging also zumindest in dieser Phase mit einer höheren Akzeptanz der EZ einher – eventuell aufgrund einer stärkeren Wahrnehmung von globalen Zusammenhängen und Herausforderungen. Wie sich die Akzeptanz der EZ in Zukunft entwickelt, hängt wahrscheinlich von den weiteren Auswirkungen der Globalisierung auf das Leben der Befragten ab.

Die aktuellsten AAT-Daten vom Juli 2017 bestätigen die der Entwicklungspolitik und EZ wohlgesonnene öffentliche Meinung in Deutschland. Sie zeigen – wie in Abbildung 2 dargestellt –, dass mit mehr als 40 % der Befragten ein großer Teil der Bevölkerung eine Ausweitung des staatlichen Engagements in der Armutsbekämpfung begrüßt. Lediglich rund 19 % wünschen eine Verringerung, während etwas weniger als 30 % keine Veränderung wollen. Die öffentliche Meinung ist damit vergleichbar mit jener in Frankreich. In Großbritannien und den USA positioniert sich die Bevölkerung hingegen deutlich kritischer: In beiden Ländern sprechen sich jeweils nur etwa 25 % für eine Ausweitung des Engagements aus, während sich in Großbritannien beinahe 40 % und in den USA etwas mehr als 30 % für eine Reduzierung des Engagements aussprechen. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Agenda 2030 bewegen sich die EZ-Akteure in Deutschland folglich in einem sie unterstützenden Umfeld. Bedenkt man den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa ebenso wie Tendenzen, regionale Integration und internationale Kooperation infrage zu stellen, sollte eine hohe Unterstützung durch die Bevölkerung nicht als selbstverständlich angesehen werden.

Abbildung 2 Unterstützung staatlichen Engagements in der Armutsbekämpfung (Juli 2017)



Anmerkung: Datenbasis AAT. Deutschland: N = 6.096; Frankreich: N = 6.202; Großbritannien: N = 8.165; USA: N = 6.563. Die fünfstufige Antwortskala wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit zu drei Stufen zusammengefasst.

3.1.1 Welche Merkmale beeinflussen die Unterstützung?

Um die Unterstützung der Bevölkerung für ein staatliches Engagement in der globalen Armutsbekämpfung besser zu verstehen, sind Zusammenhänge mit soziodemografischen und politischen Merkmalen der Befragten zu prüfen.¹⁴ Anders ausgedrückt: Spielen ideelle oder doch eher materielle Faktoren eine größere Rolle für die Unterstützung der Armutsbekämpfung? Der Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Regierung in der Armutsbekämpfung steht in allen vier Ländern in einem positiven Zusammenhang mit einer eher linken oder liberalen politischen Orientierung (vgl. Tabelle 2). Dies deckt sich mit den Ergebnissen zahlreicher anderer Studien (Bodenstein und Faust, 2017; Chong und Gradstein, 2008; Europäische Kommission, 2016, 2017; Milner und Tingley, 2013a; Paxton und Knack, 2012). Ebenso korreliert in allen Ländern die Unterstützung positiv mit einem Gefühl der moralischen Verpflichtung.

Der Einfluss der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage¹⁵ auf die Unterstützung eines stärkeren staatlichen Engagements in der globalen Armutsbekämpfung variiert hingegen zwischen den vier untersuchten Staaten. In Deutschland gilt: Je positiver die Lage gesehen wird, desto stärker ist die Unterstützung für ein Engagement in der Armutsbekämpfung ausgeprägt. In den USA verhält es sich umgekehrt, während in Frankreich und Großbritannien kein signifikanter Zusammenhang feststellbar ist.

Das Haushaltseinkommen spielt in Deutschland keine Rolle, obgleich die höchste Einkommenskategorie von einem Einkommen von 60.000 € und mehr – ähnlich wie in den USA – im Vergleich zu Personen mit niedrigem Einkommen eine etwas geringere Unterstützung zeigt.¹⁶ In Frankreich sind die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen hingegen systematisch – die beiden höchsten Einkommensgruppen, die 30.000 bis 59.999 € beziehungsweise 60.000 € und mehr verdienen – weisen im Vergleich zu Befragten in der niedrigsten Einkommensgruppe eine jeweils signifikant geringere Unterstützung auf. Dies spricht gegen die Annahme, dass die Unterstützung der EZ eigene finanzielle Ressourcen voraussetzt. Darüber hinaus geht mit steigendem Alter die Unterstützung für ein stärkeres Engagement zurück. In allen Ländern bis auf Frankreich ist die Unterstützung eines verstärkten Engagements bei weiblichen Befragten tendenziell niedriger als bei männlichen Befragten. Einzig in Deutschland geht mit einem hohen Bildungsabschluss im Vergleich zu Befragten mit einem niedrigen Abschluss eine stärkere Befürwortung des Engagements einher.

Zusätzlich wurden einige EZ-spezifische und politische Wahrnehmungen in die Analyse einbezogen: Deutschland ist das einzige der vier Länder, in dem die Unterstützung für ein stärkeres staatliches Engagement für die globale Armutsbekämpfung nicht negativ mit der Vermutung von Korruption in den Ländern des Globalen Südens zusammenhängt. In den übrigen Ländern gilt: Je stärker Korruption als generelles Problem im Globalen Süden vermutet wird, desto geringer fällt die Unterstützung für ein stärkeres Engagement in der Armutsbekämpfung aus. Auch die allgemeine Unterstützung der EZ sowie die Wirksamkeitserwartung an staatliche EZ hängen in Deutschland, Großbritannien und den USA positiv mit befürwortetem Engagement zusammen.¹⁷ Daraus lässt sich schlussfolgern, dass nicht nur moralische, sondern auch wirkungsbezogene Aspekte für die Zustimmung zur Armutsbekämpfung ausschlaggebend sind.

Moralische Verpflichtung, Wirksamkeitseinschätzung, politische Selbstverortung und Alter beeinflussen die Unterstützung der Armutsbekämpfung in den vier Ländern.

¹⁴ Zur Methodik siehe Glossareintrag „Regressionsanalyse“.

¹⁵ Details der Operationalisierung sowie verwendete Items siehe Tabelle 4 im Anhang. Die Analyse findet sich in Tabelle 9 im Anhang.

¹⁶ Der Koeffizient ist jedoch nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

¹⁷ Alle Modelle wurden zusätzlich ohne die Variable „Allgemeine Unterstützung EZ“ geschätzt. Die Analysen ergeben, dass der Einschluss der Variable keine Auswirkungen auf die substantiellen Ergebnisse und Signifikanzen hat.

Tabelle 2 Befürwortung staatlichen Engagements zur Armutsbekämpfung

	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
Unabhängige Variablen	Zusammenhang	Zusammenhang	Zusammenhang	Zusammenhang
Allgemeine Unterstützung der EZ	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***
Wirksamkeitseinschätzung	Positiv ***	Positiv *	Positiv ***	Positiv ***
Korruptionsvermutung	n. s.	Negativ *	Negativ *	Negativ ***
Moralische Verpflichtung	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***
Politische Orientierung (links-rechts)	Negativ ***	Negativ *	Negativ ***	Negativ ***
Wirtschaftliche Lage	Positiv *	n. s.	n. s.	Negativ *
Einkommen 30.000-59.999 € (GBP/USD)	n. s.	Negativ *	n. s.	n. s.
Einkommen 60.000 € (GBP/USD) und mehr	Negativ †	Negativ *	n. s.	Negativ †
Realschule	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
Abitur	Positiv *	n. s.	n. s.	n. s.
Alter (in Jahren)	Negativ **	Negativ ***	Negativ ***	Negativ ***
Weiblich	Negativ ***	n. s.	Negativ †	Negativ **
Adj. R ²	0,449	0,349	0,623	0,589
N	4.029	3.620	5.056	3.996

Anmerkung: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, † $p < 0.1$. n. s. = nicht signifikant. Die Bildungs- und Einkommensgruppen sind nicht direkt zwischen den Ländern vergleichbar. In den übrigen Ländern sind unter „Realschule“ Highschool-Abschlüsse bzw. Äquivalente abgebildet, unter „Abitur“ Hochschulabschlüsse. Dies auf die unterschiedliche Erhebung der Bildungsabschlüsse zurückzuführen. Referenzkategorien: männlich, niedrige Bildung (Kein Abschluss/Hauptschule), niedriges Einkommen (bis 29.000 €).¹⁸

Durch den expliziten Bezug zu staatlichem Engagement könnte ein Teil der Differenz zwischen den Ländern zu diesen Aussagen damit zusammenhängen, wie stark in den jeweiligen Ländern der Regierung eine Verantwortung für die Herstellung globaler Gerechtigkeit zugeschrieben wird. Dies könnte sich aus der Gestaltung des jeweiligen nationalen Wohlfahrtsstaats ableiten. Leben Menschen beispielsweise in einem Land mit ausgeprägtem Wohlfahrtsstaat und hoher Umverteilung (z. B. skandinavische Länder), ist es wahrscheinlicher, dass die Bevölkerung auch einer internationalen Umverteilung staatlicher Mittel positiv gegenübersteht. Obgleich die direkte Übertragung von Einstellungen zu nationalen Umverteilungsmechanismen auf die internationale Ebene umstritten ist (vgl. u. a. Prather, 2016), konnten mehrere Studien einen Zusammenhang zwischen nationaler Wohlfahrt und EZ feststellen (Lumsdaine, 1993; Noël und Thérien, 1995, 2002). Weiteren Aufschluss können nur künftige Studien geben, die systematisch mehr Länder mit unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Systemen untersuchen.

3.1.2 Die Bevölkerung steht staatlicher EZ positiv gegenüber

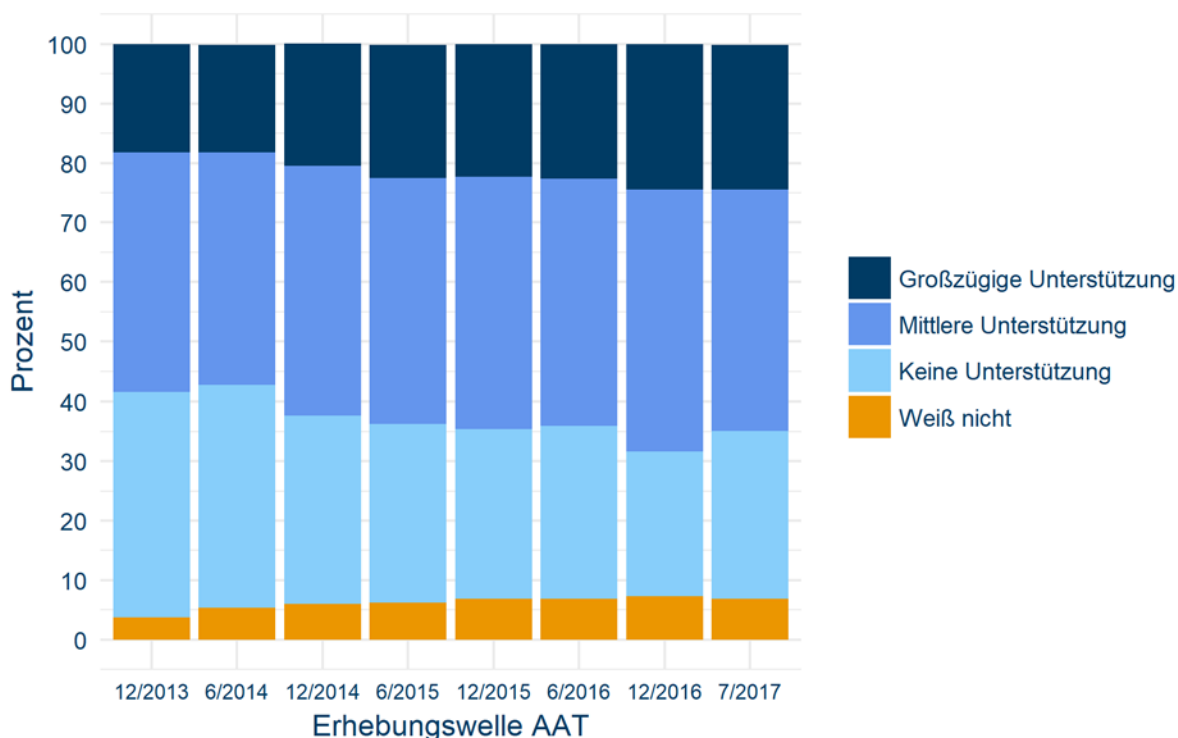
Staatliches Engagement wird über öffentliche Mittel und damit durch die Bürgerinnen und Bürger finanziert. Wie steht die deutsche Bevölkerung zum finanziellen Umfang der staatlichen Unterstützung für Länder des Globalen Südens? In den vergangenen vier Jahren zeigte sich in der öffentlichen Meinung ein leichter Trend in Richtung großzügiger Unterstützung. Im Dezember 2013 sprachen sich rund 20 % der Bevölkerung für

¹⁸ Da die abhängige Variable fünfstufig ordinal skaliert ist, wurden alle Modelle alternativ auch als ordinale logistische Regressionsmodelle geschätzt. Die substanziellen Ergebnisse und Signifikanzen verändern sich dadurch nicht. Aufgrund der besseren Interpretierbarkeit werden die Ergebnisse der konventionellen Regressionen berichtet.

„sehr großzügige“ oder „großzügige“ Unterstützung und etwa 40 % für „keine“ oder „geringe“ Unterstützung aus (vgl. Abbildung 3).¹⁹ Im Juli 2017 lag der Anteil der unterstützenden Personen bei rund 30 %, während der Anteil der Gegnerinnen und Gegner auf 25 % sank. Der Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung nach Europa im September 2015 lässt sich in der Winterbefragung 2015/2016 nicht erkennen. Dieser leichte Trend sowie die oben beschriebene Ansicht, der Staat solle sich mehr für die Reduzierung von Armut engagieren, lässt sich als Befürwortung – zumindest in Teilen der Bevölkerung – einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Entwicklungspolitik und EZ interpretieren.

In der Zusammenhangsanalyse erweisen sich ähnliche Merkmale als erklärungskräftig wie bei der Unterstützung einer Ausweitung des staatlichen Engagements zur globalen Armutsbekämpfung: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen einer eher linken politischen Orientierung, Wirksamkeitseinschätzung, einem Gefühl der moralischen Verpflichtung und der Unterstützung „großzügiger“ EZ. Da soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Alter und Bildung in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem befürworteten EZ-Umfang stehen, kann davon ausgegangen werden, dass unter Berücksichtigung einer Reihe sozialer und politischer Einstellungen eine allgemeine Zu- oder Ablehnung quer durch die Bevölkerungsgruppen verläuft.²⁰ Etwas abstrakter lässt sich daraus schließen, dass die Bevölkerung einerseits aus moralischer Pflicht staatliches EZ-Engagement befürwortet, andererseits aber auch nutzenorientiert kalkuliert, denn auch die angenommene Wirkung der EZ spielt für sie eine Rolle.

Abbildung 3 Allgemeine Unterstützung der EZ im Zeitverlauf (2013-2017)



¹⁹ Die Antwortskala von 0 bis 10 wurde für die Analyse aus Gründen der Übersichtlichkeit in drei Gruppen eingeteilt. Dies kann eventuelle Verschiebungen zwischen einzelnen Skalenpunkten überdecken. Der Begriff der „Großzügigkeit“ entstammt dem Fragewortlaut und spiegelt keine Bewertung des Studienteams wider. Der exakte Wortlaut ist im Anhang, Tabelle 4 zu finden. In Kapitel 9 wird im Detail auf die Konsequenzen der erhöhten Ankunftsahlen von Geflüchteten für die allgemeine Unterstützung der EZ eingegangen.

²⁰ Die Analyse befindet sich im Anhang, Tabelle 10.

Eines der bekanntesten Ziele der traditionellen Entwicklungsfinanzierung ist es, den Anteil der öffentlichen EZ auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen.²¹ Dieses Ziel beschlossen die Vereinten Nationen (UN) erstmals 1970 (United Nations, 1970), seither bekräftigten es die UN-Mitgliedsstaaten mehrfach. Bis 2016 hatten nur acht Länder dieses Ziel erreicht.²² Deutschland verwirklichte die mehrfach zugesagte ODA-Quote erstmalig 2016.²³ Die Daten des AAT zeigen, dass die Einhaltung der Zielsetzung großen Zuspruch in der deutschen Bevölkerung findet. Seit Sommer 2015 erhebt der AAT, wie die Bevölkerung zu einer Quote von 1 % des Bundeshaushaltes steht. Dabei sprachen sich durchgängig knapp über 40 % der Befragten für eine Erhöhung und weitere 30 % für eine Beibehaltung des 1 %-Beitrages aus; lediglich 20 % sprachen sich für eine Senkung der Beiträge aus. Es lässt sich vermuten, dass 1 % des Haushaltsvolumens nicht als „übermäßig großzügige“ Umverteilung wahrgenommen und von weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen wird.²⁴

Die 0,7 %-Zielsetzung stößt auf positive Resonanz in der Bevölkerung.

3.2 Warum EZ? Motive für EZ im Spiegel der öffentlichen Meinung

Warum leisten Staaten überhaupt EZ? Diese Frage ist so alt wie die Entwicklungspolitik und EZ selbst. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war „Entwicklungshilfe“ selten, fand nur punktuell statt und hatte einen geringen finanziellen Umfang. Daher wird EZ auch als eine der „wirklichen Innovationen der jüngeren Zeit für die außenpolitische Praxis“ (Morgenthau, 1962)²⁵ bezeichnet. Waren in den 1950er Jahren nur wenige Staaten Geber oder Empfänger, sind heute alle Nationen der Welt beteiligt. Mit einem ODA-Volumen von etwa 121 Milliarden Euro im Jahr 2016 (OECD DAC, 2017) ist EZ heute aus der internationalen Zusammenarbeit nicht mehr wegzudenken.

Daran knüpft die Frage an, aus welchen Gründen Staaten EZ leisten. Umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen beschäftigen sich mit Motiven, Allokation und Umfang von bi- und multilateraler EZ (u. a. Degnbol-Martinussen et al., 2003; Faust und Leiderer, 2008; Lancaster, 2007; Riddell, 2007; van der Veen, 2011). Im Folgenden sollen deshalb vier aktuell diskutierte mögliche Begründungsmuster auf ihre Unterstützung in der Bevölkerung geprüft werden:

- 1) EZ als sicherheitspolitisches Instrument,
- 2) EZ zur Wirtschaftsförderung (für Deutschland),
- 3) EZ als Fluchtursachenbekämpfung und
- 4) EZ als moralische Verpflichtung.²⁶

²¹ Detaillierte Informationen zu ODA bietet die OECD: <http://www.oecd.org/dac/stats/officialdevelopmentassistancedefinitionandcoverage.htm>. ODA als Indikator ist umstritten, da sie ein-dimensional Finanzströme in Länder des Globalen Südens misst, dabei Intention, Verwendung und Wirkungen nicht erfasst. Aktuellere Ansätze messen staatliches Engagement daher mehr-dimensional, etwa der Commitment to Development-Index, siehe www.cgdev.org/commitment-development-index.

²² Schweden, Norwegen, Luxemburg, Dänemark, Niederlande, UK, Türkei, Deutschland, siehe <https://data.oecd.org/oda/net-oda.htm>.

²³ Ein Teil der Erreichung des 0,7 %-Ziels ist auf die entstandenen Kosten für die Versorgung von Geflüchteten in Deutschland zurückzuführen. Andernfalls bliebe die ODA-Quote mit 0,52 % hinter der Zielsetzung zurück (BMZ, 2017a).

²⁴ Die Fragestellung im AAT bezieht sich auf den Bundeshaushalt und nicht das Bruttonationaleinkommen. Obgleich dies nicht den exakten Definitionen der Vereinten Nationen entspricht, wird davon ausgegangen, dass der Fragewortlaut dazu geeignet ist, in einer Befragung die Einschätzung der Bevölkerung approximativ zu erfassen. Setzt man die ODA-Mittel mit dem Bundeshaushalt in Beziehung, so müssen die nicht über den Bundeshaushalt finanzierten ODA-Mittel (z.B. KfW-Marktmittel, Mittel der Bundesländer) von den ODA-Mitteln abgezogen werden.

²⁵ Eigene Übersetzung aus dem Englischen.

²⁶ Die Fragewortlaute und Operationalisierung der einzelnen Motive findet sich im Anhang, Tabelle 13.

Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungshilfe – wie spricht die Bevölkerung?

Um die Partnerschaftlichkeit von traditionellen Gebern und Empfängern auch sprachlich hervorzuheben, hat sich seit den 1980er-Jahren der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit insbesondere in der Zivilgesellschaft, aber auch unter anderen deutschsprachigen Akteuren etabliert (vgl. Büschel, 2010). Da in den Fragen des AAT der – umgangssprachlich deckungsgleiche – Begriff der Entwicklungshilfe verwendet wird, wurde in einer vom AAT unabhängigen Befragung ermittelt, ob die alternative Verwendung des Begriffs der Entwicklungszusammenarbeit die Beantwortung der entsprechenden Fragen beeinflusst. Hierfür wurden bei zentralen Fragen wie der Schätzung der Höhe der staatlichen EZ oder der Unterstützung der finanziellen Zusammenarbeit jeweils 1.000 Befragten nach dem Zufallsprinzip die Frage mit dem Wort „Entwicklungshilfe“ oder „Entwicklungszusammenarbeit“ vorgelegt. Der Vergleich der Antworten der 2.000 Befragten sollte zeigen, ob das Wording zu signifikanten Unterschieden in der Beantwortung der Items führt. Bei der Schätzung des Prozentsatzes des Staatshaushalts, den die Bundesregierung jährlich für Entwicklungshilfe bzw. EZ ausgibt, kann kein Unterschied zwischen beiden Formulierungen festgestellt werden.²⁷ Ebenso finden sich bei der Frage nach der finanziellen Unterstützung, die die Bundesregierung leisten sollte, keine Abweichungen.²⁸ Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass die Bevölkerungsmehrheit nicht wesentlich zwischen den Begriffen Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe differenziert und dass die Begriffsverwendung keine verzerrenden Konsequenzen für das Antwortverhalten hat. Dies deckt sich mit einer aktuellen Umfrage im Auftrag der Global Perspectives Initiative (2017).

Zusätzlich wurde anhand einer offenen Frage erhoben, was die Befragten jeweils unter dem Begriff Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit verstehen.²⁹ Befragte äußerten sich etwa zehn Prozentpunkte häufiger (implizit) positiv zur Entwicklungshilfe im Vergleich zur Entwicklungszusammenarbeit.³⁰ Mit beiden Begriffen verbanden die Befragten am häufigsten die Bereiche Infrastruktur, Bildung, Wirtschaftsförderung und Landwirtschaft. Bemerkenswert ist, dass EZ-Bereiche bei der Frage nach Entwicklungshilfe insgesamt doppelt so häufig wie bei der Frage nach Entwicklungszusammenarbeit genannt wurden. Zudem gaben Befragte, die die Frage nach dem Wort Entwicklungszusammenarbeit erhielten, etwa 10 Prozentpunkte häufiger explizit an, sich hierunter nichts vorstellen zu können. Dies deutet darauf hin, dass der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit im Gegensatz zu zivilgesellschaftlichen, politischen oder akademischen Diskursen in der Bevölkerung wenig bekannt ist.

Interessant ist überdies die Tatsache, dass deutlich mehr Befragte den Begriff Entwicklungshilfe mit einer Hilfe für Andere beschreiben. Bei der Entwicklungszusammenarbeit wird entsprechend häufiger die partnerschaftliche Kooperation genannt. Abschließend lässt sich festhalten, dass obgleich der Begriff in der Bevölkerung weniger etabliert ist, die Verwendung des Begriffs der Entwicklungszusammenarbeit insofern sinnvoll erscheint, als er das Leitprinzip der Partnerschaftlichkeit in der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit semantisch unterstützt.

Unabhängig von diesen methodischen Befunden ist sich das Studienteam des Dilemmas zwischen möglichst verständlichen Frageformulierungen und aktuellem normativem Diskurs innerhalb der EZ bewusst. Im Rahmen einer Befragung muss jedoch die Verständlichkeit vergleichsweise stark gewichtet werden. Die Gefahr einer gesellschaftlichen Zementierung von normativ problematischem Vokabular scheint bei einer Stichprobe von rund 6.000 Befragten begrenzt zu sein. Zudem ist es nicht Aufgabe der Studie, die Bevölkerung dazu anzuregen, ihren Sprachgebrauch zu ändern. Dies ist vielmehr eine langfristige Aufgabe des Bildungssystems, aber auch der Kommunikation von Politik, EZ-Durchführungsorganisationen und NRO.

²⁷ Für den Begriff der Entwicklungshilfe ergibt sich ein Mittelwert von 20,6 %, für die Entwicklungszusammenarbeit liegt der Mittelwert bei 19,8 %. Bei beiden Formulierungen liegt der Median bei 9.

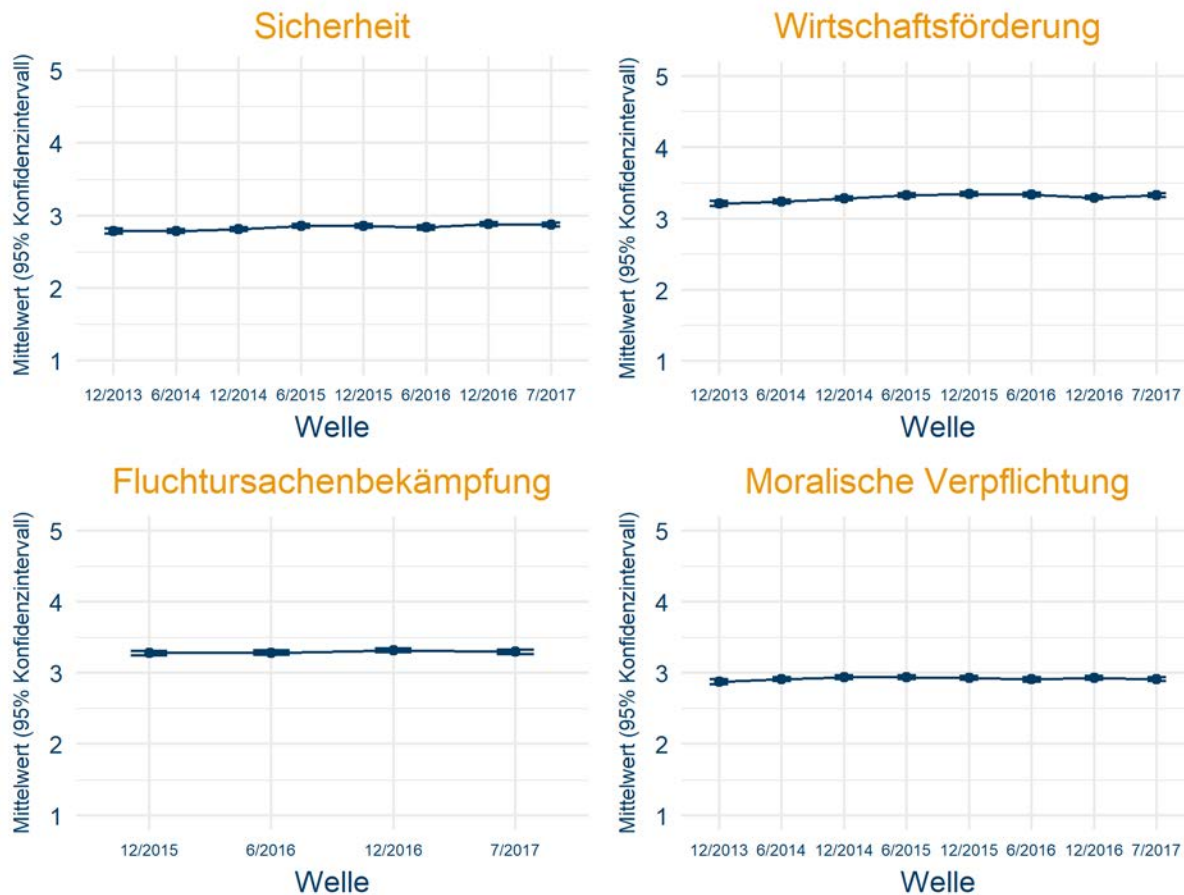
²⁸ Für beide Varianten liegt der Median der zehnstufigen Skala bei 5, die Mittelwerte unterscheiden sich lediglich um 0,12 Skaleneinheiten. Die „Weiß nicht“-Option wurde für die Entwicklungshilfe von 3,7 %, für die Entwicklungszusammenarbeit von 3,3 % aller Befragten gewählt.

²⁹ Details zur Inhaltsanalyse finden sich in Tabelle 11 und Tabelle 12 im Anhang.

³⁰ 79,1 % bei der Entwicklungshilfe gegenüber 68,7 % bei der Entwicklungszusammenarbeit.

Potenzielle Einflussfaktoren auf diese vier Motive wurden einer Zusammenhangsanalyse unterzogen, die in Tabelle 3 zusammengefasst wird.³¹ Für alle Motive ist der Koeffizient der allgemeinen Unterstützung der EZ positiv und signifikant. In Kombination mit dem positiven Zusammenhang zu den anderen Motiven kann dies darauf hindeuten, dass die Befragten eher eine allgemeine Haltung zur EZ haben als im Detail zwischen verschiedenen Motiven zu unterscheiden.³² Nichtsdestotrotz lassen sich wichtige Unterschiede in der Bevölkerung ausmachen, die nachfolgend diskutiert werden.

Abbildung 4 Zustimmung zu den vier Motiven für staatliche EZ (2013-2017)



3.2.1 EZ als sicherheitspolitisches Instrument

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und des ausklingenden Kolonialismus wurden vor allem politische bzw. geostrategische Motive für die EZ angeführt. Hierzu zählen beispielsweise die Gewinnung von Verbündeten, die Eindämmung des Kommunismus bzw. Kapitalismus, die Steigerung von Sicherheit sowie die Einflussssicherung in den ehemaligen Kolonien. Diese sicherheitspolitischen Motive rückten nach dem Ende des Kalten Krieges zeitweise in den Hintergrund. Insbesondere nach den Anschlägen des 11. September 2001 in den USA erlebten sie jedoch eine Renaissance. Die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch Fragilität in Teilen des Globalen Südens trat zusehends in den Fokus entwicklungspolitischer Überlegungen und Kommunikation (Brown und Gravingholt, 2016; Faust und Messner, 2005). Die Daten in Abbildung 4 zeigen al-

³¹ Diese Regressionsmodelle kontrollieren jeweils den Einfluss der Zustimmung zu den übrigen Motiven in Form der gemittelten Zustimmung. Die exakten Zahlen finden sich im Anhang, Tabelle 14.

³² Diese Ergebnisse decken sich mit einer Hauptkomponentenanalyse verschiedener Motive für EZ (vgl. Anhang, Tabelle 15). Die Daten sprechen eher für eine Differenzierung auf abstrakterer Ebene. Eine Dimension bildet die wahrgenommenen „Benefits“ ab, also eine positive Zuschreibung an EZ im Allgemeinen, unabhängig davon, ob dieser positive Aspekt sicherheitspolitischer, menschenrechtlicher oder wirtschaftlicher Natur ist. Die andere Dimension erfasst die wahrgenommenen Risiken und Nebenwirkungen der EZ, wie Nicht-Erreichung der Zielgruppen, Korruption, die Abhängigkeit von externer Hilfe und Verschwendung.

lerdings, dass die Bevölkerung keine ausgeprägte Wahrnehmung von EZ als Instrument zur Erhöhung nationaler Sicherheit oder zur Terrorbekämpfung hat. Trotz medial präsenter Terroranschläge unter anderem in Nizza, Paris und Berlin zeigt sich im Zeitverlauf keine wachsende Befürwortung des Motivs – die Mittelwerte bleiben in etwa konstant.

Die Zustimmung zu diesem Motiv steht in einem positiven Zusammenhang mit der allgemeinen Unterstützung der EZ, einer positiven Wirkungswahrnehmung sowie einer eher positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (vgl. Tabelle 3). Darüber hinaus unterstützen Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund dieses Motiv weniger, während es in städtischen Wohnräumen auf stärkere Zustimmung stößt.³³

Tabelle 3 Zusammenhangsanalyse Motive für EZ (Juli 2017)

Unabhängige Variablen	Sicherheit Zusammenhang	Wirtschafts- förderung Zusammenhang	Fluchtursachen Zusammenhang	Moral Zusammenhang
Mittelwert übrige Motive	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***
Allgemeine Unterstützung der EZ	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***	Positiv ***
Wirksamkeitseinschätzung	Positiv ***	n. s.	Positiv ***	Positiv ***
Politische Orientierung (links-rechts)	n. s.	Negativ **	n. s.	Negativ ***
Wirtschaftliche Lage	Positiv ***	Positiv ***	Positiv *	n. s.
Einkommen 30.000 – 59.999 €	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
Einkommen 60.000 € und mehr	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
Realschule	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
Abitur	n. s.	Positiv *	Positiv *	Positiv *
Alter (in Jahren)	n. s.	n. s.	Positiv **	Positiv ***
Weiblich	Negativ ***	Negativ ***	n. s.	Positiv ***
Migrationshintergrund	Negativ †	n. s.	n. s.	Positiv *
Konfessionszugehörigkeit	n. s.	n. s.	n. s.	Positiv ***
Wohnort städtisch	Positiv†	n. s.	n. s.	n. s.
Wohnort vorstädtisch	Positiv	n. s.	n. s.	n. s.
Ostdeutschland	n. s.	Positiv **	Negativ *	n. s.
Adj. R ²	0,543	0,206	0,318	0,577
N	3.932	3.932	3.932	3.932

Anmerkung: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, † $p < 0.1$. n. s. = nicht signifikant. Referenzkategorien: männlich, niedriges Einkommen (bis 29.999 €), Hauptschulabschluss/kein Abschluss; keine Konfession, ländlicher Wohnort, Westdeutschland. Koeffizienten für sonstige/keine Angabe bei den Variablen Bildung und Einkommen wurden nicht tabelliert.

3.2.2 EZ als Instrument der Wirtschaftsförderung

Welchen Stellenwert haben ökonomische Motive in der Bevölkerung? In Deutschland betonte der von 2009 bis 2013 amtierende Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel (Freie Demokratische Partei, FDP) explizit das Primat der Wirtschaft. Er sah in der Förderung der Wirtschaft eine wichtige Aufgabe der Entwicklungspolitik: „Ich interpretiere das Z im Namen des BMZ darum so, wie es von Anfang an gemeint war: als wirtschaftliche Zusammenarbeit, nicht als wiederholte Zuzahlung“ (Niebel, 2012, S. 11). Darüber hinaus stieg in der vergangenen Dekade die Bedeutung der Privatwirtschaft für die staatliche EZ (BMZ, 2016a). Im Erhebungszeitraum findet dieses Motiv mit einem Durchschnittswert stets

³³ Der Koeffizient Migrationshintergrund ist auf dem 10 %-Niveau signifikant.

über der Skalenmitte etwas stärkere Zustimmung in der Bevölkerung als das zuvor diskutierte Sicherheitsmotiv (vgl. Abbildung 4). Im Zeitverlauf kann eine leicht wachsende Zustimmung festgestellt werden. Betrachtet man die beiden höchsten Antwortkategorien, stieg die Zustimmung von etwa 40 % im Winter 2013 auf knapp 50 % im Sommer 2017. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Entwicklungspolitik und EZ in der öffentlichen Meinung (zunehmend) mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verknüpft sind, was sich mit den Befunden anderer Studien zur staatlichen Mittelvergabe für die EZ deckt (Milner und Tingley, 2013b).

Wirtschaftliche Motive für EZ sind in der öffentlichen Meinung präsent.

Die Zusammenhangsanalyse (vgl. Tabelle 3) zeigt, dass die Zustimmung zu diesem Motiv neben der allgemeinen Unterstützung für die EZ positiv mit der wahrgenommenen Wirtschaftslage korreliert. Je weiter rechts im politischen Spektrum sich eine Person einordnet, desto geringer ist im Durchschnitt ihr Zuspruch für das Wirtschaftsmotiv. Dies überrascht, schließlich scheint das Durchsetzen nationaler Wirtschaftsinteressen mittels EZ sehr gut mit einer konservativen Orientierung vereinbar. Denkbar ist jedoch, dass das wirtschaftliche Potenzial des Globalen Südens skeptisch eingeschätzt wird, obgleich dies nicht mit den Daten des AAT geprüft werden kann. Frauen befürworten dieses Motiv ebenfalls weniger, während Personen mit Abitur und Befragte aus Ostdeutschland es stärker befürworten.

3.2.3 EZ als Instrument der Fluchtursachenbekämpfung

In einer immer enger verwobenen Welt decken sich gesellschaftliche Herausforderungen nicht zwangsläufig mit Landesgrenzen. Ein Beispiel sind globale Fluchtbewegungen. Der aktuelle politische und mediale Diskurs stellt die EZ diesbezüglich in einen engen Zusammenhang mit der Verminderung von Migrations- und Fluchtbewegungen (Grefe und Köckritz, 2017; Schraven und Grävingholt, 2016; Spiegel Online, 2016, 2017). Das Motiv für EZ als Mittel zur „Bekämpfung“ von Fluchtursachen und zur Reduktion von Migrationsbewegungen aus dem Globalen Süden ist zwar nicht neu (Bermeo und Leblang, 2015; Clemens, 2014), wurde jedoch unter anderem durch die Positionierung des aktuellen Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller (Christlich-Soziale Union, CSU) öffentlichkeitswirksam in den Medien diskutiert (Grefe und Köckritz, 2017; Spiegel Online, 2016, 2017). Die dahinter liegende Logik kann als aufgeklärtes Selbstinteresse, also als Unterstützung anderer mit der Absicht, eigene Ziele zu erreichen, verstanden werden.

Der Durchschnittswert der Indexvariable liegt über die Erhebungswellen über der Indexmitte, was sich als steigende Zustimmung interpretieren lässt (vgl. Abbildung 4). Rund die Hälfte der Befragten stimmen in der achten Erhebungswelle (Juli 2017) zu, dass EZ dazu beiträgt, Einwanderungsversuche zu verringern.³⁴ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach für die Global Perspectives Initiative (2017). So wird in der öffentlichen Meinung EZ durchaus als Fluchtursachenbekämpfung wahrgenommen.³⁵ Zu bedenken ist jedoch, dass diese Frage erstmals im Dezember 2015 – also nach dem Höhepunkt der Fluchtbewegungen nach Europa im September 2015 – gestellt wurde. Es sind also keine Aussagen möglich, ob der Flüchtlingszuzug die Zustimmung zu diesem im aktuellen EZ-Diskurs prominenten Motiv erhöht hat.

Auch in Bezug auf dieses Motiv sind eine allgemeine Unterstützung der EZ, eine wahrgenommene positive Wirkung der EZ sowie eine positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage³⁶ relevante Einflussgrößen für eine erhöhte Zustimmung (vgl. Tabelle 3). Befragte mit Abitur bejahen das Motiv ebenfalls stärker, während mit einem Wohnort in Ostdeutschland eine geringere Zustimmung einhergeht. Auffällig ist zudem, dass die politische Orientierung der Befragten wider Erwarten keinen Einfluss hat.

³⁴ Anteil der beiden höchsten Antwortkategorien.

³⁵ Obgleich dies auf eine hohe Zustimmung hindeutet, sollte berücksichtigt werden, dass zu diesem Motiv lediglich eine Frage vorliegt, was die Messung erheblich einschränkt (u. a. Eichenberg, 2016). Die Vermischung unterschiedlicher Konzepte (z. B. Migration und Flucht sowie humanitäre Hilfe und EZ) innerhalb der Frage ist inhaltlich und methodisch problematisch.

³⁶ Dieser Koeffizient ist jedoch nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

3.2.4 EZ als moralisches Gebot

Durch seinen altruistischen Kern setzt sich dieses Motiv deutlich von den zuvor beschriebenen instrumentellen Motiven ab. Im AAT zeigt sich im Zeitverlauf überraschenderweise nur eine durchschnittlich hohe, jedoch im Zeitverlauf sehr stabile Unterstützung für das Moralmotiv (vgl. Abbildung 4). Auch nach dem Höhepunkt des Zuzugs von Geflüchteten stieg der Mittelwert nicht an, obgleich die Situation in den Herkunftsländern medial sehr präsent war (Berry et al., 2015; Georgiou und Zaborowski, 2017).

Moral als Motiv der EZ setzt sich nicht nur konzeptuell deutlich von den anderen Motiven ab – auch die Einflussfaktoren für eine stärkere Zustimmung unterscheiden sich deutlich von den anderen Motiven. Nur in diesem Fall hängt die Zustimmung nicht mit der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage zusammen (vgl. Tabelle 3). Ebenso wenig spielt das Haushaltseinkommen eine Rolle. Das heißt, Menschen sehen die moralische Pflicht, anderen zu helfen, unabhängig von ihrer eigenen finanziellen oder der gesamtwirtschaftlichen Situation. Allerdings spielen auch hier die allgemeine Unterstützung der EZ sowie die Wirksamkeitswahrnehmung eine Rolle. Beide Merkmale stehen in einem positiven Zusammenhang mit dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung. Eine eher linke politische Selbstverortung steht ebenfalls in positivem Zusammenhang mit einer moralischen Verantwortung. Dieser Befund reiht sich erneut in eine Vielzahl von Forschungsbefunden ein (Milner und Tingley, 2013a). Frauen sowie Menschen mit Abitur oder Migrationshintergrund sowie Menschen, die einer Religionsgemeinschaft angehören, stimmen diesem Motiv ebenso stärker zu. Zudem steigt die Zustimmung, dass EZ eine moralische Verpflichtung darstellt, mit dem Alter.

Die moralische Verpflichtung hängt nicht von der Wahrnehmung der eigenen oder nationalen wirtschaftlichen Lage ab.

3.3 Problemwahrnehmung und Prioritäten der Bevölkerung

3.3.1 Die größten Herausforderungen

Wo sieht die Bevölkerung die größten Herausforderungen für Deutschland? Dies ist eine Kernfrage für die Erforschung gesellschaftlicher Realitätskonstruktionen, da Unterschiede in der Wahrnehmung der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen politische Präferenzen beeinflussen können. Seit Beginn der AAT-Befragungen 2013 fanden zwei politische Ereignisse besonders große mediale und gesellschaftliche Beachtung: die ausklingende europäische Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2010 (Giebler und Wagner, 2015) und die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ab 2015 (Wiesendahl, 2016).

Tatsächlich zeigen sich Verbindungen zwischen diesen Ereignissen und den zentralen Herausforderungen, die die deutsche Öffentlichkeit wahrnimmt. In der Wahrnehmung der Bevölkerung sind die gravierendsten Probleme im Erhebungszeitraum soziale Themen und Sicherheit: Ungleichheit von Einkommen und Wohlstand, Einwanderung und Migration, Geflüchtete, internationaler Terrorismus/Islamischer Staat (IS) sowie Armut in Deutschland. Alle diese Themen sind mehr oder weniger unmittelbar mit der Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. den erhöhten Ankunftsahlen von geflüchteten Menschen verknüpft. Hingegen spielen wirtschaftliche Aspekte wie Energiepreise oder Besteuerung sowie Umwelt und Armut im Globalen Süden eine untergeordnete Rolle.³⁷

Seit Dezember 2015 – nach dem Höhepunkt der Zuwanderung im September 2015 – stieg der Anteil derjenigen, die Migrations- und Fluchtbewegungen³⁸ als gravierendstes Problem sehen, auf mehr als 40 % der Befragten an. Auffällig ist, dass die Anzahl ankommender Geflüchteter andere Herausforderungen wie Ungleichheit in den Hintergrund drängte. Angesichts der hohen medialen Aufmerksamkeit für das Thema

³⁷ Die Anteilswerte werden in Abbildung 1 im Anhang präsentiert.

³⁸ Aufgrund mangelnder Trennschärfe der Items werden ab Welle 5 (Dezember 2015) die Antwortmöglichkeiten „Einwanderung“ und „Flüchtlingskrise in Europa“ zu einem gemeinsamen Prozentwert zusammengefasst.

(z. B. Berry et al., 2015; Georgiou und Zaborowski, 2017) muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Häufigkeit medialer Berichterstattung eine Problemwahrnehmung erst entstehen lassen kann, die es ohne diese Berichterstattung möglicherweise nicht oder nicht im gleichen Umfang gegeben hätte (u. a. Gonzenbach, 1996; Wessler, 1999). In den folgenden Erhebungswellen nahm der Anteil der Nennung dementsprechend wieder ab. Ab Dezember 2015 stieg zugleich die Nennung von internationalem Terrorismus und Islamischem Staat³⁹ (zusammen rund 20 %) und erreichte in den Folgewellen nochmals leicht höhere Anteilswerte. Für die Themen Einwanderung und Terrorismus decken sich die Befunde weitgehend⁴⁰ mit den Ergebnissen des Eurobarometers (2016), bei dem im Jahr 2016 48 % der Befragten Einwanderung und 39 % Terrorismus (beides Durchschnittswerte über alle 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union) als wichtigstes Problem der EU angaben.

Soziale Probleme in Deutschland spielen über alle Wellen hinweg eine große Rolle. Von in der Regel mindestens 15 % der Befragten wird Ungleichheit hinsichtlich Wohlstand und Einkommen als gravierendstes Problem in Deutschland genannt, von rund 10 % Armut in Deutschland. Wenn mangelnde Verteilungsgerechtigkeit problematisiert wird, bezieht sich dies in der öffentlichen Meinung jedoch auf den nationalen Kontext. In keiner der acht Erhebungswellen identifizierte eine nennenswerte Zahl der Befragten Armut in armen Ländern als eine der zentralen Herausforderungen. Die Konsistenz des Antwortverhaltens deutet darauf hin, dass die Öffentlichkeit globale Armut – zumindest im Vergleich zu anderen Herausforderungen – nicht als zentrales Problem wahrnimmt. Die große Diskrepanz zwischen der Relevanzzuschreibung an globale Armut und Flucht bzw. Migration kann auch als Hinweis gedeutet werden, dass die Bevölkerung sich solcher globalen Zusammenhänge nur wenig bewusst ist.

Rund 10 % halten nationale Armut für das größte Problem Deutschlands, weniger als 2 % sehen globale Armut als größtes Problem.

3.3.2 Armut in Deutschland und der Welt

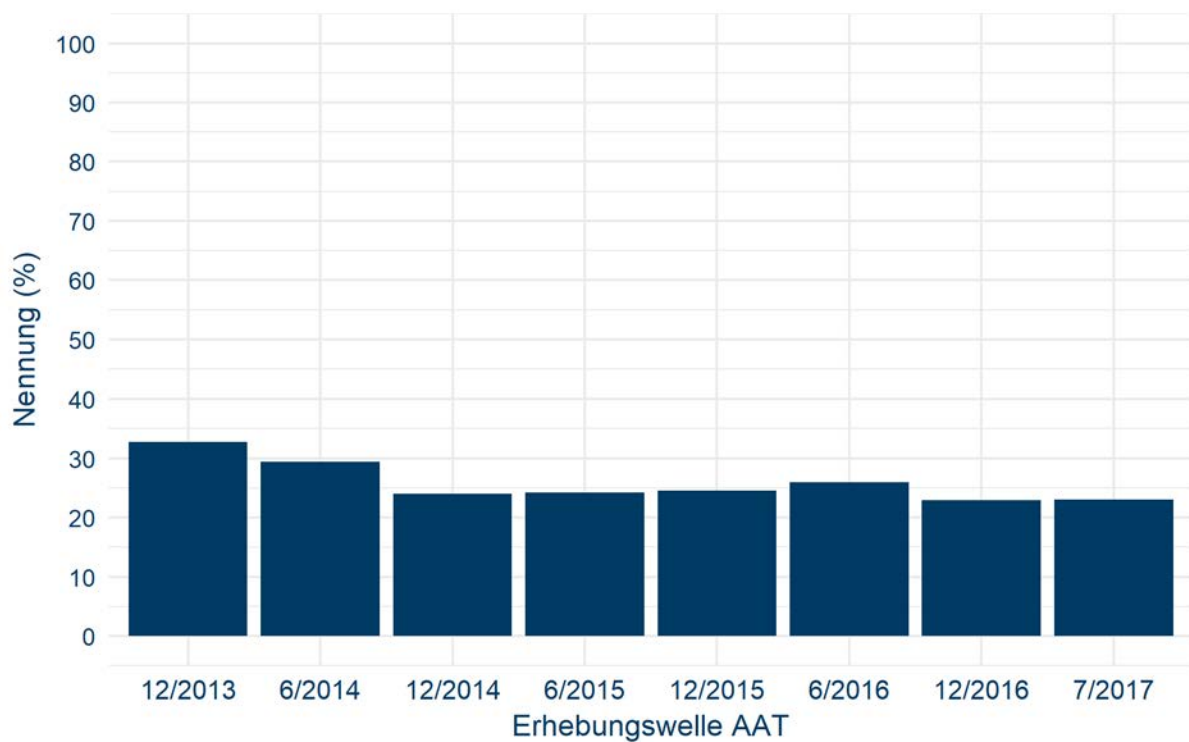
Die vorherige Analyse zeigt, dass die Bevölkerung soziale Ungleichheit und Armut in Deutschland als gesellschaftliche Herausforderung identifiziert, während globale Armut selten genannt wird. Im Folgenden ist spezifischer auf die Priorisierung staatlichen Engagements in der Armutsbekämpfung einzugehen. Schließlich besteht die Möglichkeit, dass globale Armut bei der Beantwortung der Frage nach dem größten Problem noch nicht kognitiv präsent war, da sie die erste Frage im Fragebogen ist.

Als Antwort auf die Frage „Sollte sich der Staat eher in Deutschland oder im Globalen Süden engagieren?“ ist die Bevölkerung im Mittel deutlich der Meinung, dass die Armutsreduzierung in Deutschland Priorität gegenüber der Armutsreduzierung im en Süden haben sollte – trotz der großen allgemeinen Zustimmung zur EZ und zu Budgeterhöhungen in diesem Bereich (vgl. Kapitel 3.1). Viele Studien gehen der *Charity Begins at Home*-Debatte nach und zeigen, dass private Spenden für internationale Zwecke unter denen für nationale Belange liegen (Casale und Baumann, 2015; Knowles und Sullivan, 2017; Micklewright und Schnepf, 2009; Rajan et al., 2009).

Auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für die höhere Priorität für die Verringerung von Armut in armen Ländern und 10 für die höhere Priorität für die Verringerung von Armut in Deutschland steht, liegt der Mittelwert über alle acht Wellen bei 6,5 oder höher; es gaben stets über 20 % der Befragten den Höchstwert 10 für eine höhere Priorität für die Verringerung von Armut in Deutschland an, obgleich der Anteil seit der ersten Erhebung 2013 zurückging. Abbildung 6 zeigt den prozentualen Anteil der Befragten, die den höchsten Skalenwert wählten. Hierbei ist zu bedenken, dass eine Priorisierung der Bekämpfung nationaler Armut nicht gleichzusetzen ist mit einer Ablehnung der Bekämpfung globaler Armut.

³⁹ Die Antwortoption „ISIS“ wurde erst in der dritten AAT-Welle (Dezember 2014) hinzugefügt. Die Antwortkategorien „Internationaler Terrorismus“ und „Islamischer Staat/ISIS“ sind ebenfalls nicht trennscharf und werden daher ab Dezember 2014 zu einem gemeinsamen Prozentwert zusammengeführt.

⁴⁰ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortmöglichkeiten ist ein direkter Vergleich der Daten nicht möglich.

Abbildung 5 Priorisierung der Verringerung globaler Armut versus Armut in Deutschland

Anmerkung: N = 5.477-5.812. Abgetragen ist der Anteil der Personen, die den höchsten Skalenwert gewählt haben.

Die Zusammenhangsanalyse in Tabelle 4 zeigt, dass eine allgemeine Unterstützung der EZ, das Empfinden einer moralischen Verpflichtung zur Unterstützung und eine positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage mit einer stärkeren Priorisierung der Bekämpfung globaler Armut in Zusammenhang stehen. Je weiter rechts sich eine befragte Person im politischen Spektrum verortet, desto stärker priorisiert sie hingegen die Armutsbekämpfung in Deutschland.⁴¹ Tendenziell sprechen sich Frauen stärker für die Bekämpfung der Armut in Deutschland aus, während für Befragte mit Abitur oder mittlerem Bruttohaushaltseinkommen von 30.000 bis 59.999 € das Gegenteil der Fall ist. Die Befunde decken sich mit bisherigen Forschungsergebnissen (z. B. Chong und Gradstein, 2008; Hudson und vanHeerde-Hudson, 2012; Paxton und Knack, 2012) und sprechen dafür, dass sowohl die soziale Lage – und sei sie nur subjektiv empfunden – als auch moralisch-ideologische Faktoren eine Rolle für die Priorisierung von Armut in Deutschland spielen.

⁴¹ Die Regressionstabelle findet sich in Tabelle 17 im Anhang.

Tabelle 4 Zusammenhangsanalyse Priorisierung der Verringerung globaler Armut versus Armut in Deutschland (Juli 2017)

Unabhängige Variablen	Zusammenhang
Allgemeine Unterstützung der EZ	Negativ ***
Wirksamkeitseinschätzung	n. s.
Moralische Verpflichtung	Negativ ***
Politische Orientierung (links-rechts)	Positiv ***
Wirtschaftliche Lage	Negativ ***
Einkommen 30.000-59.999 €	Negativ *
Einkommen 60.000€ und mehr	n. s.
Realschule	n. s.
Abitur	Negativ *
Alter (in Jahren)	n. s.
Weiblich	Positiv *
Migrationshintergrund	n. s.
Konfessionszugehörig	n. s.
Wohnort städtisch	Positiv *
Wohnort vorstädtisch	n. s.
Ostdeutschland	n. s.
Adj. R ²	0,210
N	4.218

Anmerkung: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, † $p < 0.1$. n. s. = nicht signifikant. Referenzkategorien: männlich; niedriges Einkommen (bis 29.999 €), Hauptschulabschluss/kein Abschluss; keine Konfession, ländlicher Wohnort, Westdeutschland. Koeffizienten für sonstige/keine Angabe bei den Variablen Bildung und Einkommen wurden nicht tabelliert.

3.4 Wirksamkeit der deutschen EZ aus Sicht der Bevölkerung

Die Wirkungsorientierung in der EZ und mit ihr die Kommunikation über Wirkungen gewannen insbesondere im Rahmen der *Aid Effectiveness Agenda* in den vergangenen 15 Jahren zunehmend an Bedeutung (OECD, 2005). Im Zentrum stehen dabei Prinzipien wirksamer Praxis der bi- und multilateralen Zusammenarbeit. Dazu zählt insbesondere, dass

- sich die Zusammenarbeit an den Prioritäten der Partnerländer ausrichtet und von diesen verantwortet wird (*Alignment und Ownership*),
- die internationalen Entwicklungspartner (Geber) ihre Bemühungen untereinander abstimmen (Harmonisation),
- eine gegenseitige Rechenschaftspflicht besteht (*Mutual Accountability*) und sich alle Initiativen auf Ergebnisse ausrichten (*Managing for Results*; vgl. z. B. BMZ, 2009).⁴²

Auch in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern spielt die Wirksamkeit der EZ eine bedeutende Rolle. Dabei ist häufig nicht klar, ob es sich um Ergebnisse und Wirkungen im Sinne der *Aid Effectiveness Agenda* handelt oder eher um erbrachte Leistungen hinsichtlich der Anzahl der bereitgestellten Güter oder der erreichten Personen. Die Unterscheidung ist wichtig: Die Tatsache, dass eine Leistung erbracht wurde (z. B. ein Berufsbildungszentrum erbaut wurde), bedeutet noch nicht, dass sich dadurch tatsächlich die berufliche Bildung verbesserte geschweige denn arbeitsmarktrelevante Effekte erzielt wurden.

⁴² Für weitere Informationen siehe www.oecd.org/dac/effectiveness/.

Letztlich stehen die EZ-Akteure vor der Herausforderung, dass übergeordnete Ziele wie die Sicherung von Frieden und die Erhöhung der Sicherheit oder multisektorale Vorhaben kaum über einfache Erfolgskennzahlen abbildbar sind. Daneben bergen auch die unterschiedlichen in der Bevölkerung vorhandenen Motive für EZ Schwierigkeiten für die Kommunikation von Wirksamkeit. Geht eine Person beispielsweise davon aus, dass die Beendigung von Armut Motivation und Ziel der EZ sein sollte, so mag eine erfolgreiche Justizreform in einem Partnerland nicht als wirksame EZ wahrgenommen werden (Brown, 2015; Brown et al., 2016).

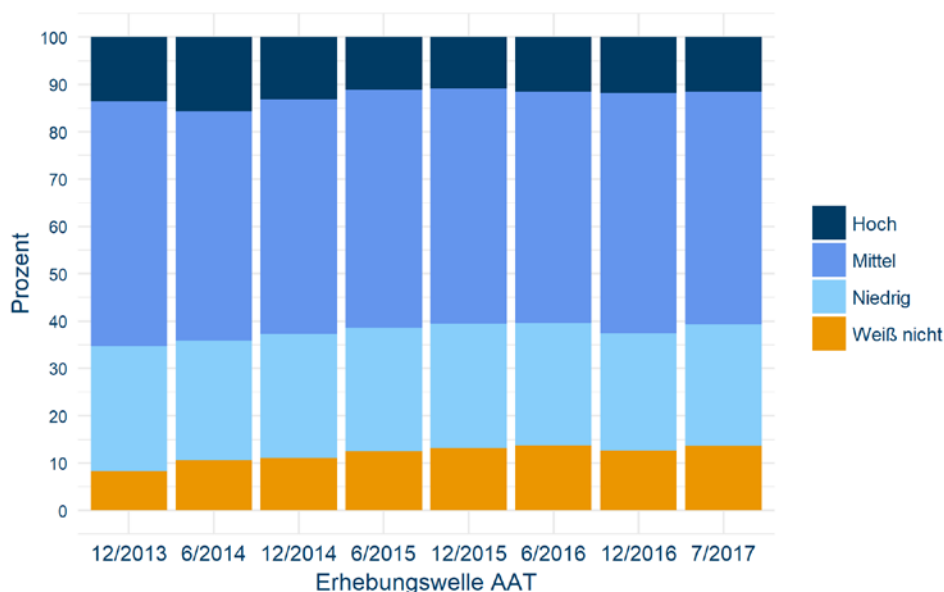
Trotz dieser Komplexität ist die Frage, wie wirksam die Bevölkerung die EZ einschätzt und welche Merkmale mit der Einschätzung in Zusammenhang stehen, politisch relevant. Selbst wenn die Wirksamkeitseinschätzung auf Wissensfragmenten oder Stereotypen beruht, kann sie für die allgemeine Unterstützung der EZ oder für eigenes entwicklungspolitisches Engagement ausschlaggebend sein, wie die Analysen zu Anfang dieses Kapitels und in den noch folgenden Kapiteln zum Teil nahelegen. Daher spielen Wirksamkeitsüberzeugungen vermutlich eine Rolle dabei, ob die Bevölkerung mittel- und langfristig EZ als politisch legitimes Unterfangen betrachtet.

3.4.1 Geringe Wirksamkeitswahrnehmung

Wenngleich die Bevölkerung die EZ – wie in den vorausgehenden Unterkapiteln dargestellt – im Allgemeinen unterstützt, schätzt sie ihre Wirksamkeit eher kritisch ein. Ein über die letzten vier Jahre konsistenter Anteil von etwa 25 % der Befragten hält die EZ für unwirksam (siehe Abbildung 6). Ihr Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie der jener, die sie als wirksam (10 %) wahrnehmen. Der Großteil der Bevölkerung positioniert sich zwischen beiden Extremen und schreibt der EZ eine mittlere Wirksamkeit zu.⁴³

25 % halten EZ für unwirksam. Demgegenüber stehen 10 %, die sie für wirksam halten.

Abbildung 6 Wirksamkeit der EZ aus Sicht der deutschen Bevölkerung (2013-2017)



Anmerkung: N = 5.701-6.170. Datenbasis ist ein gruppierter Index, der zwei Fragen nach der Wirksamkeit deutscher EZ zusammenfasst. Zu den Details der Berechnung siehe Tabelle 4 im Anhang.

⁴³ Auch im Eurobarometer wurde 2016 nach der Wirksamkeit der EZ gefragt (Europäische Kommission, 2017). Hier gaben 29 % der Befragten in Deutschland an, dass sie die EZ als nicht wirksam erachten, während 64 % sie als wirksam ansahen. Diese insgesamt optimistischere Einschätzung erklärt sich erstens durch die fehlende Differenzierungsmöglichkeit, da den Befragten nur die Optionen „Zustimmung“, „Ablehnung“ und „Weiß nicht“ angeboten wurde. Zweitens wurde im Eurobarometer nach der Wirksamkeit der von der EU und ihren Mitgliedsstaaten geleisteten EZ gefragt. Es ist plausibel, dass die Bevölkerung die gesamteuropäische EZ im Vergleich zur nationalen EZ als wirksamer einschätzt. Darüber hinaus wurde danach gefragt, ob die EZ zu einer friedlicheren und gerechteren Welt beiträgt. Diesbezüglich zeigt sich die Bevölkerung Deutschlands ebenfalls optimistisch, 66 % stimmten dieser Annahme zu.

In einem positiven Zusammenhang mit der Wirksamkeitseinschätzung steht das Gefühl, moralisch zur Unterstützung von sogenannten Entwicklungsländern im Rahmen der EZ verpflichtet zu sein, eine positive Einschätzung der eigenen und nationalen wirtschaftlichen Lage sowie eine allgemeine Unterstützung der EZ (vgl. Tabelle 5). Sehen befragte Personen in der EZ also etwas Positives, sehen sie sich wirtschaftlich zur Unterstützungsleistung in der Lage bzw. fühlen sich Ländern des Globalen Südens gegenüber verpflichtet, so schreiben sie der EZ im Mittel auch eine höhere Wirksamkeit zu. Ferner schätzen Frauen die EZ als wirksamer ein und Personen mit Abitur sind diesbezüglich vergleichsweise skeptisch.⁴⁴

Tabelle 5 Zusammenhangsanalyse Wirksamkeitswahrnehmung (Juli 2017)

Unabhängige Variablen	Zusammenhang
Allgemeine Unterstützung der EZ	Positiv ***
Korruptionsvermutung	Negativ ***
Moralische Verpflichtung	Positiv ***
Politische Orientierung (links-rechts)	Positiv ***
Wirtschaftliche Lage	Positiv ***
Einkommen 30.000-59.999 €	n. s.
Einkommen 60.000 € und mehr	n. s.
Realschule	n. s.
Abitur	Negativ *
Alter (in Jahren)	n. s.
Weiblich	Positiv ***
Migrationshintergrund	n. s.
Konfessionszugehörig	n. s.
Wohnort städtisch	n. s.
Wohnort vorstädtisch	n. s.
Ostdeutschland	n. s.
Adj. R ²	0,505
N	4.076

Anmerkung: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, † $p < 0.1$. n. s. = nicht signifikant. Referenzkategorien: männlich; niedriges Einkommen (bis 29.999 €); Hauptschulabschluss/kein Abschluss; keine Konfession, ländlicher Wohnort, Westdeutschland. Koeffizienten für sonstige/keine Angabe bei den Variablen Bildung und Einkommen wurden nicht tabelliert.

Besondere Aufmerksamkeit muss in diesem Kontext der Korruptionsvermutung gelten: Die Analyse von Einflussfaktoren auf die Wirksamkeitseinschätzung in Tabelle 5 zeigt einen stark negativen Zusammenhang zwischen Wirksamkeitseinschätzung und Korruptionsvermutung. Das Korruptionsproblem stellt sich dabei in den Augen der Bevölkerung als erheblich dar. Die Höhe der Mittel, die durch Korruption verloren gehen, wurde im Juni 2014 auf durchschnittlich 52 % der EZ-Gelder geschätzt; als akzeptabel wurden hingegen durchschnittlich 14 % betrachtet.⁴⁵ Wie wichtig die Korruptionswahrnehmung für die Unterstützung der EZ in der Bevölkerung ist, wurde bereits in vielen Studien zur öffentlichen Meinung in traditionellen Geberländern aufgezeigt (Bauhr et al., 2013; Henson und Lindstrom, 2013; Paxton und Knack, 2012). EZ-Akteure

Die Bevölkerung vermutet, dass 50 % der Gelder durch Korruption verloren gehen.

⁴⁴ Der positive Zusammenhang mit der Links-Rechts-Skala wirkt etwas überraschend. Zu bedenken ist jedoch, dass dieser Zusammenhang unter Kontrolle der übrigen Merkmale (u. a. allgemeine Unterstützung der EZ, Korruptionsvermutung und moralische Verpflichtung) zustande kommt, die zugleich mit der politischen Orientierung korrelieren. Rechnet man diese Einflussfaktoren heraus, bleibt ein Nettoeffekt der politischen Orientierung, der auf eine stärkere Wirksamkeitseinschätzung hindeutet, je weiter rechts sich eine Person positioniert. Betrachtet man den Zusammenhang ohne Kontrolle dieser Merkmale, nehmen Personen, die sich rechts der Mitte des politischen Spektrums einordnen, die EZ wiederum eher unwirksam wahr, was den Befunden der bisherigen Analysen entspricht.

⁴⁵ Die Analysen befinden sich in Tabelle 19 im Anhang.

sollten sich jedoch nicht dem geschätzten Prozentwert der verlorenen Gelder widmen, sondern ihre Aufmerksamkeit auf den Befund richten, dass die Bevölkerung hier ein massives Problem vermutet.

Solche Korrelationen stellen eine besondere Herausforderung für die Kommunikation über Entwicklungspolitik und EZ dar. Obgleich durch die vorliegenden Analysen kein eindeutiger Kausalzusammenhang zwischen Korruptionsvermutung und Wirksamkeitseinschätzung hergestellt werden kann, sollten die Befunde staatliche wie nichtstaatliche EZ-Akteure anregen, den Nexus von Korruption und Wirksamkeit zu reflektieren. Angesichts der sehr hohen Korruptionsvermutung in der Bevölkerung sollten die EZ-Akteure selbstkritisch hinterfragen, wie die bisherige Kommunikation zu diesem schwierigen Thema aussah und ob sie zur informierten Meinungsbildung in der Bevölkerung beigetragen hat. Möglich ist, dass eine evidenzbasierte Kommunikation über Korruption in Partnerländern sowie der EZ allgemein zu einer realistischeren Einschätzung von Korruption und einem rationaleren Umgang mit ihr beitragen kann. Gleichwohl darf die Rolle medialer Berichterstattung, die möglicherweise stärker auf Probleme und Skandale der EZ eingeht, in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden.

4. WISSEN ÜBER EZ UND GLOBALE ENTWICKLUNG

Zentrale Ergebnisse

Das Wissen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik, EZ und globaler Entwicklung ist gering ausgeprägt.

- Der Umfang von EZ am Bundeshaushalt wird von 80 % der Deutschen überschätzt. Im Mittel geben die Befragten einen Umfang von 19 % des Bundeshaushalts an.
- Wissensfragen zu Armutsbekämpfung, Kindersterblichkeit und Klimawandel werden mehrheitlich falsch beantwortet. Die weltweite Geburtenrate wird mit 50 % richtigen Antworten am häufigsten korrekt beantwortet.
- Betrachtet man alle Fragen, so ergibt sich kein eindeutiges Bild hinsichtlich des Einflusses soziodemografischer Merkmale wie Geschlecht, Bildungsabschluss, Wohnort, politische Orientierung und Mediennutzung.

Politisches Wissen gilt als maßgeblich für die fundierte Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger (Delli Carpini und Keeter, 1996). Die empirische Forschung zeichnet diesbezüglich jedoch ein ernüchterndes Bild: Das politische Wissen sei in vielen westlichen Staaten relativ gering, unabhängig davon, ob nach allgemeinem oder themenspezifischem politischem Wissen gefragt wird. Im Gegensatz dazu stehen Forschungsbeiträge, die argumentieren, dass ein solches Wissen gar nicht nötig sei, da die Bürgerinnen und Bürger in Anbetracht der begrenzten Kapazitäten auch auf Entscheidungsheuristiken zurückgreifen könnten, um ihre politischen Interessen zum Ausdruck zu bringen (Boudreau und Lupia, 2011).

Für die Entwicklungspolitik und EZ ist ebenfalls ein eher geringes Wissen der Bevölkerung festzustellen (z. B. Henson und Lindstrom, 2013). Allerdings ist es für einen aufgeklärten Diskurs über EZ bzw. eine Erfüllung der SDGs förderlich, dass die Bevölkerung über eine realistische entwicklungspolitische Wissensbasis verfügt und sich der globalen Herausforderungen bewusst ist.

Im Folgenden stehen entsprechend folgende Fragen im Zentrum: Was wissen die Bürgerinnen und Bürger über das Themenfeld EZ und nachhaltige Entwicklung? Wie ändert sich das Wissen der Bevölkerung im Zeitverlauf? Die zweite Frage ist insbesondere vor dem Hintergrund der Agenda 2030 wichtig: Steigt das Bewusstsein für bzw. das Wissen über globale Herausforderungen und Entwicklungen der Bevölkerung oder lässt es nach? Welche Faktoren beeinflussen das Wissen bzw. wie variiert das Wissen über verschiedene Bevölkerungsgruppen?

Die Erfassung des Wissens stellt eine Herausforderung dar, da es sich bei Entwicklungspolitik und EZ um ein komplexes Themenfeld handelt und Detailkenntnisse in der Bevölkerung nicht vorausgesetzt werden können. Daher wird auf die auch in anderen Befragungen enthaltene Frage nach dem Umfang der staatlichen Gelder für EZ zurückgegriffen und geprüft, ob die Befragten eine in etwa korrekte Vorstellung dieses Anteils haben. Obgleich das AAT-Item den Bundeshaushalt als Bezugsgröße nennt, wird das 0,7 %-ODA-Ziel der Vereinten Nationen als Referenzpunkt herangezogen. Dieses wird prominent in der öffentlichen Kommunikation verwendet (z. B. BMZ, 2017a), während die Berechnung des Anteils der ODA-Mittel am Bundeshaushalt problembehaftet ist, da nicht über den Bundeshaushalt finanzierte ODA-Mittel (z. B. KfW-Marktmittel, Mittel der Bundesländer) abzuziehen wären. Aufgrund dieser komplexen Sachlage wird folgende Operationalisierung angewandt: Befragte, die den Anteil des Entwicklungsetats bis einschließlich 3 % des Bundeshaushaltes angaben, werden der Kategorie „richtig“ zugewiesen.⁴⁶ Zum anderen werden weitere Fragen analysiert, die auf die Einschätzung von Schlüsselbereichen der Agenda 2030 abzielen (z. B. die faktische Entwicklung globaler Armut oder der wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel).

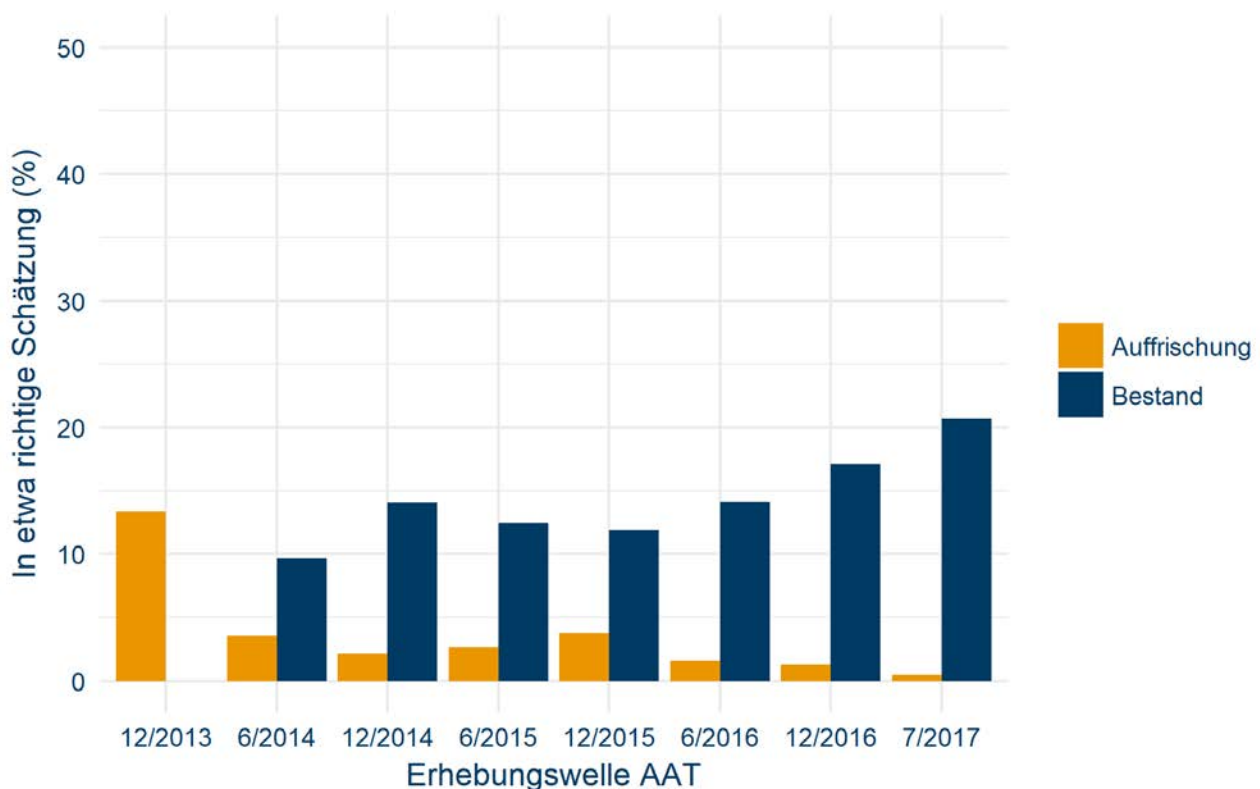
⁴⁶ Weitere technische Details zur Erfassung des Wissenstands finden sich im Anhang, Abschnitt 2.1.

4.1 Anteil der EZ am Bundeshaushalt

Abbildung 7 zeigt, dass das Wissen der Bevölkerung über den Anteil der EZ am Bundeshaushalt äußerst gering ist. So liegt der Prozentsatz derjenigen, die den Anteil in etwa richtig einschätzen bei den erstmalig befragten Personen (Auffrischungsbefragte) bei stets unter 5 %. Bei Personen, die bereits an einer vorherigen Erhebung des AAT teilgenommen haben, treten deutliche Lerneffekte auf.⁴⁷ Trotzdem geben maximal etwa nur 20 % der wiederholt Befragten einen approximativ richtigen Anteil der EZ am Bundeshaushalt an.⁴⁸ Im Juli 2017 wurde der Anteil der EZ am Bundeshaushalt im Durchschnitt auf rund 19 % geschätzt (Median: 7 %), Auffrischungsbefragte sahen den Anteil durchschnittlich sogar bei rund 29 % (Median: 20 %). Auch andere Studien beobachten, dass Bürgerinnen und Bürger den EZ-Anteil am Staatshaushalt stark überschätzen (z. B. Milner und Tingley, 2013b).

21 % der Bürgerinnen und Bürger schätzen den Anteil der EZ am Bundeshaushalt ungefähr richtig ein. Der durchschnittlichen Schätzung von 19 % steht ein Anteil von etwa 0,7 % ODA am BNE im Jahr 2016 gegenüber.

Abbildung 7 Schätzung des Anteils der EZ (ODA-Mittel) am Bundeshaushalt



Anmerkung: N = 5.700–6.170.

⁴⁷ Siehe dazu auch Glossareintrag „Datenbasis: Aid Attitude Tracker“.

⁴⁸ Um die Verständlichkeit zu erhöhen, bezieht sich die Frageformulierung im AAT auf den Bundeshaushalt, nicht wie die Zielsetzung der UN auf das Bruttonationaleinkommen (vgl. Tabelle 21 im Anhang). Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass der Anteil der ODA-Mittel nicht mit dem Einzelplan 23 des Bundeshaushalts gleichgesetzt werden darf.

Panel Conditioning

Da es sich beim AAT um eine Panelerhebung – also eine mehrmalige Befragung derselben Personen – handelt, kann eingewandt werden, dass Befragte durch die mehrmalige Befragung Wissen aufbauen und sich das Wissen in späteren Wellen nicht mehr repräsentativ für die Gesamtbevölkerung erfassen lässt (Panel Conditioning) (Sturgis et al., 2009). Da in jeder Erhebungswelle neue Wissensfragen integriert und bei der Schätzung des Anteils der EZ am Bundeshaushalt zwischen Bestands- und Auffrischungsbefragten unterschieden wurde, sollten solche Kontaminierungseffekte nicht in größerem Umfang auftreten bzw. können zumindest kontrolliert werden.

Welche Merkmale stehen in einem Zusammenhang mit einer in etwa richtigen Einschätzung des Anteils am Bundeshaushalt?⁴⁹ Die Analyse zeigt, dass Frauen den EZ-Anteil mit einer höheren Wahrscheinlichkeit über dem gesetzten Schwellenwert von 3 % sehen als Männer, während Befragte mit Realschulabschluss oder Abitur eher einen realistischen Haushaltsanteil nennen als diejenigen mit niedrigerer Bildung. Angehörige einer Religionsgemeinschaft überschätzen den Budgetanteil eher (Vergleichsgruppe: Konfessionslose). Je weiter politisch rechts sich eine befragte Person verortet, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit für eine realistische Einschätzung. Während diejenigen, die sich über konventionelle Medien (z. B. Fernsehen und Zeitung), Online-Nachrichten und Gespräche informieren, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit den Anteil der EZ am Bundeshaushalt richtig schätzen, geht die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Schätzung mit der Nutzung von sozialen Medien zurück. Auch ostdeutsche Befragte weisen eine geringe Wahrscheinlichkeit auf, den EZ-Anteil am Bundeshaushalt richtig einzuschätzen.

4.2 Wie schätzt die Bevölkerung globale Entwicklung ein?

Welches Wissen hat die Bevölkerung zu ausgewählten Aspekten globaler Entwicklung? Der AAT beinhaltet in jüngeren Wellen Fragen zur Entwicklung der globalen Armut, zur Bevölkerungsentwicklung, zum Klimawandel und zur Kindersterblichkeit.

Bei der Wahrnehmung der globalen Armutsentwicklung fällt zunächst auf, dass die Bevölkerung die Erfolge der letzten 20 Jahre nicht wahrnimmt. Weniger als 5 % der im Dezember 2015 befragten Personen wussten, dass sich die globale Armut in den letzten 20 Jahren – also im Zeitraum der Millennium Development Goals (MDGs) – fast halbiert hatte (vgl. Abbildung 8).⁵⁰ Hingegen gingen fast 65 % der Befragten davon aus, dass

65 % der Bürgerinnen und Bürger glauben, dass sich die globale Armut in den letzten 20 Jahren erhöht hat. Diese Einschätzung ist unabhängig von der politischen Orientierung.

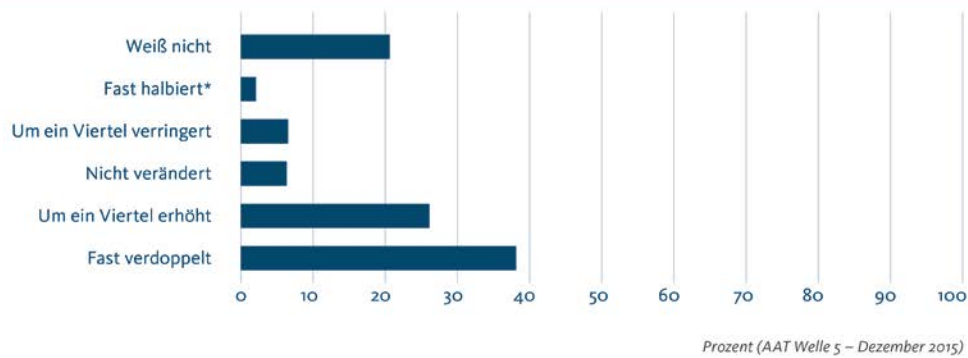
sich die Anzahl der in Armut lebenden Personen um ein Viertel erhöht oder gar verdoppelt hatte. Obgleich der Rückgang der Armut auf die Erfolge in China zurückzuführen ist und regionale Unterschiede vorliegen (Reddy und Minoiu, 2007), ist hier eine beträchtliche Fehlwahrnehmung der Bevölkerung festzustellen.

⁴⁹ Für alle Wissensitems wurden logistische Regressionsmodelle geschätzt. Als abhängige Variable wird eine Variable verwendet, die die Auswahl der richtigen Antwortkategorie im Vergleich zu allen übrigen Antwortoptionen abbildet. Als erklärende Merkmale kommt stets das gleiche Set unabhängiger Variablen zum Einsatz (Soziodemografie, politische Orientierung und Mediennutzung). Die Regressionstabellen und Details zur Modellgüte befinden sich in Tabelle 22 im Anhang.

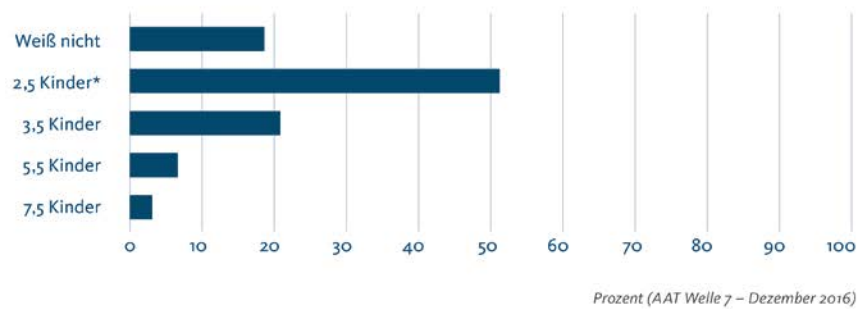
⁵⁰ Die Fragestellung enthält 20 statt der korrekten 25 Jahre. Es ist jedoch anzunehmen, dass das Antwortverhalten sich unter Angabe des korrekten Zeitraums nicht substantiell ändern würde.

Abbildung 8 Allgemeine Wissensfragen zu entwicklungsbezogenen Themen

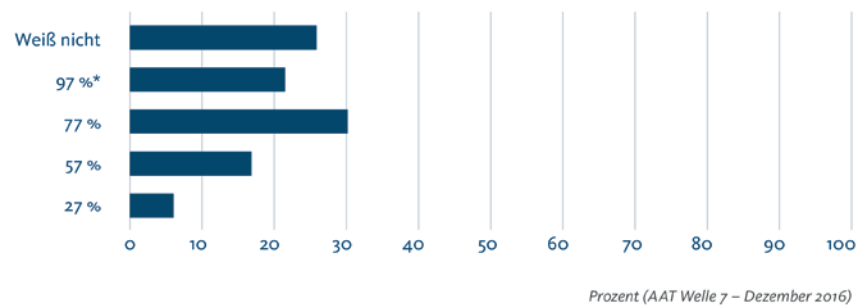
Veränderung des Anteils der in absoluter Armut lebenden Menschen in den letzten 20 Jahren



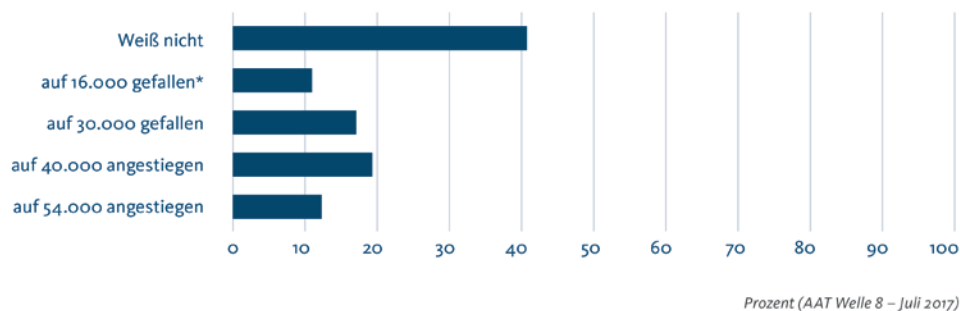
Durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau weltweit 2016



Anteil der Klimaforscher, die der Meinung sind, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht wird



Veränderung der Kindersterblichkeit pro Tag seit 1990



Anmerkung: N = 6.027-6.131. Die richtige Antwortkategorie ist mit einem * markiert.

Die Zusammenhangsanalyse zeigt, dass Befragte der höchsten Einkommenskategorie eher richtig liegen.⁵¹ Personen, die in einem urbanen oder vorstädtischen Gebiet leben bzw. der evangelischen Kirche angehören, geben ebenso eher eine korrekte Einschätzung ab. Die politische Orientierung spielt hingegen keine Rolle. Befragte, die konventionelle Nachrichtenmedien nutzen, schätzen die Entwicklung eher falsch ein, während die Nutzung von NRO-Websites mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einer korrekten Einschätzung einhergeht.⁵² Möglicherweise spiegelt dies die Tendenz konventioneller Medien hin zu negativen Nachrichten (Negativity Bias) wider (Lengauer et al., 2012), während NRO möglicherweise verstärkt Erfolge der EZ kommunizieren.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau weltweit schätzte mehr als der Hälfte der Befragten im Dezember 2016 mit 2,5 Kindern pro Frau korrekt ein (vgl. Abbildung 8). Diese Zahl hat sich seit 1965 halbiert, obgleich die Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen beträchtlich sind. Nur knapp 10 % der Befragten gehen davon aus, dass sich die Zahl seit dem Vergleichsjahr 1965 sogar erhöht hat. Es zeigen sich somit insgesamt keine ausgeprägten Fehleinschätzungen.

Frauen schätzen die Entwicklung eher richtig ein, während Befragte mit Abitur mit höherer Wahrscheinlichkeit eine falsche Antwortkategorie auswählen. Je weiter politisch rechts sich eine befragte Person verortet, desto eher gibt sie eine richtige Einschätzung ab. Darüber hinaus weisen auch die Nutzerinnen und Nutzer konventioneller Nachrichtenquellen eine höhere Wahrscheinlichkeit für eine richtige Antwort auf, während persönliche Gespräche als Informationsquelle mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit für eine richtige Antwort korrespondieren.⁵³ Alle anderen analysierten Merkmale sind nicht relevant.

Hinsichtlich der Einschätzung des Anteils an Klimaforscherinnen und -forschern, die davon ausgehen, dass der Klimawandel durch menschliches Handeln verursacht wird, ist der Bevölkerung der wissenschaftliche Konsens nicht umfassend bekannt. Rund ein Fünftel der Befragten identifizierte im November 2016 die richtige Antwort, dass der Anteil dieser Klimaforscherinnen und -forscher bei 97 % liegt. Die übrigen Befragten gingen davon aus, dass das Thema in der Wissenschaft umstritten ist oder wählen die Antwort „Weiß nicht“ (vgl. Abbildung 8).

Der wissenschaftliche Konsens über den menschlichen Beitrag zum Klimawandel ist nur rund 21 % der Bürgerinnen und Bürger bekannt.

Erneut weisen Frauen eine geringere Wahrscheinlichkeit für eine richtige Antwort auf, Abiturientinnen und Abiturienten hingegen eine vergleichsweise hohe Wahrscheinlichkeit. Mit steigendem Alter sinkt die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Antwort.⁵⁴ Je weiter politisch rechts sich eine Person verortet, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit für eine korrekte Einschätzung. Die Skepsis gegenüber Forschungsbefunden zum Klimawandel in Teilen der politischen Rechten könnte diesen Befund erklären (z. B. McCright, 2010). Personen, die konventionelle Nachrichtenkanäle, Onlinenachrichten oder persönliche Gespräche als Informationsquelle nutzen, sind auch bei dieser Frage eher in der Lage, die richtige Antwortkategorie zu benennen als Personen, auf die dies nicht zutrifft.⁵⁵ Befragte in den neuen Bundesländern weisen eine geringere Wahrscheinlichkeit für eine richtige Antwort auf.⁵⁶

Hinsichtlich der Entwicklung der Kindersterblichkeit ist sich der Großteil der Befragten unsicher über die Entwicklung seit 1990; mehr als 40 % wählten die Antwort „Weiß nicht“ (vgl. Abbildung 8). Lediglich circa 10 % konnten die richtige Antwort geben („auf 16.000 [pro Tag] gefallen“). Hingegen gehen zusammengefasst rund 30 % der Befragten davon aus, dass sich die Lage im genannten Zeitraum sogar verschlechtert hat. Es zeigt sich somit auch in diesem Bereich eine deutliche Fehleinschätzung.

⁵¹ Für die Einschätzung der Armutsentwicklung muss darauf hingewiesen werden, dass nur ein sehr geringer Anteil der Befragten die korrekte Antwort benennen konnte. Dies hat zur Folge, dass die Modellschätzung mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten ist (King und Zeng, 2001).

⁵² Der Zusammenhang ist jedoch nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

⁵³ Der Zusammenhang ist auch hier nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

⁵⁴ Der Zusammenhang ist auch hier nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

⁵⁵ Der Zusammenhang für konventionelle Nachrichtenkanäle ist nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

⁵⁶ Der Zusammenhang ist nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

Frauen beantworten die Frage zur Kindersterblichkeit mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit richtig, Realschulabsolventen und Abiturienten hingegen beantworten sie mit einer höheren Wahrscheinlichkeit richtig als diejenigen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss. Zudem ist ein negativer Alterseffekt zu beobachten: Je älter die Befragten sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer korrekten Antwort. Ferner lassen sich Mediennutzungseffekte ausmachen: Die Nutzung konventioneller und sozialer Medien sowie persönlicher Kontakte zur Informationsbeschaffung geht mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für die Nennung der korrekten Antwortkategorie einher. Die Nutzung von NRO-Websites korreliert im Gegensatz dazu mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit. Schließlich ist erneut der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland zu erwähnen: Im Osten wird die Frage eher falsch beantwortet.

Für Akteure im Bereich EZ und nachhaltige Entwicklung stellen diese Befunde eine Herausforderung dar. Offensichtlich schätzt die Bevölkerung den relativ zum Bruttonationaleinkommen geringen finanziellen Umfang der EZ, die globalen Entwicklungen und die positiven Wirkungen der EZ nicht bzw. verzerrt ein. Manche Einschätzungen dürften ideologisch begründet sein (z. B. die Überschätzung des EZ-Anteils am Bundeshaushalt oder die Nicht-Anerkennung eines menschlichen Beitrags zum Klimawandel). Ob sich solche ideologisch begründeten Einschätzungen durch eine breitere Wissensbasis ändern würden, lassen die Analysen offen.

Gleichwohl dürfen die Befunde nicht als negatives Urteil für existierende Bildungsmaßnahmen verstanden werden. Zum einen erreichen solche Maßnahmen oftmals nur ein spezifisches Publikum. Zum anderen wären für eine Wirkungsüberprüfung andere Forschungsdesigns notwendig, z. B. Untersuchungen, die eine Gruppe einer Maßnahme unterziehen und zeitgleich eine Kontrollgruppe befragen. Die an späterer Stelle präsentierten Daten zur Mediennutzung bieten erste Ansatzpunkte dafür, wo der EZ gegenüber unterschiedlich eingestellte Bevölkerungssegmente am besten erreicht werden können. Potenzielle Unterstützerinnen und Unterstützer besser zu informieren, könnte jedoch dazu führen, dass sie ihre Unterstützung auch gegenüber anderen besser begründen können und so indirekt zu einer realistischeren Einschätzung in der Bevölkerung insgesamt beitragen.

5. ENGAGEMENT IN DER EZ

Zentrale Ergebnisse

Die Bürgerinnen und Bürger befassen sich medial mit globaler Entwicklung und Armut. Weitergehendes Engagement findet seltener statt.

- Die Bevölkerung nimmt **Fragen globaler Armut und Entwicklung in den Nachrichten wahr bzw. diskutiert sie im sozialen Umfeld.**
- Etwa **20 bis 30 % der Befragten geben an, im letzten Jahr für globale Entwicklung und Armutsreduzierung gespendet zu haben** sowie gezielt ihren Konsum bzw. Nicht-Konsum eingesetzt zu haben, um auf globale Entwicklung und Armut einzuwirken.
- Etwa **5 % sind ehrenamtlich im EZ-Bereich im Inland tätig.**
- Wichtige **Einflussfaktoren sind Selbstwirksamkeit und das Gefühl einer moralischen Verpflichtung.** Für Spenden und Konsum bzw. Nicht-Konsum spielen auch die Ressourcen Bildung und Einkommen eine Rolle.

5.1 Globale Entwicklung benötigt Engagement

Für EZ-Akteure ist es nicht nur wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger eine positive Einstellung zur EZ und zur Agenda 2030 haben, sondern dass sie aktiv werden, indem sie sich beispielsweise in NRO engagieren oder spenden (BMZ, 2017b, S. 180ff.; BMZ und BMUB, 2015, S. 7). Auch ihr nachhaltiges Konsumverhalten spielt eine Rolle, da Verbraucherinnen und Verbraucher durch ihre Kaufentscheidungen Einfluss auf globale nachhaltige Entwicklung nehmen, zum Beispiel auf den Erhalt natürlicher Rohstoffe und auf Produktionsverhältnisse. Als Basis für solches Engagement ist es wichtig, dass sich die Bevölkerung medial und kommunikativ mit globaler Entwicklung bzw. EZ befasst. Schließlich ist der Themenkomplex für die meisten Bürgerinnen und Bürger nur selten direkt im Alltag erfahrbar. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang dem Internet. Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram bieten vielfältige Möglichkeiten der Interaktion. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger Informationen zu globaler Entwicklung aufnehmen bzw. verbreiten und sich untereinander oder mit EZ-Akteuren austauschen. Allerdings besteht die Gefahr, dass Menschen im Internet nur Informationen aufnehmen, die dem eigenen Weltbild entsprechen, und sich damit in einer Filterblase befinden.

Wie engagieren sich Bürgerinnen und Bürger medial-kommunikativ und persönlich im Bereich der Entwicklungspolitik und EZ? Und wie hat sich das Engagement im Zeitverlauf – beispielsweise als die meisten Geflüchteten im September 2015 in Deutschland ankamen – verändert? Welche soziodemografischen, politischen und EZ-bezogenen Faktoren beeinflussen das Engagement? Durch die Beantwortung dieser Fragen sollen die folgenden Analysen Potenziale zur Engagementförderung identifizieren.

5.2 Das Engagement der Bevölkerung im Zeitverlauf

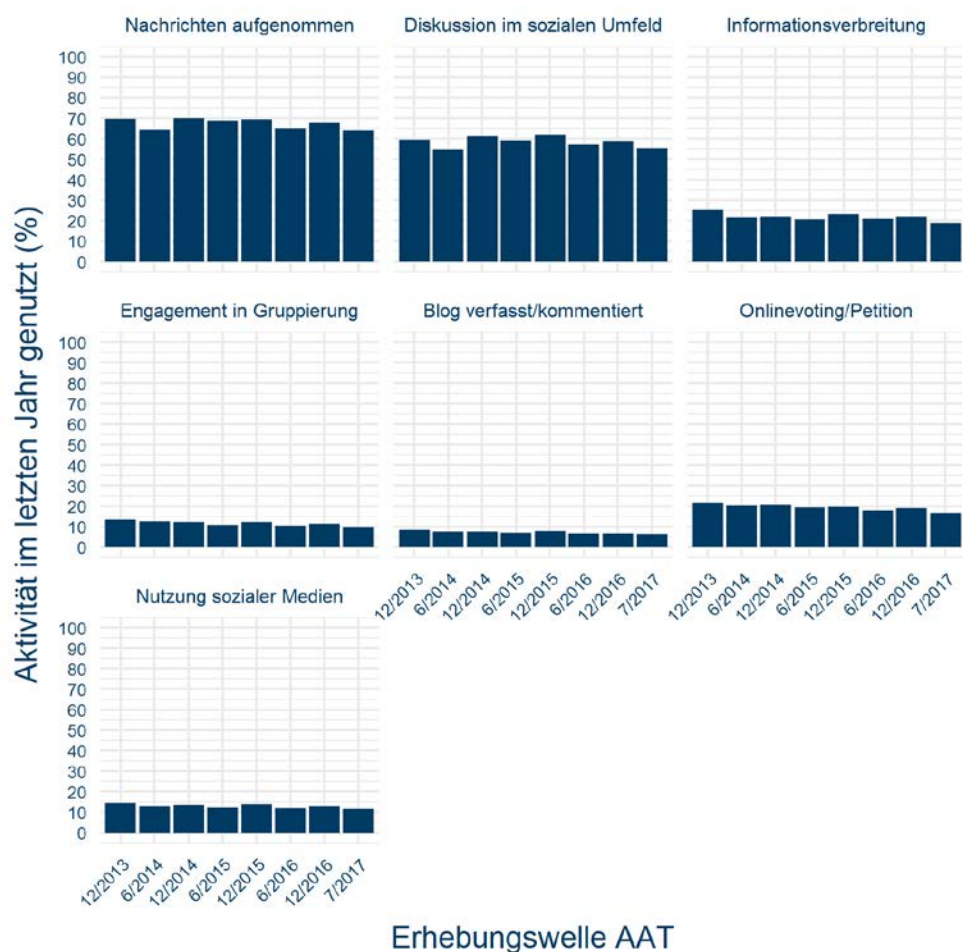
Die Informationsaufnahme und -verbreitung zu entwicklungspolitischen Themen stellt zwar noch kein Engagement dar, ist jedoch eine wichtige Voraussetzung dafür. Abbildung 9 stellt dar, welcher Anteil der befragten Personen im vergangenen Jahr die verschiedenen Formen der Informationsaufnahme und -verbreitung nutzten. Nachrichten zu Armut und sogenannter „Entwicklungshilfe“ nahm jeweils die Mehrheit der Befragten (etwa zwischen 65 und 70 %) auf. Als erste Stufe des Engagements kann dann die Diskussion im sozialen Umfeld verstanden werden (zwischen rund 55 % und 62 %). Über die Zeit variieren diese Werte nur leicht, ein klarer Trend ist nicht zu erkennen.⁵⁷ Mit höherem Aufwand verknüpfte medial-kommunikative Engagementformen finden sich deutlich seltener. Jeweils etwa 20 bis 25 % der Befragten pro Welle verbreiteten Informationen zu globaler Entwicklung off- und online oder unterzeichneten eine Petition bzw. nahmen an einer Onlineabstimmung teil (rund 18 bis 22 %). Nur etwa 10 % der Befragten waren in den sozialen

⁵⁷ Geringfügig höhere Werte in den Wintererhebungen könnten möglicherweise durch erhöhte Salienz aufgrund zahlreicher Kampagnen in der Vorweihnachtszeit begründet sein.

Medien wie Facebook und Twitter aktiv, engagierten sich in entsprechenden Gruppen (auch online) oder verfassten Blogbeiträge oder Onlinekommentare. Auch diese Engagementformen sind im Mittel über die Erhebungswellen weitgehend stabil. Minimale Anstiege für einige Formen der Informationsaufnahme lassen sich in der Erhebung vom Dezember 2015 – kurz nachdem der Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland seinen Höhepunkt erreicht hatte – erkennen. Die Anstiege können aber auch zufällige Schwankungen darstellen. Diese Befunde stehen scheinbar im Widerspruch zum erhöhten Engagement der Bevölkerung im Zuge der starken Zuwanderung 2015/2016. Möglicherweise spiegelt dies die Tatsache wider, dass sich insbesondere schon engagierte Personen im Zuge der temporär erhöhten Anzahl an Geflüchteten verstärkt engagiert haben.

Es lässt sich insgesamt festhalten, dass sich die Bevölkerung in Deutschland durchaus mit EZ und globaler Armut befasst. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, dass in der Bevölkerung zugleich Fehlwahrnehmungen verschiedener entwicklungsbezogener Aspekte vorherrschen (vgl. Kapitel 4). Da anzunehmen ist, dass Medieninhalte hier eine Rolle spielen, geht Kapitel 8 auf die Wahrnehmung der Berichterstattung ein.

Abbildung 9 Informationsaufnahme und -verbreitung im Bereich globale Armut und EZ

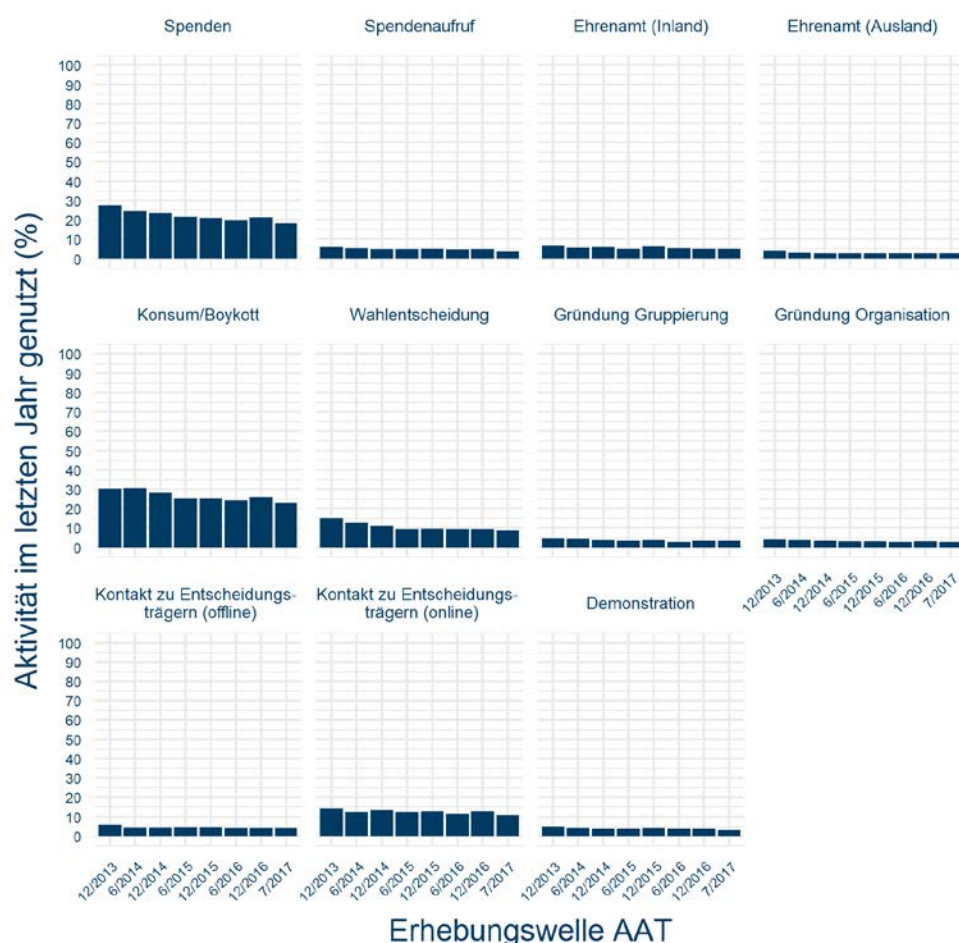


Anmerkung: $N = 5.700-6.170$.⁵⁸

⁵⁸ Die Frage lautete: „Wann und in welcher Form haben Sie sich schon einmal mit dem Problem Armut und Entwicklungshilfe auf der ganzen Welt beschäftigt?“. Die exakte Formulierung der Formen der Informationsaufnahme und -verbreitung sowie die Antwortkategorien finden sich in Tabelle 23 im Anhang.

Weitergehendes Engagement ist im Hinblick auf die dafür notwendigen Ressourcen und die benötigte Motivation deutlich aufwendiger als Informationsaufnahme und -verbreitung. Die Balkendiagramme in Abbildung 10 geben einen Überblick über die Verbreitung und zeitliche Entwicklung dieser Engagementformen. Auch hier sticht ein Unterschied ins Auge: Während etwa 20 bis 30 % der Befragten Spendentätigkeit sowie Konsum und Boykott⁵⁹ in jeder Erhebungswelle seit Ende des Jahres 2013 nannten, ist eine Nutzung der übrigen Engagementformen eher selten. Beispielsweise gaben 5 % im Juli 2017 an, sich in den vorausgegangenen zwölf Monaten ehrenamtlich im Inland engagiert zu haben. Auffällig erscheinen die Ausrichtung der Wahlentscheidung an der Entwicklungsthematik bzw. der Kontakt zu Entscheidungsträgerinnen und -trägern über das Internet, die jeweils von etwa 10 bis 15 % der Befragten genutzt wurden. Zu bedenken ist bei diesen Angaben, dass es sich um die subjektive Sicht der Befragten handelt, die nicht zwangsläufig üblichen Definitionen von ehrenamtlichem Engagement entspricht. Denkbar ist, dass bereits einmaliges und zeitlich eng begrenztes Engagement hier genannt wurde. Ebenso kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Nennung aus dem Gefühl sozialer Erwünschtheit erfolgte.

Abbildung 10 Form des Engagements und der Einflussnahme im Bereich globale Armut und EZ



Anmerkung: N = 5.700-6.170.⁶⁰

⁵⁹ Im AAT wird der gezielte Kauf bzw. Nicht-Kauf von Produkten („Boykott“) zusammengefasst in einer Frage erhoben. Die exakte Formulierung der Frage findet sich in Tabelle 23 im Anhang.

⁶⁰ Die Frage lautete: „Wann und in welcher Form sind Sie aktiv geworden, um auf das Problem Armut und Entwicklungshilfe auf der ganzen Welt einzuwirken?“. Die exakte Formulierung der Engagementformen und Antwortkategorien findet sich in Tabelle 23 im Anhang.

Im Zeitverlauf sind die in Abbildung 10 dargestellten Werte relativ stabil. Für Spenden, Beeinflussung der Wahlentscheidung und bis Juni 2016 auch für Konsumententscheidungen sanken die Werte leicht, obgleich sie im Dezember 2016 zumindest für Spenden und Konsumententscheidungen leicht anstiegen (rund 21 bzw. 26 %) und dann in der letzten Erhebung im Juli 2017 jedoch wieder sanken. Der Zuzug von Geflüchteten spiegelt sich nicht in den Daten der Erhebung vom Dezember 2015 wider.

18 % der Bürgerinnen und Bürger spenden im Bereich globale Armut und EZ. 23 % berücksichtigen globale Armut und Entwicklung in ihrem Konsumverhalten.

Da der AAT erstmalig Ende des Jahres 2013 erhoben wurde, erlauben die Daten keine verlässliche Einordnung in Befunde zur Entwicklung des freiwilligen Engagements in Deutschland über einen längeren Zeitraum. Wie der Freiwilligensurvey 2014 zeigt, ist unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung eine Zunahme des Engagements seit 1999 zu beobachten (Vogel et al., 2017). Ob das Engagement im Bereich der globalen Entwicklung ähnlich verläuft, kann auf Basis der vorliegenden Daten nicht geklärt werden.

5.3 Wer engagiert sich für globale Entwicklung?

Welche Faktoren begünstigen oder hemmen das Engagement für globale Entwicklung und EZ? Wie die Auswertung des Engagements im Bereich der internationalen Solidarität des ZiviZ-Surveys (ZiviZ: Zivilgesellschaft in Zahlen) gezeigt hat, ist es für Organisationen, die im Bereich globale Entwicklung tätig sind, eine zentrale Herausforderung, neue Mitglieder zu mobilisieren und zu rekrutieren (Krimmer, 2013, S. 22). Analysiert werden im Folgenden aufgrund ihrer zentralen Bedeutung, aber auch aufgrund der beobachteten Nutzungshäufigkeit (siehe Abbildung 9/Abbildung 10) folgende Engagementformen: Spendentätigkeit, Konsum/Boykott und ehrenamtliches Engagement. Als Datenbasis dient der AAT vom Juli 2017.

Einteilen lassen sich Einflussfaktoren analog zu Erkenntnissen der politischen Partizipationsforschung in Ressourcen, Motivation und Mobilisierung (vgl. Tabelle 6). Ressourcen beziehen sich auf die Frage, ob Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen können. Brady u. a. (1995) zählen insbesondere Zeit, Geld und Fähigkeiten (basierend auf Bildung und Wissen) zu den nötigen Ressourcen. Mit steigenden Ressourcen sollte auch wahrscheinlicher werden, dass sich die Menschen engagieren. Motivation zielt direkt auf den Handlungsantrieb, also auf die Einschätzung des Handlungsbedarfs sowie des eigenen Einflusses auf die Erreichung eines Ziels (z. B. Opp, 2001). Der eigene Einfluss wird im Folgenden als Selbstwirksamkeit bezeichnet. Zur Motivation gehört auch die verinnerlichte moralische Verpflichtung, Menschen in Ländern des Globalen Südens zu helfen. Hinzu kommt die generelle Unterstützung staatlicher EZ. Auch hier gilt: Je stärker die Merkmale jeweils ausgeprägt sind, desto wahrscheinlicher ist, dass sich eine befragte Person engagiert. Mobilisierung geht schließlich auf die Frage ein, inwiefern Personen bzw. Organisationen zur Nutzung einer bestimmten Engagementform aufrufen (z. B. in Form eines Spendenaufrufs). Es ist dabei offensichtlich, dass die Faktoren zwischen verschiedenen Engagementformen variieren. Beispielsweise bedarf es für die Übernahme eines Ehrenamts zeitlicher Ressourcen, während Petitionen ohne nennenswerten Zeitaufwand gezeichnet werden können.

Tabelle 6 Einflussfaktoren auf EZ-bezogenes Engagement

Ressourcen	Motivation	Mobilisierung	Kontrollvariablen
Bildung (+)	Politische Orientierung	Im AAT nicht verfügbar	Konfession
Einkommen (+)	(linke Orientierung: +)		Migrationshintergrund
	Wirksamkeitseinschätzung (+)		Wohnort
	Selbstwirksamkeit (+) ⁶¹		Ost-/Westdeutschland
	Moralische Verpflichtung (+)		Alter (umgekehrt U-förmiger Zusammenhang)
	Allgemeine Unterstützung EZ (+)		Geschlecht

Anmerkung: + = positiver erwarteter Zusammenhang. - = negativer erwarteter Zusammenhang.

Verfügbare Ressourcen werden in den folgenden Analysen durch das formale Bildungsniveau und das verfügbare Haushaltseinkommen abgebildet. Für Alter und Geschlecht wird angenommen, dass mit diesen Merkmalen auch die individuellen Handlungsspielräume variieren, weshalb sie gemeinsam mit einigen anderen soziodemografischen Merkmalen zu kontrollieren sind.⁶² Die Motivation wird durch die allgemeine politische Orientierung auf der klassischen Links-Rechts-Dimension abgebildet, da sie grundsätzliche Vorstellungen über menschliches Zusammenleben und die Gestaltung von Politik und Gesellschaft beinhaltet (Jost et al., 2015). Darüber hinaus sind als spezifischere Faktoren der individuelle und kollektive Einfluss auf die Entwicklung in Ländern des Globalen Südens relevant. EZ-bezogener Handlungsbedarf und Mobilisierung lassen sich hingegen mit den verfügbaren Daten nicht angemessen operationalisieren.⁶³

Für eine bessere Verständlichkeit werden die Ergebnisse grafisch dargestellt. Bei der Interpretation von Abbildung 11, Abbildung 12 und Abbildung 13 gilt, dass positive Koeffizienten mit einer höheren Wahrscheinlichkeit des Engagements einhergehen, negative hingegen mit einer geringeren. Sobald die Konfidenzintervalle (horizontale Linien) die senkrechte Linie am Nullpunkt nicht überschreiten, ist ein Merkmal statistisch signifikant, das heißt, es steht in einem nicht zufälligen Zusammenhang mit der untersuchten Engagementform.⁶⁴

Für Spenden im letzten Jahr ergeben sich folgende Befunde (vgl. Abbildung 11): Hinsichtlich der vorhandenen Ressourcen erhöht sich die Spendenwahrscheinlichkeit mit höherem Einkommen und höherer formaler Bildung. Bei den Motivationsmerkmalen zeigt sich ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen der Spendenwahrscheinlichkeit und der Unterstützung staatlicher EZ. Zweitens werden Spenden wahrscheinlicher, wenn ein Befragter den Eindruck hat, etwas bewirken zu können. Drittens begünstigt ein Gefühl der moralischen Verpflichtung die Spendentätigkeit. Je stärker dieses Gefühl ausgeprägt ist, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit einer Spende.

Bezüglich der Kontrollvariablen zeigt sich, dass der evangelischen Kirche Zugehörige sowie Katholikinnen und Katholiken⁶⁵ im Vergleich zu Konfessionslosen mit größerer Wahrscheinlichkeit im letzten Jahr gespendet haben. Bürgerinnen und Bürger in den östlichen Bundesländern weisen eine geringere Spendenwahrscheinlichkeit auf. Mit dem Alter steigt die Spendenwahrscheinlichkeit kurvenförmig an. Dies dürfte mit höheren finanziellen Möglichkeiten mit steigendem Lebensalter in Zusammenhang stehen. Zudem ergibt sich ein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern, da Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit

⁶¹ Selbstwirksamkeit kann alternativ auch als Handlungsressource gesehen werden.

⁶² Für das Alter kann zudem angenommen werden, dass sich die Wahrscheinlichkeit der Nutzung bestimmter Engagementformen nicht linear über die verschiedenen Lebensphasen entwickelt, sondern eher kurvenförmig verläuft. Dies erfordert die Modellierung eines quadratischen Zusammenhangs im statistischen Modell.

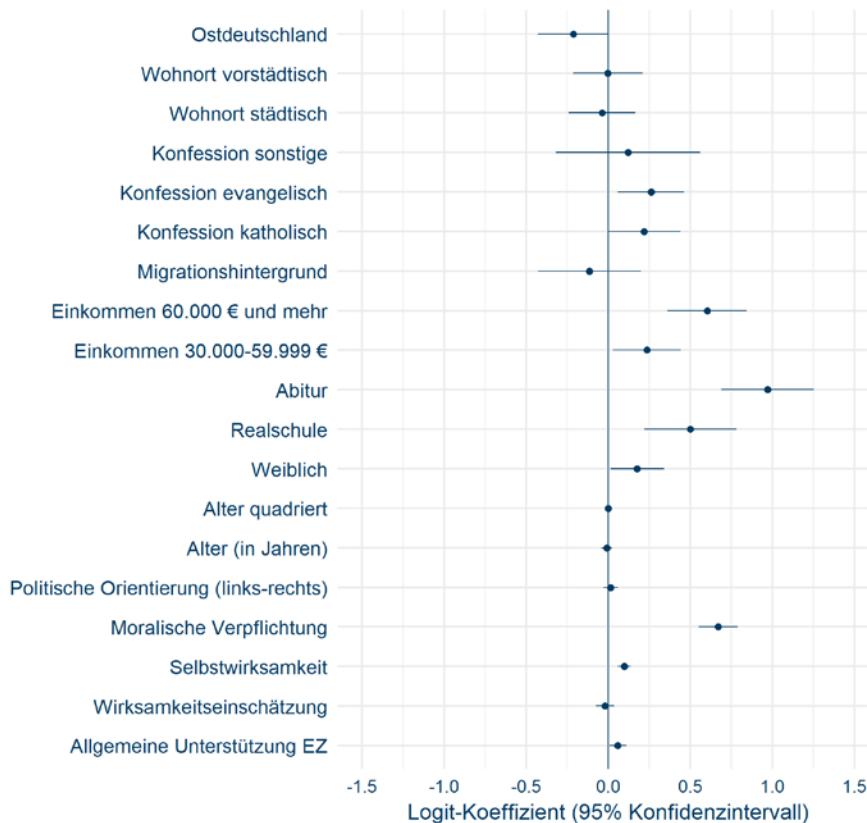
⁶³ Für die Analyse kommen logistische Regressionsmodelle zum Einsatz, die den Einfluss der erklärenden Merkmale auf die Wahrscheinlichkeit der Nutzung einer Engagementform in den letzten zwölf Monaten ermitteln. Abgetragen werden unstandardisierte Logit-Koeffizienten. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Größe der Koeffizienten aufgrund der unterschiedlichen Skalierung der Variablen bzw. aufgrund von unbeobachteten Unterschieden zwischen Befragten innerhalb und zwischen den Modellen nicht verglichen werden kann (Mood, 2010). Koeffizienten für fehlende Angaben bei Bildung, Einkommen und Konfession sowie für Befragte, die sich noch in Ausbildung befinden, sind zwar im Modell enthalten, werden aber aufgrund geringer Fallzahl bzw. fehlender substanzieller Bedeutung nicht in den Abbildungen abgetragen. Die Regressionsmodelle befinden sich in Tabelle 24 im Anhang.

⁶⁴ Bei kurvenförmigen Zusammenhängen, die mit zwei Termen (Variable und quadrierte Variable) modelliert werden, gilt dies jedoch nicht. In diesem Fall wird im Text gesondert auf die Interpretation eingegangen.

⁶⁵ Für Katholikinnen und Katholiken ist der Koeffizient jedoch nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

aufweisen, im letzten Jahr gespendet zu haben, als Männer. Dies könnte auf unterschiedliche Ressourcen oder variierende Motivation zurückzuführen sein.

Abbildung 11 Einflussfaktoren auf Spenden (im letzten Jahr)



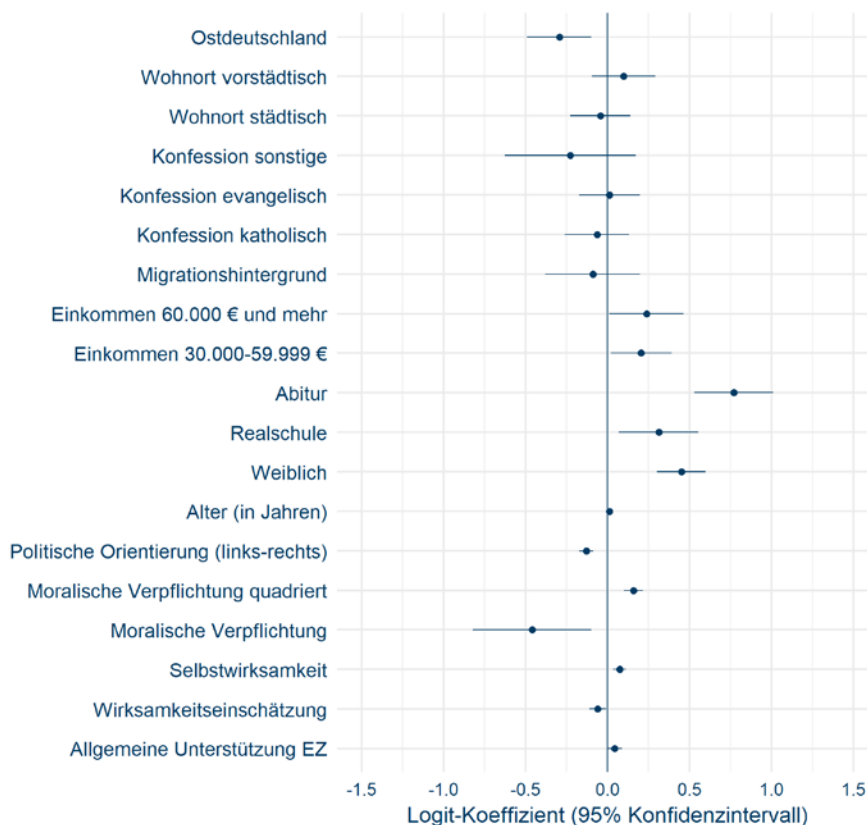
Anmerkung: Referenzkategorien männlich, Hauptschule/kein Abschluss, Einkommen bis 29.999 €, kein Migrationshintergrund, keine Konfession, ländlicher Wohnort, Westdeutschland.

Auch für nachhaltigen Konsum und Boykott zeigen sich in Abbildung 12 Effekte des Einkommens und des Bildungsabschlusses. Dies dürfte erneut auf verfügbare Ressourcen, aber auch auf ein bewussteres Konsumverhalten innerhalb bestimmter sozialer Gruppen zurückzuführen sein. Für Motivationsmerkmale zeigen sich ebenfalls ein positiver Zusammenhang mit der Unterstützung staatlicher EZ,⁶⁶ ein negativer mit ihrer Wirksamkeitseinschätzung sowie ein positiver mit der Selbstwirksamkeit. Der Befund zur Wirksamkeitseinschätzung könnte auf ein Trittbrettfahrer-Phänomen hindeuten: Wird die EZ als wirksam eingeschätzt, scheint es möglicherweise nicht notwendig zu sein, durch Konsum und Boykott Einfluss zu nehmen. Auch eine moralische Verpflichtung hat erneut einen signifikanten Effekt.⁶⁷ Hinsichtlich der politischen Orientierung zeigt sich: Je weiter rechts sich Personen verorten, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie im letzten Jahr Konsum- und Boykottentscheidungen getroffen haben, um auf globale Armut und Entwicklung einzuwirken. Dies steht in Einklang mit Befunden zu den Unterschieden bezüglich der Einschätzung globaler Herausforderungen in verschiedenen politischen Lagern (z. B. McCright, 2010), die womöglich das Bedürfnis nach Einflussnahme durch Konsumanpassung hemmen könnten. Darüber hinaus weisen Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, sich auf diese Weise zu engagieren. Mit höherem Lebensalter steigt diese Wahrscheinlichkeit ebenfalls. Zudem ist ein regionaler Unterschied zu beobachten: Befragte in Ostdeutschland haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, sich in Form von Konsum bzw. Nicht-Konsum zu engagieren.

⁶⁶ Dieser Koeffizient ist jedoch nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

⁶⁷ Der Zusammenhang verläuft kurvenförmig, was den negativen Koeffizienten erklärt. Bei niedrigeren Ausprägungen der Variablen steigt die Wahrscheinlichkeit zunächst nur wenig an, während sie zum Ende der Skala gewissermaßen beschleunigt bzw. stärker ansteigt.

Abbildung 12 Einflussfaktoren auf Konsum/Boykott (im letzten Jahr)



Anmerkung: Referenzkategorien männlich, Hauptschule/kein Abschluss, Einkommen bis 29.999 €, kein Migrationshintergrund, keine Konfession, ländlicher Wohnort, Westdeutschland.

Zum Abschluss dieses Kapitels steht ehrenamtliches Engagement im In- und Ausland im Fokus. Im Vergleich zu den beiden zuvor diskutierten Engagementformen ist diese Form des Engagements deutlich zeitaufwendiger und wird von der Bevölkerung seltener ausgeübt (siehe Abbildung 10). Trotzdem sind für die Übernahme eines Ehrenamts die Ressourcen Einkommen und Bildung nicht systematisch relevant, wenn gleichzeitig Motivationsfaktoren einbezogen werden (vgl. Abbildung 13). Personen mit Realschulabschluss weisen sogar eine geringere Wahrscheinlichkeit für ein Ehrenamt auf als Personen mit niedrigerem formellem Bildungsniveau (Hauptschule oder kein Abschluss). Bei separater Analyse des Zusammenhangs zwischen Ressourcen und ehrenamtlichem Engagement zeigt sich für das Einkommen der etablierte Befund, dass mit höherem Einkommen die Wahrscheinlichkeit für Engagement steigt (Simonson und Hameister, 2017). Dies erklärt sich dadurch, dass Einkommen auch mit der empfundenen Selbstwirksamkeit positiv korreliert.⁶⁸ Unter Einschluss der Motivationsfaktoren verkleinern sich die Koeffizienten der Einkommenskategorien, so dass sie nicht mehr statistisch signifikant sind. Eine soziale Verzerrung ist folglich auch für ehrenamtliches Engagement wahrscheinlich, obgleich sie in diesem Fall indirekt verläuft.

Für die Motivationsfaktoren zeigen sich interessante Ergebnisse: Erstens steigt mit höherer Selbstwirksamkeit die Wahrscheinlichkeit für ein Ehrenamt. Dies deutet abermals auf die Bedeutung der Erfolgsaussichten für das eigene Handeln hin. Zweitens erhöht sich mit steigender moralischer Verpflichtung ebenfalls die

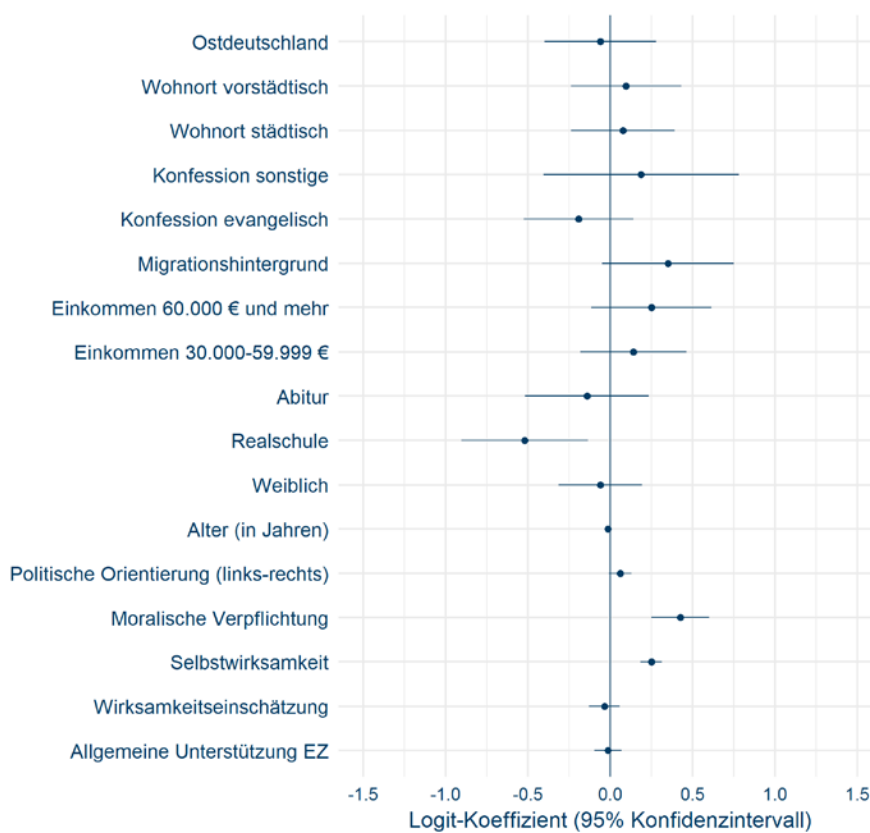
Rund 6 % der Befragten geben ein Ehrenamt mit Bezug zu globaler Armut an. Die Übernahme hängt dabei nicht direkt vom Einkommen ab, wohl aber vom Gefühl, etwas verändern zu können.

⁶⁸ Hinzu kommt, dass in logistischen Regressionsmodellen die Aufnahme bzw. der Ausschluss von Variablen aufgrund der mathematischen Spezifikation des Fehlerterms immer zu Veränderungen der Koeffizienten führt (Mood, 2010).

Wahrscheinlichkeit der Übernahme eines Ehrenamts.⁶⁹ Die Kontrollmerkmale spielen abschließend keine nennenswerte Rolle. Für das Alter ist zwar ein negativer Zusammenhang feststellbar, eine genauere Inspektion mittels alternativer Modellspezifikationen deutet jedoch auf einen schwach kurvenförmigen Zusammenhang hin. Die jüngsten Befragten weisen ebenso wie Befragte ab einem Alter von etwa 55-60 Jahren eine minimal höhere Wahrscheinlichkeit für ein Ehrenamt auf.⁷⁰

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl für Spenden als auch Konsum und Boykott die Ressourcen Bildung und Einkommen relevant sind, während dies bei der Übernahme eines Ehrenamts im In- oder Ausland nur indirekt auf das Einkommen zutrifft. Für alle drei untersuchten Engagementformen spielen darüber hinaus die wahrgenommene moralische Verpflichtung gegenüber dem Globalen Süden sowie die empfundene eigene Selbstwirksamkeit eine Rolle.

Abbildung 13 Einflussfaktoren auf die Ausübung eines Ehrenamts in der EZ (In-/Ausland im letzten Jahr)



Anmerkung: Referenzkategorien: männlich, Hauptschule/kein Abschluss, Einkommen bis 29.999 €, kein Migrationshintergrund, keine Konfession, ländlicher Wohnort, Westdeutschland.

⁶⁹ Der Effekt der politischen Orientierung verwundert auf den ersten Blick: Je weiter rechts sich eine Person verortet, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit eines entwicklungspolitischen Ehrenamts. Eine genauere Prüfung mittels eines quadratischen Zusammenhangs deutet jedoch auf einen schwach U-förmigen Wahrscheinlichkeitsverlauf hin, der durch Beobachtungen an den politischen Extremen beeinflusst wird, aufgrund der niedrigen Beobachtungszahlen auf diesen Skalenwerten jedoch sehr unsicher ist. Daher sollte dieser Zusammenhang nicht überinterpretiert werden, sondern von einem fehlenden Zusammenhang ausgegangen werden.

⁷⁰ Da die Schätzung in den Randbereichen der Altersverteilung sehr unsicher ist, wird auf den Einschluss dieses quadratischen Terms verzichtet.

5.4 Implikationen für die Engagementförderung

Welche Schlussfolgerungen für die Engagementförderung legen diese Befunde nahe?

1. Die Bevölkerung befasst sich grundsätzlich mit dem Thema globale Armut und EZ. Weitergehend engagiert sich nur ein überschaubarer Teil der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund, dass die Bürgerinnen und Bürger ein begrenztes Zeitbudget haben und sich gegebenenfalls bereits in anderen Bereichen wie Kirche, Sport, Kultur oder in soziale Einrichtungen engagieren, stellt sich die Frage, wie dieses Engagement stärker mit der Agenda 2030 und darüber hinaus mit der EZ verknüpft werden könnte.
2. Die Befunde zu Bildung und Einkommen bei Spenden und Konsumverhalten dürfen nicht unterschätzt werden. Schließlich ist es ein Ziel der Agenda 2030, alle Bevölkerungsschichten einzubinden. Wenn globales Engagement zu einem Elitenprojekt wird, könnte das diesem Anspruch zuwiderlaufen.
3. Globales Engagement motiviert sich häufig durch ein Gefühl der moralischen Verpflichtung, das mit dem Gedanken der Partnerschaftlichkeit in Verbindung gebracht werden kann.
4. Die Rolle der Selbstwirksamkeitswahrnehmung potenziell Engagierter darf nicht unterschätzt werden. Hier können Kommunikations- und Bildungsarbeit, aber auch finanzielle Förderungen gezielt ansetzen.⁷¹

⁷¹ Einen praktischen Ansatzpunkt bietet die Literatur zu Wählermobilisierung (Überblick bei Gerber und Green, 2017).

6. DIE AGENDA 2030 UND DIE SDGS AUS SICHT DER BEVÖLKERUNG

Zentrale Ergebnisse

Die Agenda 2030 bzw. die SDGs sind noch nicht in der breiten Bevölkerung angekommen.

- Über **50 % der Befragten hatten** im Sommer 2015 sowie im Sommer 2017 **noch nicht von den SDGs gehört**.
- Die **Bevölkerung steht der Zielerreichung der Agenda 2030 skeptisch gegenüber**. Dabei unterscheidet sie nahezu nicht zwischen den einzelnen 17 Zielen.
- Die **eigenen Einflussmöglichkeiten (Selbstwirksamkeit) auf die Ziele und der eigene geleistete Beitrag werden durchschnittlich bis leicht positiv** eingestuft. Etwas höhere Zustimmung zeigt sich bei Zielen mit einem Bezug zu Konsum und Umweltschutz.
- Entscheidend dafür, ob sich Menschen für eines der Ziele engagieren ist, dass sie sich als **selbstwirksam wahrnehmen**.
- Das **Verhältnis zwischen westlichen Industriestaaten und globalem Süden** schätzt die Bevölkerung als **ungerecht** ein.

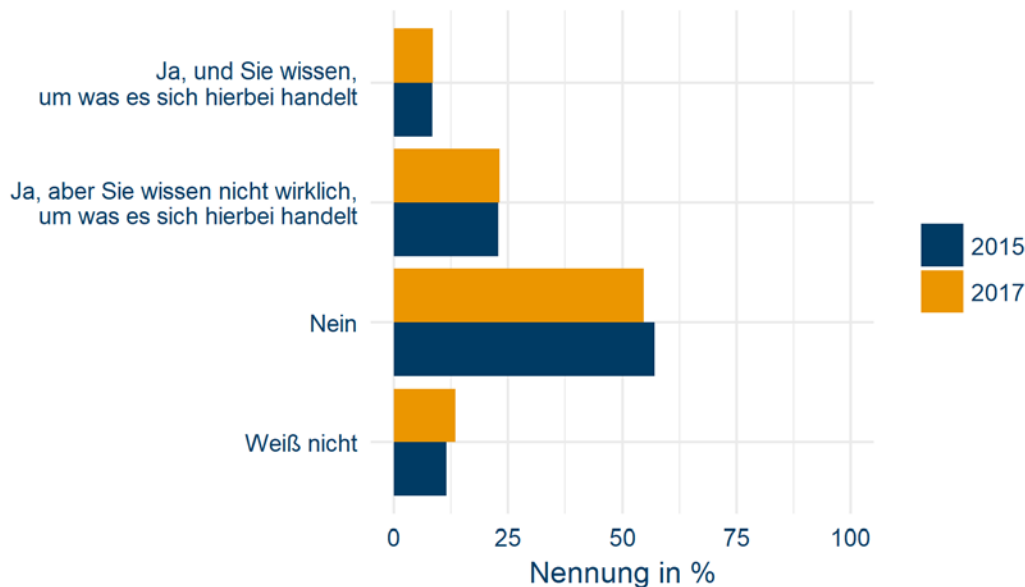
Die Agenda 2030 kann den Anspruch einer *People's Agenda*, wie sie vom ehemaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bezeichnet wurde, nur erfüllen, wenn sie und die in ihr enthaltenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Bevölkerung Unterstützung finden. Eine Voraussetzung für die Umsetzung der Agenda 2030 ist daher eine *Listening Architecture* – also die Möglichkeit der politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Entscheidungsträgerinnen und -träger, der Bevölkerung zuzuhören und deren Einstellungen zu verstehen bzw. in der eigenen Arbeit zu berücksichtigen (OECD DevCom, 2016). So wächst das Interesse, die Einstellungen der Bevölkerung zur Agenda 2030 bzw. zu den SDGs wissenschaftlich zu untersuchen. Bisher haben sich jedoch nur wenige repräsentative Befragungen mit den SDGs beschäftigt; hinter der Agenda liegende Konzepte wie (*Global*) *Sustainable Citizenship*⁷² (z. B. Micheletti und Stolle, 2012) werden bisher unzureichend erfasst. Das Studienteam hat daher der achten Welle des AAT im Juli 2017 Fragen hinzugefügt, die sich explizit diesem Thema widmen.

6.1 Bekanntheit der SDGs

Obgleich es wichtiger ist, dass die Bevölkerung die Prinzipien der Agenda 2030 bzw. der SDGs unterstützt, stellt die Bekanntheit der SDGs einen nützlichen Indikator dar, inwieweit die Agenda in der Bevölkerung angekommen ist. Im Winter 2015, also kurz nach der Verabschiedung der SDGs im September 2015, sowie im Sommer 2017 wurde die Bevölkerung dazu befragt, ob die SDGs ein bekannter Begriff seien. Mehr als die Hälfte der Befragten hatte zu beiden Zeitpunkten noch nichts von den SDGs gehört, etwas mehr als 10 % waren sich unsicher (siehe Abbildung 14). Weniger als 10 % gaben an, dass sie von den SDGs bereits gehört und auch eine Vorstellung von ihrem Inhalt hätten. Weitere 23 % hatten den Begriff bereits gehört, jedoch keine Vorstellung über den Inhalt. Überraschenderweise fanden sich im Juli 2017 keine Unterschiede zwischen bereits in vorherigen Wellen des AAT und in der achten Welle erstmalig befragten Personen – es ist also nicht davon auszugehen, dass die Bekanntheit der SDGs durch die wiederholte Befassung mit der Thematik der längsschnittlich Befragten überschätzt wird. Diese Ergebnisse decken sich mit Ergebnissen des Eurobarometers aus den Jahren 2015 und 2016 (Europäische Kommission, 2016, 2017).

⁷² Bei *Sustainable Citizenship* handelt es sich um ein normatives Konzept, das von Bürgerinnen und Bürgern erwartet, sich für eine globale sowie nachhaltige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung einzusetzen (Micheletti und Stolle, 2012, S. 90). Dies bedeutet eine stetige Hinterfragung und eventuelle Anpassung der eigenen Überzeugungen und Verhaltensweisen im Hinblick auf die Konsequenzen für die ökologische und soziale Umwelt. Solche Anpassungen sollten auch dann erfolgen, wenn kein sofortiger Nutzen oder Vorteil absehbar ist.

Abbildung 14 Haben Sie schon einmal etwas von den Nachhaltigen Entwicklungszielen ('Sustainable Development Goals') gehört oder etwas über diese gelesen?



Anmerkung: Fallzahlen für 2015: N = 6.058; für 2017: N = 6.096.

6.2 Erreichbarkeit und globaler Anspruch der SDGs

Neben der Bekanntheit von Agenda 2030 bzw. SDGs ist es wichtig, wie die Bevölkerung die 17 Ziele hinsichtlich ihrer Erreichbarkeit, aber auch hinsichtlich eigener Mitwirkungsmöglichkeiten einschätzt. Die Annahme liegt nahe, dass Unterstützung und Engagement wahrscheinlicher sind, wenn die gesetzten Ziele als bis 2030 erreichbar betrachtet werden. Die Daten vom Juli 2017 zeichnen diesbezüglich ein pessimistisches Bild.⁷³ So zeigt sich die Bevölkerung über alle Ziele hinweg unentschieden bis skeptisch. Wie durch die blaue Linie in Abbildung 15 dargestellt, variiert die Einschätzung bezüglich der Erreichbarkeit im Mittel zwischen den 17 SDGs wenig. Für keines der Ziele überschreitet der Mittelwert die Skalenmitte.

Die Bevölkerung hat also kein eindeutiges Bild darüber, welche Ziele bis 2030 erreichbar erscheinen und welche nicht. Am höchsten wird die Erreichbarkeit von „Nachhaltigem Konsum und Produktion“ (SDG 12) eingeschätzt, am wenigsten erreichbar erscheinen die Ziele „Beendigung globaler Armut“ (SDG 1) und „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ (SDG 16). Da die absoluten Differenzen in der Einschätzung der Erreichbarkeit der verschiedenen Ziele jedoch nur klein sind, sollten die Unterschiede zurückhaltend interpretiert werden.

Die Bevölkerung ist skeptisch, ob die 17 SDGs bis 2030 erreicht werden. Am ehesten könnten nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion (SDG 12) verwirklicht werden, während die Beendigung von Armut (SDG 1) als unwahrscheinlich eingeschätzt wird.

⁷³ Die Befragten mussten sich in der Befragung stets nur mit einem SDG auseinandersetzen. Die Zuteilung erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Die Mittelwerte wurden daher stets für etwa 350 Befragte berechnet. Der exakte Fragewortlaut findet sich im Anhang, Tabelle 25.

6.3 Einflussmöglichkeiten und eigenes Engagement für die SDGs aus Sicht der Bevölkerung

Aufbauend auf die Untersuchung der Bekanntheit der SDGs und der Wahrnehmung ihrer Erreichbarkeit ist eine entscheidende Frage für das persönliche Engagement, ob die Bürgerinnen und Bürger sich einen eigenen Einfluss auf die Erreichung der 17 Ziele zuschreiben, ob sie sich also als selbstwirksam wahrnehmen (Kollmuss und Agyeman, 2002; Tabernero und Hernández, 2011). Obgleich auch hier die Bevölkerung auffallend wenig zwischen den verschiedenen Zielen unterscheidet, zeigt sich eine leichte Tendenz, dass Menschen ihre Selbstwirksamkeit im Umwelt- und Konsumbereich (SDGs 7, 12, 13, 14 und 15) vergleichsweise hoch wahrnehmen (orange Linie in Abbildung 15). Die Mittelwerte liegen hier bis zu etwa 0,5 Punkte über der Skalenmitte, was darauf hindeutet, dass die Bevölkerung hier Einflussmöglichkeiten sieht. Dies dürfte dem stärkeren Bezug dieser Ziele zur alltäglichen Lebenswelt in Deutschland geschuldet sein.

Die Frage nach dem tatsächlichen Engagement bzw. dem eigenen Beitrag zur Zielerreichung wird ähnlich beantwortet (hellblaue Linie in Abbildung 15). Erneut sticht der Umwelt- und Konsumbereich leicht heraus (SDGs 7, 12, 13, 14 und 15). Auch in diesem Fall liegen die Mittelwerte bis zu 0,5 Punkte über der Skalenmitte, was auf ein etwas höheres Engagement zu den jeweiligen Zielen hindeutet. Erneut könnte hierfür der stärkere Alltagsbezug dieser Ziele ausschlaggebend sein.

Interessant sind darüber hinaus die Unterschiede zwischen Erreichbarkeit (blaue Linie) und Selbstwirksamkeit (orange Linie) bzw. eigenem Beitrag (hellblaue Linie) in Abbildung 15. Die Erreichbarkeit wird für beinahe alle SDGs zum Teil sogar deutlich niedriger eingeschätzt als Einflussmöglichkeiten und tatsächlicher Beitrag. Zwar sieht die Bevölkerung durchschnittliche bis leicht positive Einflussmöglichkeiten und gibt eigene Beiträge im Konsum- und Umweltbereich an. Die Ziele an sich scheinen ihr jedoch illusorisch. Die Antworten lassen vermuten, dass die Bürgerinnen und Bürger trotz ihrer Skepsis im Hinblick auf die globale Zielerreichung in ihrer lokalen Lebenswelt etwas zur Agenda 2030 beitragen möchten. Die hohe Übereinstimmung der Mittelwerte für wahrgenommene Einflussmöglichkeiten mit dem tatsächlichen Beitrag deutet darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger genau in dem Maße beitragen, wie sie glauben Einfluss nehmen zu können. Gestützt wird diese Annahme durch die ausnahmslos hohen Korrelationen zwischen beiden Merkmalen.⁷⁴ Der Schlüssel zur Ausweitung des Engagements könnte folglich in einer Erhöhung der Selbstwirksamkeit liegen, indem der Bevölkerung konkrete Einflussmöglichkeiten auf eine nachhaltige Entwicklung aufgezeigt werden. Umgekehrt könnte auch selbst erfahrene Einflussnahme im Alltag die Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger steigern.⁷⁵

⁷⁴ Pearson's R liegt über alle 17 SDGs bei mindestens 0,59. Alle Korrelationen sind statistisch signifikant ($p < 0,001$).

⁷⁵ Da die Fragen zu den SDGs nur im Querschnitt erhoben wurden, lassen sich im Rahmen der Analysen keine endgültigen Aussagen über die Wirkrichtung treffen.

Abbildung 15 Auffassungen der Bevölkerung zur Erreichung der SDGs (Juli 2017)



6.4 Sustainable Citizenship

Um sich dem Thema *Sustainable Citizenship* jenseits zahlreich verfügbarer Studien zu Umweltbewusstsein⁷⁶ und umweltbewusstem Verhalten (Überblick bei Kollmuss und Agyeman, 2002) zu nähern, wurden den Befragten einige Aussagen zur Wahrnehmung von globalen Zusammenhängen und Herausforderungen vorgelegt. Fokussiert wurden dabei die Nachhaltigkeitsdimensionen Ökonomie und Soziales aus globaler Perspektive. Eine der Aussagen lautet zum Beispiel: „Ich habe nur sehr wenige Gemeinsamkeiten mit einem

⁷⁶ Zu nennen sind hier insbesondere die Studienreihen „Umweltbewusstsein in Deutschland“ (BMUB, 2015) und „Naturbewusstsein“ (BMUB, 2016), die in einem zweijährigen Rhythmus vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und vom Umweltbundesamt veröffentlicht werden.

Menschen, der in einem der ärmsten Länder der Welt lebt.“ Aus diesen Aussagen lassen sich zwei grundsätzliche Haltungen gegenüber globalen Interdependenzen und Herausforderungen ermitteln: Distanzierung und globale Gerechtigkeit:⁷⁷

- Distanzierung misst die psychologische Distanz (vgl. z. B. Spence et al., 2012; Trope und Liberman, 2010) gegenüber der Situation im Globalen Süden bzw. der Verantwortung westlicher Staaten für sie. Je stärker dieses Merkmal ausgeprägt ist, desto größer die wahrgenommene Distanz.
- Globale Gerechtigkeit erfasst die Wahrnehmung von Unterschieden bzw. Ungerechtigkeiten zwischen westlichen Industrieländern und Ländern des globalen Südens. Je höher dieses Merkmal ausgeprägt ist, desto ungleicher bzw. ungerechter wird das Verhältnis zwischen beiden Ländergruppen wahrgenommen.

Mit einem Mittelwert von knapp über 3 auf einem Index von 1 bis 5 ist die Bevölkerung insgesamt nur durchschnittlich distanziert gegenüber der Situation im Globalen Süden. Mit einem Mittelwert von 4 ebenfalls auf einem Index von 1 bis 5 wird das Verhältnis zwischen westlichen Industriestaaten und Globalem Süden als ungleich bzw. ungerecht empfunden. Auch wenn die Bevölkerung die SDGs in weiten Teilen nicht kennt, trägt sie den Grundgedanken der Agenda 2030 zu sozialer Nachhaltigkeit mit.

Was sind Einflussfaktoren auf eine distanzierte Haltung bezüglich globaler Zusammenhänge? Welche Merkmale beeinflussen die Wahrnehmung globaler Ungerechtigkeit? Zum einen könnte wieder die Lebenslage eine Rolle spielen. Eine prekäre Situation könnte dazu führen, dass sich Menschen primär mit den eigenen Sorgen befassen. Zum anderen könnte globale Gerechtigkeit aufgrund von politisch-gesellschaftlichen Überzeugungen abgelehnt werden, da die Verantwortung bei den Ländern bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern gesehen wird. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob Distanzierung und globale Gerechtigkeit mit den Einstellungen zur EZ korrelieren.

Die Analysen in Tabelle 7 zeigen interessante und konsistente Ergebnisse. Bezüglich der Lebenslage zeigen sich Bildungseffekte: Ein Schulabschluss mit Abitur geht mit einer geringeren Distanzierung und größeren globalen Ungerechtigkeitswahrnehmungen einher. Befragte der höheren Einkommensgruppen weisen geringfügig höhere Werte auf dem Distanzierungsindex auf. Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage begünstigt wiederum sowohl höhere Distanzierungswerte als auch die Wahrnehmung globaler Ungerechtigkeit.⁷⁸ Politisch kristallisiert sich der bereits in den anderen Kapiteln häufig beobachtbare Links-Rechts-Effekt heraus: Je weiter rechts sich eine Person politisch verortet, desto stärker ist ihre Distanzierung ausgeprägt und desto schwächer empfindet sie globale Ungerechtigkeit.

Für die EZ-Einstellungen muss zunächst der bekannte Zusammenhang mit moralischer Verpflichtung herausgestellt werden. Sie hemmt eine Distanzierung und begünstigt die Wahrnehmung globaler Ungerechtigkeit. Gleiches gilt für die allgemeine Unterstützung der EZ, obgleich der Koeffizient deutlich kleiner ausfällt.⁷⁹ Überraschend sind die Resultate für Korruptionswahrnehmung und Selbstwirksamkeit im Bereich der EZ: Je größer die empfundene Korruptionsproblematik, desto höher der Distanzierungsindex, aber auch die Einschätzung globaler Ungerechtigkeit. Wahrgenommene Selbstwirksamkeit korreliert hingegen negativ mit beiden Indizes. Das heißt, je selbstwirksamer sich eine Person wahrnimmt, desto weniger distanziert gegenüber globalen Herausforderungen ist sie. Zugleich ist auch die Wahrnehmung globaler Ungerechtigkeit kleiner. Die geschätzte Wirksamkeit staatlicher EZ spielt ebenso wie die übrigen soziodemografischen Merkmale keine Rolle. Allerdings nehmen Befragte aus den östlichen Bundesländern globale Ungerechtigkeit etwas geringer wahr.

⁷⁷ Resultat einer explorativen Hauptkomponentenanalyse einer Fragebatterie zur Erfassung des Konzepts „Global Sustainable Citizenship“, siehe Tabelle 26 im Anhang.

⁷⁸ Die Regressionsmodelle sind in Tabelle 27 im Anhang dargestellt.

⁷⁹ Hinzu kommt ein größerer Wertebereich der Variable (Skala 1-10 im Vergleich zu einer Skala von 1-5).

Tabelle 7 Zusammenhangsanalyse der Indizes Distanzierung und globale Gerechtigkeit

	Distanzierung	Globale Gerechtigkeit
Unabhängige Variablen	Zusammenhang	Zusammenhang
Allgemeine Unterstützung EZ	Negativ ***	Positiv ***
Wirksamkeitseinschätzung	n. s.	Positiv †
Korruptionsvermutung	Positiv ***	Positiv ***
EZ-bezogene Selbstwirksamkeit	Negativ ***	Negativ **
Moralische Verpflichtung	Negativ ***	Positiv ***
Politische Orientierung (links-rechts)	Positiv ***	Negativ ***
Wirtschaftliche Lage	Positiv **	Positiv **
Einkommen 30.000-59.999 €	Positiv *	n. s.
Einkommen 60.000 € und mehr	Positiv *	n. s.
Realschule	n. s.	Positiv †
Abitur	Negativ ***	Positiv ***
Alter (in Jahren)	n. s.	Positiv ***
Weiblich	n. s.	Positiv **
Migrationshintergrund	n. s.	n. s.
Konfessionszugehörig	n. s.	Negativ ***
Wohnort städtisch	Positiv **	Negativ *
Wohnort vorstädtisch	n. s.	n. s.
Ostdeutschland	n. s.	Negativ *
Adj. R ²	0,502	0,226
N	3.677	3.677

Anmerkung: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, † $p < 0.1$. n. s. = nicht signifikant. Referenzkategorien: männlich; Einkommen bis 29.999 €; Hauptschulabschluss/kein Abschluss; keine Konfession; ländlicher Wohnort; Westdeutschland. Koeffizienten für sonstige/keine Angabe bei den Variablen Bildung und Einkommen wurden nicht tabelliert.

6.5 Die Agenda 2030 – bei der Bevölkerung noch nicht angekommen

Für die Akteure in Entwicklungspolitik und EZ stellen auch diese Befunde eine Herausforderung dar, sofern sie die Agenda 2030 als *People's Agenda* verstehen. Erstens müssten die SDGs – und damit auch die Agenda 2030 – stärker der Bevölkerung vermittelt werden. Zweitens könnte überlegt werden, den Bürgerinnen und Bürgern mehr als bisher ihre Einflussmöglichkeiten für eine globale nachhaltige Entwicklung aufzuzeigen, so dass sie angesichts der massiven globalen Herausforderungen nicht resignieren. Um alle Bevölkerungsteile auf dem Weg zu globaler Nachhaltigkeit mitzunehmen, müssen die Akteure in der EZ – und selbstverständlich auch in weiteren relevanten Politikfeldern wie Umwelt, Wirtschaft und Bildung konkrete Wege aufzeigen, mit denen Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen können, um so die wahrgenommene Selbstwirksamkeit und das Engagement in diesem Feld zu stärken. Ein Beispiel für die Teilnahme- und Engagementförderung weiter Bevölkerungsteile in Deutschland ist die Zukunftscharta „EINEWELT – unsere Verantwortung“ (BMZ, 2015b). Die Förderung muss nicht zwangsläufig nur im Umwelt- und Konsumbereich geschehen, in dem sich die lokalen Implikationen globaler Zusammenhänge möglicherweise besonders gut veranschaulichen lassen, wie die Informationsbroschüre „Mitmachen!“ des BMZ zeigt (BMZ, 2015c). Auch in Bezug auf Herausforderungen vor der eigenen Haustür besteht Potenzial, beispielsweise hinsichtlich Geschlechtergleichheit, hochwertiger Bildung und Gesundheit und Wohlergehen. In diesem Zusammenhang darf nicht unterschätzt werden, dass auch Wirksamkeitserfahrungen im Alltag umgekehrt die Selbstwirksamkeit erhöhen können. Für politische Partizipation konnten ältere Studien solche Effekte bereits zeigen (Finkel, 1985, 1987).

7. TYPOLOGIEBILDUNG

Zentrale Ergebnisse

Vier **EZ-Einstellungstypen** finden sich in der Bevölkerung.

- Die Gruppe der **Unschlüssigen** ist mit 35 % am häufigsten in der Bevölkerung vertreten. 28 % zählen zu den **EZ-Gegnern**, 23 % zu den **Skeptikern**. **Unterstützende** umfassen 14 % der Bevölkerung.
- Die Typologie basiert auf den Angaben zur Besorgtheit über die Lage im globalen Süden, zum Gefühl einer moralischen Verpflichtung, zur allgemeine Unterstützung und Einschätzung der Wirksamkeit von EZ und empfundener Selbstwirksamkeit.
- **Einflussfaktoren** auf die Zuordnung von Personen zu den vier Einstellungstypen sind ihr **soziodemografischer Hintergrund** und **Parteidentifikation**.

7.1 Typologien unterstützen das Verständnis komplexer Erhebungen

In den bisherigen Kapiteln wurden Einstellungen, Wissen und Engagement der Bevölkerung jeweils separat betrachtet. Um die Vielfalt der individuellen Perspektiven auf EZ und nachhaltige Entwicklung greifbarer zu machen, bietet sich eine simultane Analyse dieser Merkmale an. Diese soll klar unterscheidbare Einstellungstypen innerhalb der Bevölkerung identifizieren, deren Merkmale innerhalb eines Typs möglichst ähnlich sind und die sich zwischen den Typen möglichst deutlich unterscheiden. Im Bereich der Einstellungsforschung zu Entwicklungspolitik und EZ stellt dies eine Innovation dar.

7.2 Statistisches Verfahren zur Typologiebildung: latente Klassenanalyse

Das hier angewandte statistische Verfahren zur Bildung der Einstellungstypen ist die latente Klassenanalyse (Collins und Lanza, 2010).⁸⁰ Dieses Verfahren geht davon aus, dass Befragte zu latenten, das heißt nicht direkt beobachtbaren Einstellungstypen (sogenannten Klassen) gehören, die sich auf die Beantwortung der Items des Fragebogens auswirken. Wie viele und welche Merkmale zwischen den Einstellungstypen differenzieren, wird dabei erst im Laufe von Voranalysen deutlich. Aufgrund der Voranalysen und inhaltlich-theoretischer Gründe wurden folgende Einstellungen (bzw. Kognitionen) in die Analyse einbezogen:⁸¹

- die Besorgtheit über globale Armut (Besorgtheit),
- die moralische Verpflichtung, dass der Staat sich um diesen Missstand kümmert (moralische Verpflichtung),
- die Unterstützung für staatliche Entwicklungszusammenarbeit (allgemeine Unterstützung EZ),
- die Einschätzung der Wirksamkeit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (Wirksamkeitseinschätzung) sowie
- die Einschätzung des eigenen Einflusses auf die Lage in Ländern des Globalen Südens (Selbstwirksamkeit).

Für die latente Klassenanalyse wurde die Erhebungswelle vom Dezember 2015 herangezogen, da nur in dieser Welle detaillierter nach der Nutzung konkreter Medien (z. B. Zeitungen, Fernsehsender, Internetseiten) gefragt wurde. In Kapitel 7 wird die Mediennutzung zur entwickelten Typologie in Bezug gesetzt.

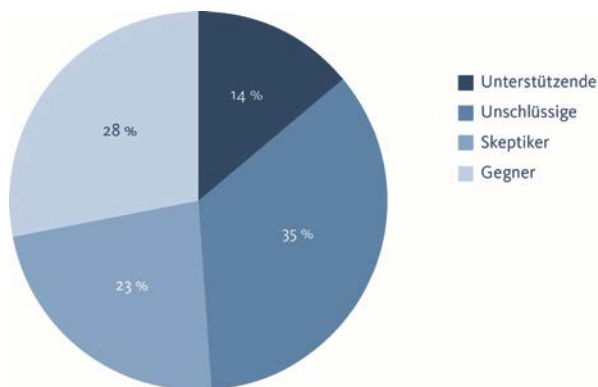
⁸⁰ Die verwendeten Items werden in Tabelle 28 im Anhang dargestellt. Methodische Details zur latenten Klassenanalyse finden sich im Anhang, Abschnitt 5.1.

⁸¹ Da Wissen über EZ in Voranalysen nicht zur Differenzierung zwischen den Befragten beitrug, wurde es in der weiteren Analyse nicht berücksichtigt. Dies ist auf die in Teilen hohe Schwierigkeit der Wissensfragen zurückzuführen. Auch auf den Einbezug von Engagementformen wird verzichtet, um in der Analyse nicht unterschiedliche konzeptuelle Ebenen (Einstellungen und Handlungen) zu vermischen. Hinzu kommt, dass nur wenige Engagementformen so häufig vorkommen, dass sie zu einer verlässlichen Typologie beitragen können. Für die Analyse wurden die Antwortskalen aller einbezogenen Merkmale einheitlich auf drei Zustimmungsstufen (niedrig, mittel, hoch) zusammengefasst.

7.3 Vier Typen: Unterstützende, Unschlüssige, Skeptiker und Gegner

Die latente Klassenanalyse führt zu dem Ergebnis, dass die erklärungsstärkste und gleichzeitig sparsamste Typologie der Bürgerinnen und Bürger entlang ihrer EZ-Einstellungen vier Typen unterscheidet (siehe Abbildung 16). Das größte Segment der Bevölkerung machen mit rund 35 % die Unschlüssigen aus. Sie sind zwar durchschnittlich bis hoch besorgt über die Entwicklung in Ländern des Globalen Südens, stimmen jedoch nur schwach bis durchschnittlich einer moralischen Verpflichtung zur Unterstützung dieser Länder zu (vgl. Abbildung 17). Staatliche EZ findet in dieser Gruppe ebenso nur durchschnittliche Unterstützung und wird als durchschnittlich wirksam gesehen. Der eigene Einfluss auf die Situation in den Ländern des Globalen Südens wird als niedrig wahrgenommen.

Abbildung 16 Einstellungstypen in der deutschen Bevölkerung



Anmerkung: N= 5.874. Datenbasis ist der AAT von Dezember 2015.

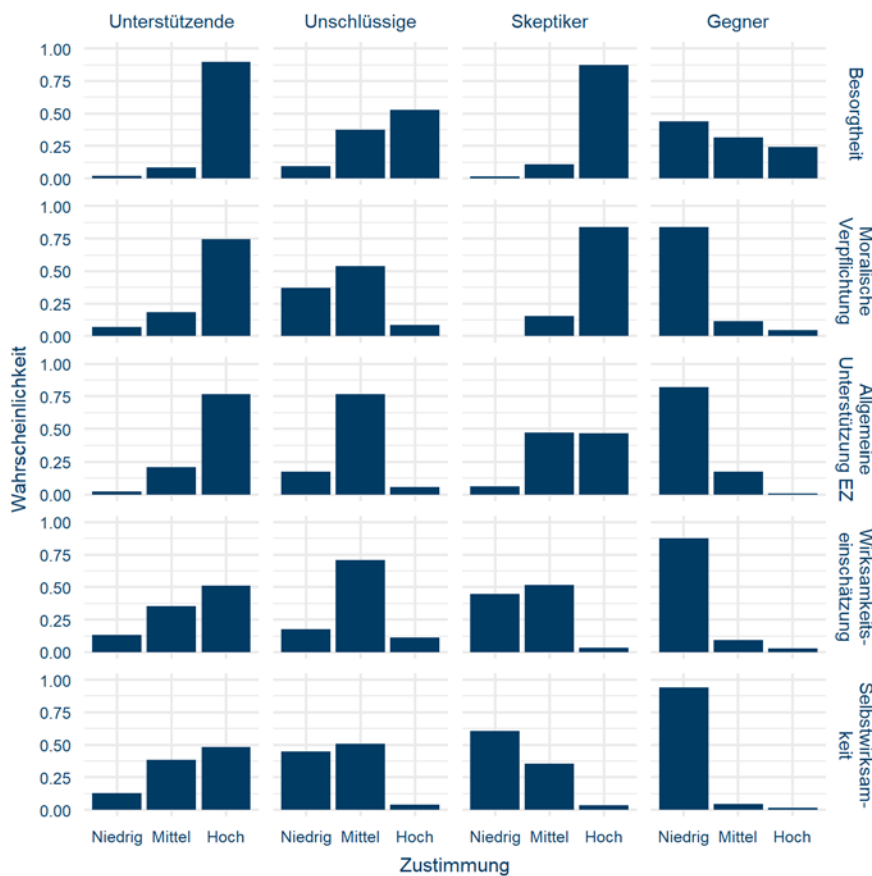
Das zweitgrößte Segment der Bevölkerung stellen die Gegner der EZ mit etwa 28 % der Befragten dar. Ihr Profil lässt sich einfach zusammenfassen: Sie sind über die Situation im Globalen Süden kaum besorgt, empfinden eine geringe moralische Verpflichtung gegenüber diesen Ländern und unterstützen staatliche EZ nicht. Zugleich schreibt diese Gruppe weder der staatlichen EZ noch sich selbst eine Wirkung auf die Situation im globalen Süden zu.

An dritter Stelle folgen mit knapp 23 % die Skeptiker. Diese Gruppe ist auf der einen Seite besorgt über die Lage in den Ländern des Globalen Südens und fühlt sich diesen gegenüber moralisch verpflichtet. Auf der anderen Seite unterstützt sie staatliche EZ lediglich durchschnittlich und hat Vorbehalte im Hinblick auf die Wirksamkeit. Die Skepsis gegenüber eigener und staatlicher Wirksamkeit bei gleichzeitiger durchschnittlicher Unterstützung gibt der Gruppe ihren Namen.

Nur 14 % der Bevölkerung unterstützen die EZ. Die Gruppe der EZ-Gegner ist mit 28 % doppelt so groß.

Das kleinste Segment bilden mit 14 % der Befragten die Unterstützenden. Sie sind von allen am stärksten über die Entwicklungen im Globalen Süden besorgt, verspüren die größte moralische Verpflichtung und unterstützen staatliche EZ. Hinzu kommt, dass sie sowohl das staatliche als auch das eigene Handeln in diesem Bereich im Vergleich zu den übrigen Gruppen als am wirksamsten wahrnehmen.

Abbildung 17 Profile des Antwortverhaltens der vier Einstellungstypen



Anmerkung: N = 5.874. AAT Dezember 2015. Abgetragen sind die Wahrscheinlichkeiten für die Nennung der jeweiligen Antwortkategorie innerhalb eines Einstellungstyps.

Unter simultaner Berücksichtigung mehrerer Einstellungsdimensionen ist das EZ-Einstellungsbild in der Bevölkerung folglich deutlich kritischer als bei einer alleinigen Analyse der Unterstützung von EZ (vgl. Kapitel 3.1).

7.4 Merkmale der vier Einstellungstypen

Es stellt sich die Frage, ob die identifizierten Typen sich auch in anderen Merkmalen unterscheiden. Sind die Unschlüssigen, Gegner, Skeptiker und Unterstützenden im Durchschnitt unterschiedlich alt? Wie steht es mit der Verteilung von Merkmalen wie Bildung, Einkommen oder Geschlecht? Leben sie vornehmlich in einer bestimmten Region wie z. B. in Ost- oder Westdeutschland oder eher in städtischen oder ländlichen Räumen? Mit welcher Partei sympathisieren sie? All diese Fragen verfolgen das Ziel, besser zu verstehen, wie sich die unterschiedlichen Gruppen zusammensetzen und wo die Ursachen für unterschiedliche Einstellungen zu EZ und nachhaltiger Entwicklung liegen. Die Ergebnisse bieten entwicklungspolitischen Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft Orientierungswissen für die Kommunikations- und Bildungsarbeit, indem sie helfen, die einzelnen Einstellungstypen in der Bevölkerung greifbar zu machen.⁸²

⁸² Um die soziodemografischen und politischen Unterschiede zwischen den Einstellungstypen greifbarer zu machen, wurde die politische Orientierung durch die Parteidentifikation ersetzt, das Alter in vier Gruppen entsprechend klar unterscheidbarer Lebensphasen eingeteilt sowie die Konfessionszugehörigkeit detaillierter abgebildet. Als Referenzkategorien wurden für die Parteidentifikation die zweitstimmstärkste Partei bei der Bundestagswahl 2013 CDU/CSU, für das Alter die jüngste Altersgruppe 18 bis 29 Jahre sowie für die Religionszugehörigkeit Konfessionslose gewählt. Bei der Parteidentifikation wurde die Kategorie „Sonstige/weiß nicht“ bewusst nicht als Referenzkategorie genutzt, da sie inhaltlich zu heterogen für sinnvolle Vergleiche ist.

Für die statistische Analyse der Merkmale der einzelnen Typen dient die Gruppe der Unschlüssigen als Vergleichsgruppe und es wird geprüft, inwiefern sich die drei übrigen Gruppen in den einbezogenen Merkmalen von ihr unterscheiden.⁸³ Für alle Merkmale stellt der in Abbildung 18 abgetragene Koeffizient den Unterschied zu einer vorher festgelegten Vergleichskategorie dar. Ist der Koeffizient größer als null, so ist die Wahrscheinlichkeit größer, zur untersuchten Gruppe (z. B. Unterstützende) zu gehören; ist er negativ, so ist die Wahrscheinlichkeit geringer. Die in den horizontalen Linien abgetragenen Konfidenzintervalle geben schließlich Auskunft über die Verlässlichkeit der Schätzung. Überschreiten die Konfidenzintervalle die Nulllinie nicht, so ist der Koeffizient statistisch signifikant. Ein Beispiel zur Illustration: Panel a) in Abbildung 18 stellt den Zusammenhang zwischen soziodemografischen und politischen Merkmalen und der Zugehörigkeit zu den EZ-Gegnern im Vergleich zu den Unschlüssigen dar. Der positive Koeffizient für Abitur deutet darauf hin, dass mit einem im Vergleich zur Referenzkategorie „Hauptschule/ kein Abschluss“ höheren Bildungsabschluss die Wahrscheinlichkeit steigt, zu den EZ-Gegnern zu gehören. Zu beachten ist, dass die Wahrscheinlichkeit nicht absolut, sondern in Relation zur Vergleichsgruppe der Unschlüssigen interpretiert werden muss.

a) Unterstützende: Für die Unterstützenden zeigt sich gegenüber der Referenzkategorie CDU/CSU eine Nähe zu den politisch links zu verortenden Parteien (SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen). Hingegen ist die Wahrscheinlichkeit in der Tendenz geringer, dass die Anhängerinnen und Anhänger von FDP und AfD zu den Unterstützenden gehören im Vergleich zu jenen der CDU/CSU. Darüber hinaus begünstigt ein Abitur ebenso wie die Zugehörigkeit zu den beiden höchsten Einkommenskategorien die Zuordnung zu dieser Gruppe. Befragte mit Migrationshintergrund weisen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, zu den Unterstützenden zu zählen.

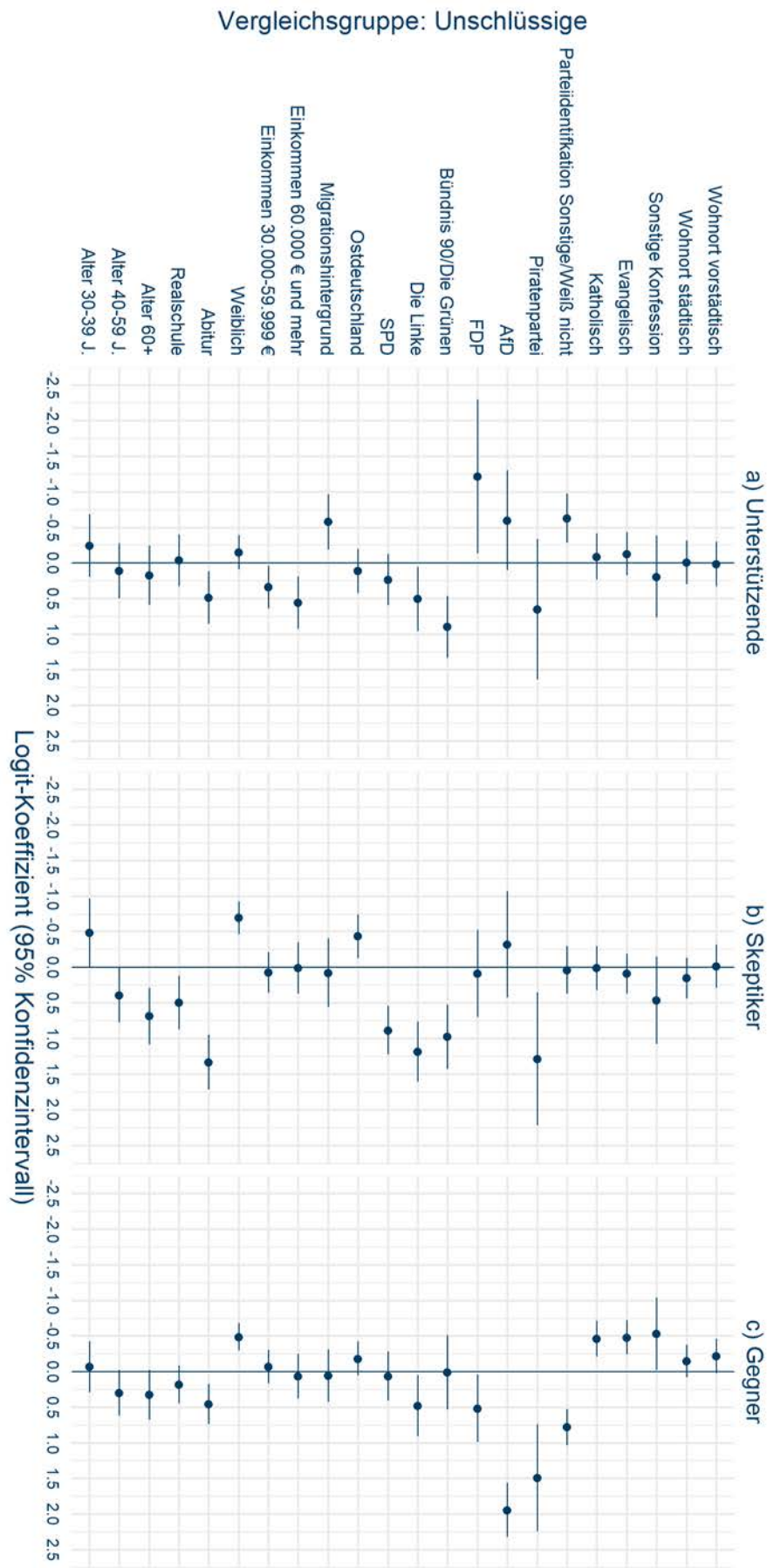
b) Skeptiker: Verglichen mit der Referenzkategorie CDU/CSU sympathisieren sie eher mit Parteien, die dem linken politischen Spektrum zuzuordnen sind (z. B. SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen). Zweitens sind sie im Vergleich zur Referenzkategorie der unter 30-Jährigen überzufällig häufig den über 40- bis 59-Jährigen und mit geringer Wahrscheinlichkeit den 30- bis 39-Jährigen zuzuordnen. Zudem erhöht sich mit einem Realschulabschluss oder Abitur die Wahrscheinlichkeit, zu dieser Gruppe zu zählen. Frauen weisen eine geringe Wahrscheinlichkeit auf, zur Gruppe der Skeptiker zu zählen und schließlich geht ein Wohnort in den neuen Bundesländern mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit einher, dieser Gruppe anzugehören.

c) Gegner: Für die Gruppe der EZ-Gegner lässt sich festhalten, dass mit allen Konfessionen eine geringere Wahrscheinlichkeit für eine Verortung in dieser Gruppe (im Vergleich zu den Konfessionslosen) einhergeht. Die Sympathie mit der Alternative für Deutschland (AfD), der FDP, der Piratenpartei, aber auch mit der Partei Die Linke erhöht hingegen die Wahrscheinlichkeit, zu den EZ-Gegnern zu zählen. Die Gründe dafür dürften zwischen diesen Parteien variieren. Frauen weisen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, der Gruppe der EZ-Gegner anzugehören, während ein Abitur – im Vergleich zu einem Hauptschulabschluss – die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe wahrscheinlicher macht. Abschließend ist zu erwähnen, dass die über 40-Jährigen ebenfalls eine höhere Wahrscheinlichkeit als die Referenzgruppe der unter 30-Jährigen aufweisen, zu dieser Gruppe zu gehören.⁸⁴

⁸³ Die Analyse findet sich im Anhang, Tabelle 30.

⁸⁴ Die Koeffizienten für die beiden höchsten Alterskategorien sind dabei nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

Abbildung 18 Einflussfaktoren auf die Zuordnung zu den Einstellungstypen



Anmerkung: N = 5.874; multinomiale logistische Regression; Vergleichskategorie: „Unschlüssige“. Referenzkategorien der unabhängigen Variablen: „männlich“, „Wohnort ländlich“, „keine Konfession“, „CDU/CSU“, „Westdeutschland“, „kein Migrationshintergrund“, „Einkommen bis 29.999 €“, „Hauptschule/kein Abschluss“, „bis 29 Jahre“. Befragte, die eine Antwort verweigerten (z. B. „Einkommen keine Angabe“), wurden als eigene Kategorie bzw. Koeffizient in die Analyse aufgenommen, um die Beobachtung nicht auszuschließen. Sie sind jedoch in der Abbildung aus Platzgründen nicht dargestellt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

1. Die eigene politische Verortung spielt eine Rolle für die Zugehörigkeit zu einem der vier Typen: Im Vergleich zu den Unschlüssigen gehören diejenigen, die sich eher den im politischen Spektrum links verorteten Parteien nahe fühlen, mit höherer Wahrscheinlichkeit zu den EZ-Unterstützenden. Sie gehören aber auch mit höherer Wahrscheinlichkeit zu den EZ-Skeptikern. Das heißt, sie haben zwar ein Bewusstsein für die Situation im globalen Süden und empfinden eine moralische Verpflichtung, stehen aber der staatlichen EZ-Tätigkeit und deren Wirksamkeit eher skeptisch gegenüber. Anhänger der AfD und der FDP tendieren hingegen stärker zur Gruppe der EZ-Gegner.
2. Mit einem hohen formalen Bildungsabschluss gehen auch pointiertere Einstellungen zur EZ einher. Befragte mit Abitur weisen stets eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, im Vergleich zu den Unschlüssigen, die keine ausgeprägten positiven und negativen Einstellungen aufweisen, zu den übrigen drei Einstellungstypen Unterstützende, Skeptiker und Gegner zu zählen.
3. Es gibt vielfältige Zusammenhänge mit dem soziodemografischen Hintergrund. Am auffallendsten sind dabei die vergleichsweise geringe Wahrscheinlichkeit von Frauen, zu den EZ-Gegnern bzw. zu den EZ-Skeptikern zu zählen sowie die vergleichsweise geringe Wahrscheinlichkeit von Befragten mit Migrationshintergrund, zu den EZ-Unterstützenden zu zählen.

Die in diesem Kapitel entwickelte Typologie wird im Kapitel Mediennutzung erneut aufgegriffen, um zu prüfen, wie sich Unschlüssige, Gegner, Skeptiker und Unterstützende hinsichtlich ihres Informationsverhaltens zu den Themen internationale Entwicklung und Armut unterscheiden.

8. INFORMATION- VERHALTEN UND MEDIENNUTZUNG

Zentrale Ergebnisse

- Skeptiker und Unterstützende **verfolgen die Themen internationale Entwicklung und Armut** intensiver als Gegner und Unschlüssige.
- **Klassische Medienkanäle spielen weiterhin eine wichtige Rolle** bei der Informations- und Nachrichtenaufnahme. Dies gilt auch für die Themen internationale Entwicklung und Armut.
- **EZ-Unterstützende sind eher über Facebook** zu erreichen als Unschlüssige und EZ-Gegner.

8.1 Entwicklungsbezogene Mediennutzung in Zeiten sozialer Medien und „Fake News“

Für den Feedback-Loop zwischen der Bevölkerung und den Akteuren der Entwicklungspolitik und EZ ist es wichtig, zu verstehen, über welche Kanäle die Bürgerinnen und Bürger sich über entwicklungsbezogene Themen informieren bzw. auf welche konkreten Medien sie dabei zurückgreifen. Außerdem steht in Zeiten von „Fake News“ die Frage verstärkt im Raum, als wie neutral und zuverlässig sie die Berichterstattung wahrnehmen. Die Ergebnisse der Mediennutzungsanalyse können Ansatzpunkte dafür liefern, Bürgerinnen und Bürger mit Informations- oder Bildungsangeboten zu EZ und globaler nachhaltiger Entwicklung besser zu erreichen.

Für die Analyse wird auf die in Kapitel 7 entwickelte Typologie mit den Gruppen Unschlüssige, Skeptiker, Gegner und Unterstützende der EZ zurückgegriffen. Die Auswertung basiert auf der AAT-Welle vom Dezember 2015, da nur hier die Mediennutzung detailliert erfragt wurde. Die Darstellung der Ergebnisse an dieser Stelle fokussiert dabei auf zentrale Befunde. Detailliertere Ergebnisdarstellungen finden sich im Anhang.⁸⁵

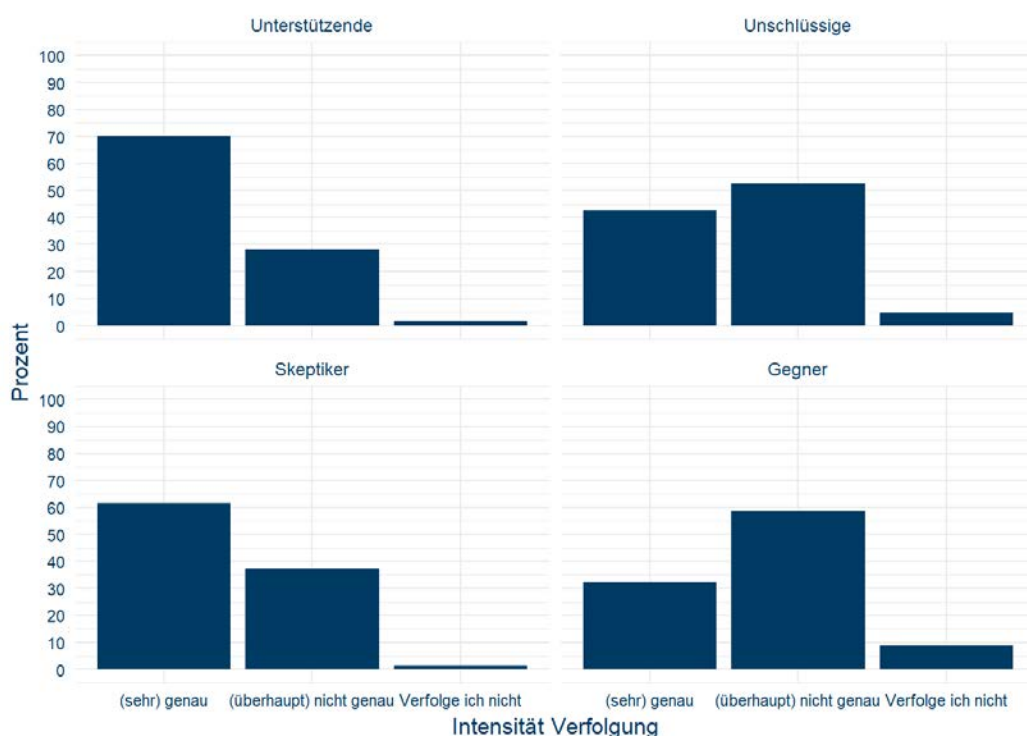
8.2 Die Mediennutzung der vier Einstellungstypen

Welche Quellen nutzen die Bürgerinnen und Bürger, um sich über Nachrichten und Zeitgeschehen zu informieren? Die Analyse zeigt, dass bei allen Einstellungstypen mindestens 70 % der Befragten Nachrichtensendungen im Fernsehen verfolgen. Es folgen Radio, Zeitungen und Nachrichtenseiten im Internet, die jeweils von mindestens etwa 50 % der Befragten genannt werden. Trotz der großen Betonung der Relevanz von sozialen Medien zeigt die Bevölkerung insgesamt ein eher traditionelles Informationsverhalten, in dem klassische Kanäle weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Einstellungstypen hinsichtlich der genutzten Quellen sind in der Regel klein. Allerdings geben Unschlüssige, die weder besonders positiv noch besonders negativ gegenüber der EZ eingestellt sind, bei allen Quellen im Vergleich zu den anderen Gruppen seltener eine Nutzung an. Auch EZ-Gegner liegen bei einigen Quellen hinsichtlich der prozentualen Nennung hinter den EZ-Skeptikern und -Unterstützenden. Insbesondere führen sie weniger persönliche Gespräche über EZ. Über klassische Kanäle wie Fernsehnachrichten und Radio sind sie jedoch ebenso gut zu erreichen wie EZ-Unterstützende.

Bei der Nutzung des Internets lassen sich keine relevanten Unterschiede zwischen den vier Einstellungstypen feststellen. Die meisten nutzen es wenig überraschend mindestens einmal täglich. Auch bei der Nutzung von Zeitungen zeigt sich ein ähnliches Muster, auch hier nutzen die meisten Befragten aller vier Typen Zeitungen täglich als Informationsquelle. Gleichwohl liegen EZ-Skeptiker und -Unterstützende erneut etwas über den Prozentwerten der beiden übrigen Einstellungstypen. EZ-Gegner geben im Vergleich zu den anderen Einstellungstypen am häufigsten an, nie Zeitung zu lesen.

⁸⁵ Siehe Abbildungen im Anhang, Abschnitt 6. Die Operationalisierungen werden im Anhang, Tabelle 32, präsentiert.

Abbildung 19 Mediale Verfolgung internationaler Entwicklung und Armut



Anmerkung: N = 5.674.

Wie intensiv verfolgen Bürgerinnen und Bürger die Themen internationale Entwicklung und Armut? Abbildung 19 zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen: Während EZ-Skeptiker und -Unterstützende mit deutlicher Mehrheit (60 % und mehr) angeben, die Thematik zu verfolgen, sind es bei den EZ-Gegnern nur etwa 30 %. In der Gruppe der Unschlüssigen ist das Verhältnis zwischen jenen, die die Thematik genau bzw. nicht genau verfolgen ausgewogener, eine Mehrheit von knapp über 50 % gibt jedoch an, das Thema nicht genau zu verfolgen.

48 % der Bürgerinnen und Bürger verfolgen das Thema internationale Entwicklung und Armut intensiv in den Medien. Bei den EZ-Gegnern sind es 32 %.

Auch die generelle Außenpolitik verfolgen EZ-Skeptiker und -Unterstützende intensiver als Unschlüssige und Gegner. Bei Letzteren gibt jedoch ebenfalls die Mehrheit an, die Thematik genau zu verfolgen. Natürliche und humanitäre Katastrophen verfolgen alle vier Einstellungstypen intensiv. Allerdings zeigen sich auch hier Unterschiede zwischen Skeptikern und Unterstützenden auf der einen und Unschlüssigen und Gegnern auf der anderen Seite: In den beiden letztgenannten Gruppen fällt der Anteil der Personen, die die Thematik nicht genau verfolgen, etwas höher aus (30 bis 40 %). Bei den Themen Klimawandel, politische Unruhen im Globalen Süden und Menschenrechte zeigt sich ein interessantes Bild: Während die Skeptiker und Unterstützenden mit deutlicher Mehrheit (über 60 %) Interesse bekunden, gibt es bei Unschlüssigen und Gegnern jeweils einen in etwa gleich großen Anteil, der angibt, das Thema in den Medien genau bzw. nicht genau zu verfolgen.

Befragte, die die Thematik globale Entwicklung und Armut zumindest sporadisch verfolgen, wurden im Anschluss gefragt, über welche konkreten Medien sie die Informationen aufnehmen.⁸⁶ Fokussiert wurde dabei auf TV, Radio und Printmedien sowie auf konventionelle (per TV-/Radiogerät bzw. als Printprodukt) und digitale Nutzung (Notebook, Smartphone). Außerdem wurde die Nutzung themenbezogener Internetangebote bzw. sozialer Medien (Facebook, YouTube etc.) erhoben. Hinzu kam die Frage, wie die Bürgerinnen und

⁸⁶ Die Bruttobeobachtungszahl reduziert sich dadurch auf 4.882. Durch Antwortverweigerung bei den Fragen zur Mediennutzung variiert die Netto-Fallzahl jeweils leicht.

Bürger die Genauigkeit der Berichterstattung einschätzen und ob in dieser eher auf positive oder negative Aspekte eingegangen wird.

Die dominierenden TV- und Radioinformationsquellen zu den Themen internationale Entwicklung und Armut sind die Nachrichtensendungen Tageschau bzw. Tagesthemen der ARD und heute bzw. heute-journal des ZDF. Die Nutzung liegt über alle vier Einstellungstypen betrachtet bei mindestens etwa 70 %. Die Unterschiede zwischen den Typen sind dabei gering. Die Nutzung der genannten Medien über das Internet liegt zwischen 10 und 20 %. Nachrichtenformate der privaten Fernsehsender (Sat1, RTL, ProSieben) werden deutlich weniger genutzt, liegen jedoch je nach Einstellungstyp und Format zwischen etwa 25 % (EZ-Skeptiker) und 60 % (Unschlüssige). EZ-Skeptiker nutzen private Fernsehnachrichten im Vergleich zu den übrigen Einstellungstypen generell etwas seltener, Unschlüssige hingegen etwas häufiger. Radionachrichten werden von allen Einstellungstypen ebenfalls häufig genutzt (ca. 55 % und mehr). Der Abruf der Sendungen über das Internet liegt hier zwischen 10 und 15 %. 24-Stunden-Nachrichtensender werden über alle vier Einstellungstypen von bis zu 50 % der Befragten erwähnt.

Printmedien haben bei der Informationsaufnahme zu internationaler Entwicklung und Armut insgesamt eine deutlich geringere Relevanz. Die häufigste Nennung über alle Einstellungstypen betrachtet erfahren Lokalzeitungen mit mindestens 50 %, gefolgt von Spiegel, Stern und Bild mit jeweils ca. 20 bis 30 %. Im Gegensatz zu TV und Radio geben 15 bis 35 % der Befragten für Printmedien häufiger eine Nutzung über das Internet an. Die Unterschiede in der Nutzung zwischen den einzelnen Typen sind oftmals gering. Mögliche stereotype Erwartungen hinsichtlich der Nutzung bestimmter Medien durch EZ-Gegner werden von den Daten somit nicht gestützt. Auffällig ist lediglich, dass EZ-Unterstützende sowie zum Teil auch EZ-Skeptiker etwas häufiger die Nutzung von Der Spiegel, Süddeutscher Zeitung, Die Zeit, taz und Die Welt bekunden.⁸⁷

Nach der Nutzung sozialer Medien wird im AAT gesondert gefragt. Bis auf EZ-Unterstützende geben von allen vier Einstellungstypen etwa 50 % oder mehr der Befragten an, über keine der genannten Quellen Informationen über internationale Entwicklung und Armut aufgenommen zu haben. Eine gewisse Relevanz haben lediglich Facebook, Google News und mit etwas Abstand YouTube. Facebook nennen über die Einstellungstypen hinweg 25 % und mehr Befragte, bei den EZ-Unterstützenden liegt die Facebook-Nutzung sogar bei rund 35 %. Letztgenannte Gruppe liegt ferner bei allen Onlinequellen hinsichtlich der prozentualen Nennung vor den übrigen Typen.

35 % der EZ-Unterstützenden sind über Facebook zu erreichen. Bei den Unschlüssigen sind es 26 %, bei den Gegnern 21 %.

8.3 Wahrnehmung der Berichterstattung über internationale Entwicklung und Armut

Die Bevölkerung nimmt die mediale Berichterstattung über internationale Entwicklung und Armut über alle Einstellungstypen betrachtet als durchschnittlich genau wahr. Prozentual betrachtet schätzen jedoch EZ-Unterstützende die Genauigkeit häufiger als hoch ein (rund 25 % der Befragten), gefolgt von den EZ-Skeptikern, unter denen beinahe 15 % der Befragten die Genauigkeit als hoch empfinden. Unter den EZ-Gegnern schätzen 20 % die Genauigkeit niedrig ein, während dies bei den übrigen Typen in der Regel auf weniger als 10 % zutrifft. Interessant ist darüber hinaus, dass der Anteil der „Weiß nicht“-Antworten bei den Unschlüssigen und EZ-Gegnern höher ausfällt als bei den zwei übrigen Einstellungstypen – sie trauen sich also kein Urteil zu. Dies deutet auf größere Unsicherheit in der Beurteilung der medialen Berichterstattung hin.

Die inhaltliche Fokussierung medialer Berichterstattung stuft eine Mehrheit der Befragten über alle Einstellungstypen betrachtet als neutral ein. Lediglich bei den EZ-Gegnern liegt der Anteil knapp unter der Hälfte. Auffällig ist, dass etwa 25 % der EZ-Gegner angeben, dass die Berichterstattung zu sehr auf negative Aspekte fokussiere, obgleich sie selbst EZ negativ betrachten. Es kann an dieser Stelle nur gemutmaßt werden,

⁸⁷ Zudem wurde im AAT separat nach der Nutzung von Online-Nachrichtenportalen gefragt (z. B. Spiegel Online, Bild oder Focus-Online). Die Daten werden an dieser Stelle nicht präsentiert, da unklar ist, ob die Befragten bei der Beantwortung der vorherigen Frage nach der Online-Nutzung von Printmedien zwischen digitalisierten Printausgaben und separaten Onlineangeboten der Printmedien unterschieden haben. Interessierte Leserinnen und Leser finden eine grafische Darstellung im Anhang, Abbildung 16 und Abbildung 17.

ob die negative Berichterstattung das negative Bild der EZ begünstigt. Auch bei dieser Frage fällt abschließend auf, dass Unschlüssige und EZ-Gegner etwas häufiger auf die „Weiß nicht“-Kategorie ausweichen.

8.4 Mögliche Implikationen für die Kommunikations- und Bildungsarbeit

Für die Akteure der EZ und Entwicklungspolitik scheint eine differenzierte Ansprache der vier Einstellungstypen geboten. Für Skeptiker könnte die Wirksamkeit der EZ in den Vordergrund gerückt werden, während es bei EZ-Gegnern möglicherweise an Problembewusstsein fehlt. Letztere könnten schlichtweg die globalen Herausforderungen unterschätzen. Unschlüssige könnten sowohl über Wirksamkeit als auch über Problembewusstsein adressiert werden. Die Befunde der Mediennutzungsanalyse bieten mögliche Ansatzpunkte, über welche Kanäle die einzelnen Einstellungstypen erreichbar sind. Sie können sehr gut mit den alljährlich veröffentlichten Mediennutzungsstudien verknüpft und abgeglichen werden (z. B. Angebote der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse e.V.), um präzisere Ansatzpunkte für die Kommunikations- und Bildungsarbeit zu ermitteln.⁸⁸ Diese Studien bieten detaillierte Informationen, welche Bevölkerungsgruppen welche Medien in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt nutzen.

Für die Akteure in der Entwicklungspolitik und EZ könnte es sich ausgehend von den empirischen Befunden besonders lohnen, stärker in die Kommunikation über soziale Medien zu investieren. Gemeint ist an dieser Stelle nicht nur die Erstellung entsprechender Profile, sondern vor allem eine gezielte Ansprache verschiedener Zielgruppen und dabei insbesondere jüngerer Menschen, die seltener Printmedien und TV nutzen. Gleichwohl sollte in Anbetracht jüngerer Debatten über die gezielte Verbreitung von Fehlinformationen in Wahlkampagnen dabei maßvoll vorgegangen werden. Eine Beeinflussung durch die überzogene Kommunikation von Erfolgen der EZ scheint ebenso wie Appelle an eine moralische Verpflichtung mittels stereotyper Bilder problematisch (vgl. dazu Chouliaraki, 2010), obgleich letztere beispielsweise kurzfristig Spenden mobilisieren können (Burt und Strongman, 2005). Für die Ausgestaltung geeigneter Strategien und Kampagnen können staatliche und nichtstaatliche Institutionen bzw. Akteure diverse Quellen und Netzwerke konsultieren (z. B. OECD DevCom, 2014).⁸⁹ In diesem Zusammenhang könnte auch die Evaluierung der Entwicklungspolitik und EZ eine wichtige Rolle übernehmen, die hierfür zukünftig öffentlichkeitswirksamer kommuniziert werden müsste.

⁸⁸ Siehe www.agma-mm.de.

⁸⁹ Zu nennen sind u. a. auch folgende Webseiten: www.devcommlab.org und www.oecd.org/development/pgd/devcom.htm.

9. DIE WIRKUNG DES FLÜCHTLINGSZUZUGS SEIT 2015 AUF DIE UNTER- STÜTZUNG DER EZ

Zentrale Ergebnisse

Im Zuge der erhöhten Ankunftszahlen Geflüchteter im Jahr 2015 haben sich die Einstellungen verändert.

- Nach dem Höhepunkt der Ankünfte von Geflüchteten im September 2015 sieht die Bevölkerung **Zuwanderung zunehmend als Herausforderung**; die Einstellung gegenüber Geflüchteten wird geringfügig negativer.
- Nach September 2015 stößt **EZ auf eine größere Zustimmung in der Bevölkerung**.
- Vor September 2015 gehen individuelle Veränderungen der Wahrnehmung von Zuwanderung als Herausforderung sowie eine Verschiebung der politischen Orientierung nach rechts mit geringfügig stärkerer Unterstützung der EZ einher. In den Erhebungen nach September 2015 schwächen sich diese Effekte ab.
- Je positiver die Einstellung zu Geflüchteten, desto stärker ausgeprägt ist die Unterstützung der EZ.

9.1 Der Zuzug von Geflüchteten seit 2015 und seine politischen Konsequenzen

Die Migrations- und Fluchtbewegungen seit 2015 gehören zweifelsohne zu den wichtigsten politischen Ereignissen in Deutschland und Europa der letzten Jahre. 2015 stellten rund 477.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag, 2016 rund 745.000 (BAMF, 2017). Insbesondere die Bereitschaft der Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die Grenzen für geflüchtete Menschen zu öffnen, wurde gesellschaftlich und politisch sehr kontrovers diskutiert (Wiesendahl, 2016). Während die einen es als humanitäre Verpflichtung sehen, dass Deutschland als wohlhabender und sicherer Staat geflüchteten Menschen Schutz bietet, sehen andere insbesondere in der Zuwanderung von Menschen islamischen Glaubens – durch einen vermuteten Zusammenhang zum Terrorismus – eine Gefahr für Deutschland. Hinzu kommen Konflikte über die Verwendung staatlicher Mittel, weil Ausgaben für Geflüchtete negative Konsequenzen für sozial schwächere Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben könnten. Innenpolitische Konsequenzen, für die ein Zusammenhang mit den hohen Zuwanderungszahlen naheliegt, waren etwa Wahlerfolge der rechtspopulistischen AfD⁹⁰, die Verschärfung der Asylgesetzgebung und Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte (Crage, 2016; Jäckle und König, 2017). Zugleich hat die Flüchtlingskrise, wie die Ereignisse in Öffentlichkeit und Medien bezeichnet wurden, möglicherweise auch eine intensivere Diskussion über Deutschland als Einwanderungsland sowie über die Chancen und Risiken von Zuwanderung angeregt. Davon unabhängig stellt die hohe Zahl der Geflüchteten die öffentliche Verwaltung vor große administrative Herausforderungen (Bogumil et al., 2016).

So suchten viele politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger nach Wegen, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Zuwanderung im Vergleich zum Rekordjahr 2015 zu reduzieren. 2015 – so das Credo – dürfe sich nicht wiederholen. In diesem Zusammenhang wird neben kurzfristigen Maßnahmen wie beispielsweise Abkommen mit Transitländern die mittel- und langfristige Bedeutung der EZ betont (BMZ, 2016b). Dies zeigt sich nicht zuletzt im steigenden Etat des BMZ. Das Budget stieg von rund 6,5 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 7,4 Milliarden Euro im Jahr 2016 und lag im Jahr 2017 bei rund 8,5 Milliarden Euro (BMZ, 2017a). Im politischen Diskurs wird EZ explizit als Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung charakterisiert. Dies soll insbesondere dadurch geschehen, dass sie bessere Lebens- und Aufenthaltsbedingungen in den Herkunftsländern, Anrainerstaaten und Transitländern schafft und so die Anreize für eine Migration nach Europa senkt (vgl. Kapitel 3.2.3).

⁹⁰ Während die Partei in ihrer Gründungsphase als euroskeptisch bzw. nationalliberal klassifiziert wurde, rückte sie nach der Übernahme der Parteiführung durch Frauke Petry im Juli 2015 nach rechts. Politikwissenschaftlich wird die Partei aufgrund ihrer Politikziele und öffentlichen Rhetorik mittlerweile zu den rechtspopulistischen Parteien gezählt (z. B. Lewandowsky, 2017). Diese Parteien gehen vereinfacht dargestellt von einem homogenen „Volk“ aus und vertreten gesellschaftspolitisch oftmals konservative Ansichten zu Familie, Partnerschaft, Geschlechtergleichstellung und Kultur, autoritäre Meinungen hinsichtlich Sicherheit und Kriminalität sowie immigrationskritische bis -feindliche Positionen insbesondere im Hinblick auf den Islam. Sie zeichnen sich durch eine Rhetorik aus, die das „Volk“ gegen das „verkommene“ politische Establishment abgrenzt. Eine guten Überblick über diese Parteien bietet u. a. Mudde (2007).

In welchem Zusammenhang steht die Unterstützung für EZ mit der Wahrnehmung der nach Deutschland kommenden Menschen? Wächst die Unterstützung, bleibt sie gleich oder lässt sie nach? Wie entwickelt sich die Unterstützung der EZ in den verschiedenen politischen Lagern? Es sei hier darauf hingewiesen, dass die allgemeine Unterstützung der EZ im Fokus steht und nicht die Zustimmung der Bevölkerung zum in Kapitel 3.2.3 untersuchten Motiv der Fluchtursachenbekämpfung. Der AAT bietet zur Beantwortung dieser Fragen aufgrund der längsschnittlichen Befragung derselben Personen in mehreren Wellen eine hervorragende Datenbasis, da Veränderungen auf individueller Ebene nachverfolgt werden können.

Theoretisch lässt sich der Einfluss des Flüchtlingszuzugs wie folgt skizzieren: Er fand medial sowohl in konventionellen Medien (Qualitäts- und Boulevardpresse, TV und Radio) als auch in alternativen (Online-)Medienkanälen weite Beachtung (Berry et al., 2015). Die Berichterstattung lenkte die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit sowohl auf die Herkunftsländer der Geflüchteten als auch auf mögliche Lösungsansätze (Georgiou und Zaborowski, 2017, S. 11). In diesem Zusammenhang erfuhren auch Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit größere öffentliche Aufmerksamkeit, da sie von Politikerinnen und Politikern als eine mögliche Lösung der fluchtbezogenen Herausforderungen charakterisiert wurden. Dies führt zu zwei Hypothesen, die im Folgenden überprüft werden:

- **Hypothese H1:** Die „Krise“ bzw. das dargestellte Narrativ zu ihren Ursachen und zur Bekämpfung der Fluchtursachen könnte die Unterstützung für EZ im Zeitverlauf erhöht haben. Der sozialpsychologische Erklärungsmechanismus liegt dabei in sich verändernden Wahrnehmungen von Zuwanderung bzw. Geflüchteten bzw. in einer erhöhten Aufmerksamkeit für die Lage in den Herkunftsländern.
- **Hypothese H2:** Unterschiede zwischen verschiedenen politischen Lagern könnten abgenommen haben, denn selbst Bürgerinnen und Bürger, die sich im politischen Spektrum eher rechts verorten und zuwanderungskritische Positionen vertreten, könnten EZ vor dem Hintergrund des erhöhten Zuzugs von Geflüchteten als wirksames Mittel zur Realisierung ihrer u.a. durch geringere Zuwanderung gekennzeichneten Gesellschaftsentwürfe wahrnehmen. Andererseits ist auch das Gegenteil möglich – sinkende Unterstützung aufgrund von Ernüchterung über die Erfolge staatlicher EZ. In beiden Fällen wäre jedoch der allgemeine Einflussfaktor „politische Orientierung“ sowie die Veränderung dieses Faktors im Zeitverlauf der erklärende Mechanismus.

9.2 Einstellungen zu Geflüchteten und Zuwanderung

Die Analyse entlang der skizzierten Vermutungen erfolgt in zwei Teilen. Zunächst muss direkt untersucht werden, wie die Bevölkerung die Geflüchteten wahrnimmt. Dazu wird das Zeitfenster von November/Dezember 2015 bis Juli 2017 betrachtet. Die Fragen zu Geflüchteten sind in den vorausgehenden Erhebungswellen vor September 2015 nicht enthalten, so dass die Wahrnehmung vor dem Höhepunkt der Flüchtlingszuwanderung im Rahmen der Studie nicht untersucht werden kann. Lediglich die Wahrnehmung von Zuwanderung als Herausforderung im negativen Sinne ist über alle Erhebungswellen seit Ende 2013 verfügbar. Obgleich Zuwanderung und Flucht keinesfalls gleichzusetzen sind, werden diese Begriffe in der öffentlichen Debatte häufig wenig differenziert. Deshalb dient dieser Indikator für eine Analyse des gesamten Zeitraums seit 2013, so dass ein Vorher-Nachher-Vergleich um den Höhepunkt der Zuwanderung im September 2015 möglich wird.⁹¹

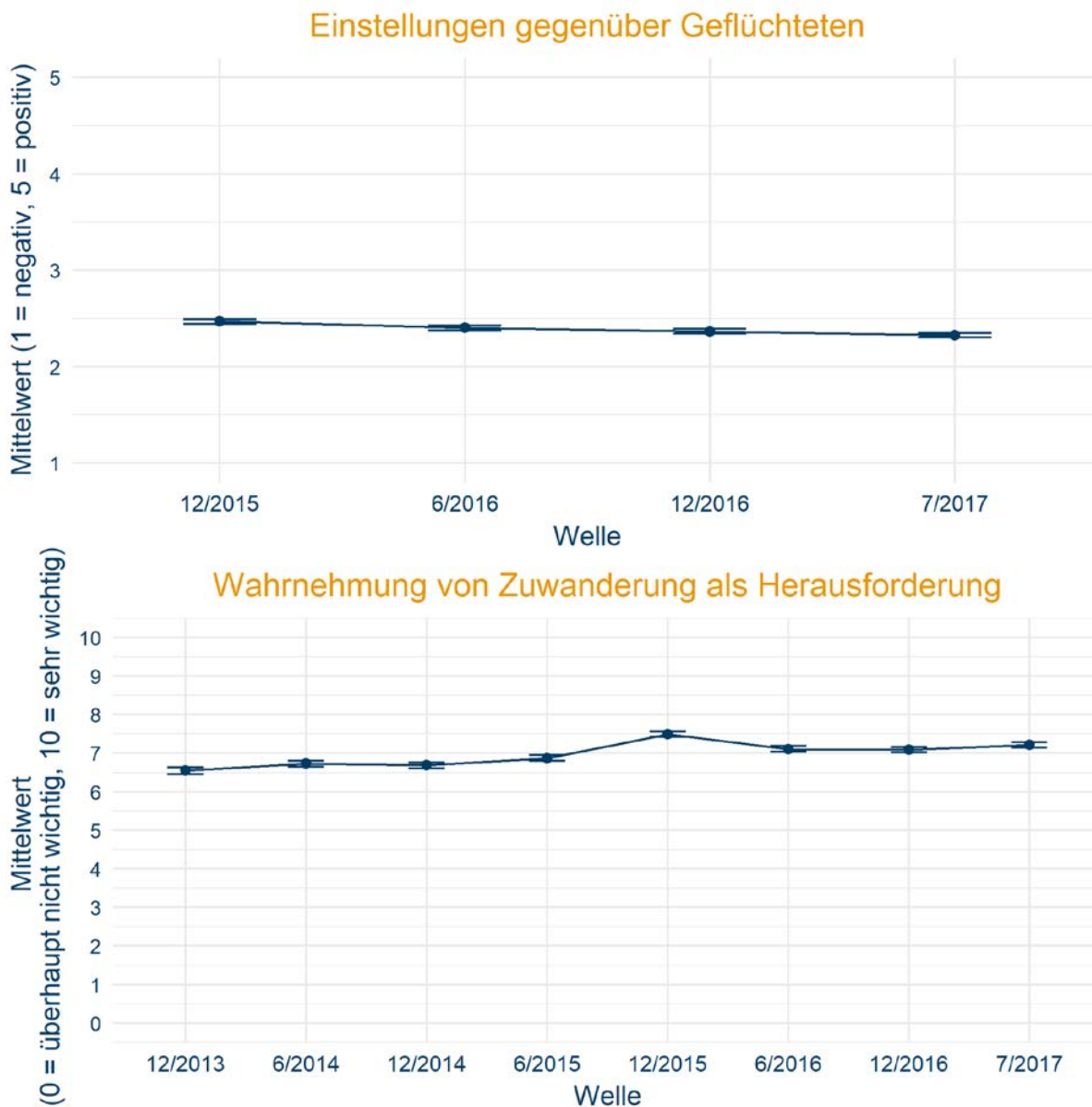
Die Einstellung gegenüber Geflüchteten liegt kurz nach dem Höhepunkt der Zuwanderung (September 2015) in der AAT-Welle im Dezember 2015 bei einem Indexmittelwert von rund 2,5 (Skala 1 bis 5, vgl. Abbildung 20 oben).⁹² Dieser Wert liegt recht deutlich unter der Skalenmitte. Das heißt, die Einstellungen gegenüber Geflüchteten sind insgesamt in der Tendenz negativ. In den darauffolgenden drei Erhebungswellen ab

⁹¹ Ob die Bevölkerung verschiedene Formen von Zuwanderung (Flucht, Arbeitsmigration, Zuzug von Aussiedlern usw.) differenziert wahrnimmt, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden.

⁹² Zur Einstellungsmessung wird ein Index aus drei positiv und drei negativ konnotierten Fragen verwendet. Details zum Wortlaut und zur Berechnung finden sich im Anhang, Abschnitt 7.

Juni 2016 sinkt der Mittelwert über alle Befragten der jeweiligen Welle kontinuierlich leicht ab. Zu bedenken sind in diesem Zusammenhang die Ereignisse der Silvesternacht 2015 in Köln⁹³ sowie von Geflüchteten begangene Straftaten, die den medialen bzw. politischen Diskurs überproportional prägten und sicherlich die öffentliche Meinung beeinflussten (siehe dazu z. B. Dziuba-Kaiser und Rott, 2016).

Abbildung 20 Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Wahrnehmung von Zuwanderung als Herausforderung



Die Antworten auf die Frage nach der allgemeinen Wahrnehmung der Zuwanderung als Herausforderung für Deutschland spiegeln diesen Befund wider. In der ersten AAT-Welle im Dezember 2013 lag der Mittelwert bei etwa 6,5 (Skala 0 bis 10, vgl. Abbildung 20 unten). Die Bürgerinnen und Bürger sehen das Thema als wichtige Herausforderung an – allerdings im negativen Sinne. In den folgenden Erhebungen steigt der

⁹³ In der Silvesternacht 2015 kam es vor dem Kölner Dom zu gewalttätigen bzw. sexuellen Angriffen auf Frauen durch junge Männer, denen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes eine Herkunft aus dem arabischen bzw. nordafrikanischen Raum sowie das Attribut „Geflüchtete“ zugeschrieben wurde. Die Identifizierung der Täter gestaltete sich schwierig, weshalb keine verlässlichen Aussagen über deren Herkunft möglich sind. In der öffentlichen Debatte wurden im Anschluss an die Ereignisse Geflüchtete jedoch zum Teil unter Generalverdacht gestellt bzw. rassistisch angegriffen.

Mittelwert stetig, wenn auch nur leicht an. In der Befragung kurz nach dem Höhepunkt der Ankunftsahlen Geflüchteter beträgt der Mittelwert circa 7,5. Danach sinkt der Wert zwar wieder, jedoch nicht auf das im Winter 2013 gemessene Ausgangsniveau. Es bleibt festzuhalten, dass sich in den vergangenen Jahren die öffentliche Meinung gegenüber Zuwanderung und Geflüchteten verschoben hat. Eine Auswirkung der hohen Zuwanderungszahlen scheint dabei plausibel, auch da sich die Ergebnisse in Teilen mit Befunden aus Studien, die die Wirkung vergleichbarer politischer Großereignisse (insbesondere Terroranschläge, aber auch Wirtschaftskrisen) auf Einstellungen z. B. zu Zuwanderung und europäischer Integration untersuchen (z. B. Braun und Tausendpfund, 2014; Legewie, 2013; Schüller, 2016), decken. Die weitere Entwicklung dieser Einstellungen sollte jedoch beobachtet werden. Schließlich könnte das Thema mit nachlassender Berichterstattung an Relevanz verlieren und die Einstellungen könnten sich entsprechend verändern.

9.3 Die Unterstützung der EZ im Verlauf des Zuzugs von Geflüchteten seit 2015

In welchem Zusammenhang steht die sich verändernde Wahrnehmung von Geflüchteten und Zuwanderung mit der Unterstützung für die EZ? Verändert sich im Zeitverlauf die Unterstützung in unterschiedlichen politischen Lagern? Erneut zu betonen ist, dass es im Folgenden um die allgemeine Unterstützung der EZ geht, nicht jedoch um die Zustimmung der Bevölkerung zum EZ-Motiv Fluchtursachenbekämpfung (siehe dazu Kapitel 3.2.3). Aus statistischer Perspektive bedeutet dies, dass sowohl allgemeinere Unterschiede zwischen den Befragten als auch Veränderungen der Befragten über die Erhebungszeitpunkte des AAT hinweg – also situations- bzw. zeitpunktbezogene Merkmale – analysiert werden.⁹⁴ Dazu wird zunächst der gesamte Erhebungszeitraum des AAT von 2013 bis 2017 sowie die im unteren Panel in Abbildung 20 abgetragene Frage zur Wahrnehmung von Zuwanderung genutzt, so dass der Zeitraum vor und nach der dem Zuzug besonders vieler Geflüchteter analysiert werden kann.

Die Befunde der Längsschnittanalyse dokumentieren zunächst eine indirekte Unterstützung für das derzeit dominierende entwicklungspolitische Motiv der Fluchtursachenbekämpfung: In den AAT-Wellen nach dem Höhepunkt der Flüchtlingszuwanderung im September 2015 fällt die allgemeine Unterstützung der EZ unter Kontrolle einer Reihe von soziodemografischen und politischen Merkmalen höher aus als zuvor, wie der positive Koeffizient „Zeitraum nach September 2015“ in der obersten Zeile in Abbildung 21 zeigt. Offensichtlich spielt auch die Wahrnehmung von Zuwanderung dabei eine wichtige Rolle. Je eher Zuwanderung im Durchschnitt über alle Erhebungswellen von einer Person als gesellschaftliche Herausforderung gesehen wird, desto geringer ist zunächst die durchschnittliche Unterstützung für die EZ (Koeffizient „Wahrnehmung Zuwanderung Mittelwert“). Wird jedoch zu einem Befragungszeitpunkt Zuwanderung stärker als Herausforderung gesehen, steigt auch die Unterstützung für die EZ leicht an, wie der Koeffizient „Wahrnehmung Zuwanderung“ in der untersten Zeile von Abbildung 21 zeigt. Dies legt die Interpretation nahe, dass EZ als mögliche (Teil-)Lösung der Herausforderung durch Zuwanderung betrachtet wird und spricht für die oben aufgestellte Hypothese H1.

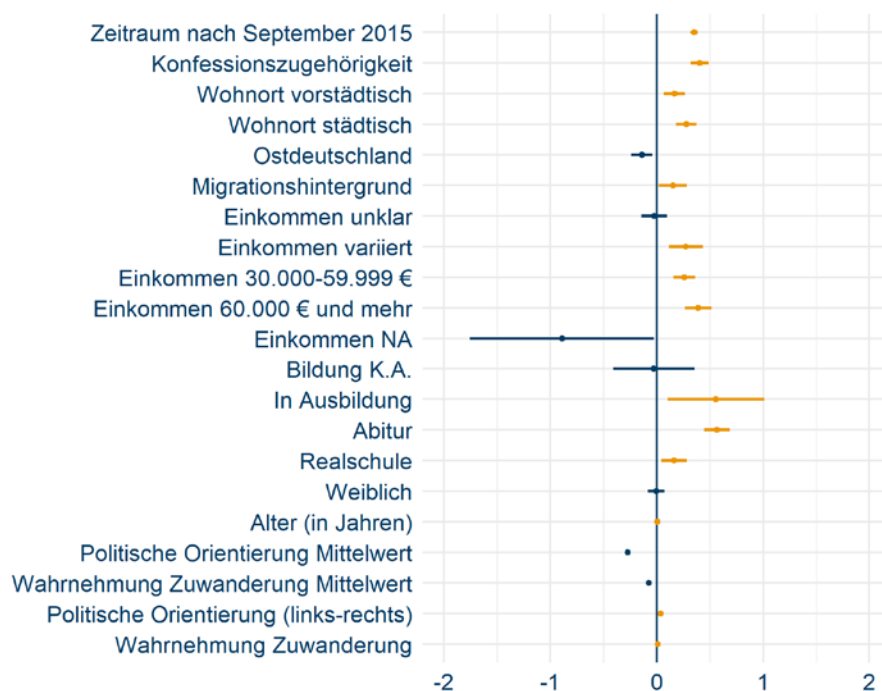
Ähnlich fallen die Zusammenhänge für die politische Orientierung aus. Es zeigen sich zwischen den Befragten die bekannten Unterschiede zwischen linker und rechter Orientierung: Je weiter rechts sich eine Person über alle Erhebungswellen durchschnittlich positioniert, desto geringer ist ihre Unterstützung der EZ (Koeffizient „Politische Orientierung Mittelwert“ in Abbildung 21). Dies deckt sich mit den Befunden aus Kapitel 3, wonach mit einer rechteren politischen Selbstpositionierung oftmals skeptischere Einstellungen gegenüber der EZ einhergehen. Es zeigt sich jedoch, dass Befragte, die zu einem Befragungszeitpunkt im Vergleich zu ihrer durchschnittlichen politischen Orientierung nach rechts rücken, die EZ signifikant (wenn auch in absoluten Größen nur leicht ausgeprägt) stärker unterstützen als zuvor (Koeffizient „Politische Orientie-

⁹⁴ Zur Anwendung kommt dabei ein hybrides Schätzverfahren, das in der Literatur als Random Effects-Modell mit Integration von Kontextvariablen bezeichnet wird (z. B. Bell und Jones, 2015; Giesselmann und Windzio, 2012, S. 102–105). Weitere Details zur Methodik befinden sich im Anhang, Abschnitt 7.1.

rung“). Auch dies spricht zunächst für die aufgestellte Hypothese H2, dass üblicherweise EZ-skeptische Bürgerinnen und Bürger, die sich im Zeitverlauf konservativer bzw. rechter verorten, EZ stärker in Folge der Flüchtlingskrise unterstützen.

Beide Befunde scheinen mit den derzeitigen Bemühungen der Entwicklungspolitik zu korrespondieren: Selbst sogenannte besorgte Bürgerinnen und Bürger⁹⁵ bewerten die EZ in den letzten Jahren positiver; die Befürwortung der EZ stieg nach dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise sogar an. Zu prüfen ist allerdings, ob der positive Zusammenhang von individuellen Veränderungen in der Wahrnehmung von Zuwanderung und von Verschiebungen der politischen Orientierung auf der etablierten Links-Rechts-Skala mit der Unterstützung der EZ vor und nach September 2015 gleich ausfällt.⁹⁶

Abbildung 21 Längsschnittanalyse der Unterstützung von EZ (2013-2017)



Anmerkung: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$. Unstandardisierte Koeffizienten mit 95 %-Konfidenzintervallen. „Wahrnehmung Zuwanderung“ und „Politische Orientierung“ variieren über die Zeit. Ihre Koeffizienten erfassen die Wirkung von Veränderungen im Zeitverlauf („Within“-Effekte). Alle übrigen Variablen sind für eine befragte Person über die Erhebungswellen Person konstant. Sowohl zeitkonstante Merkmale als auch die Mittelwerte bilden generelle Unterschiede zwischen Befragten ab („Between“-Effekte).⁹⁷

⁹⁵ Dieser Begriff kam im Zuge der Proteste gegen Zuwanderung und Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015 auf. Er beschreibt beschönigend Bürgerinnen und Bürger, die sich bezüglich Immigration Sorgen machen, dabei aber zum Teil die Grenzen zu Rechtsextremismus bzw. Rassismus überschreiten.

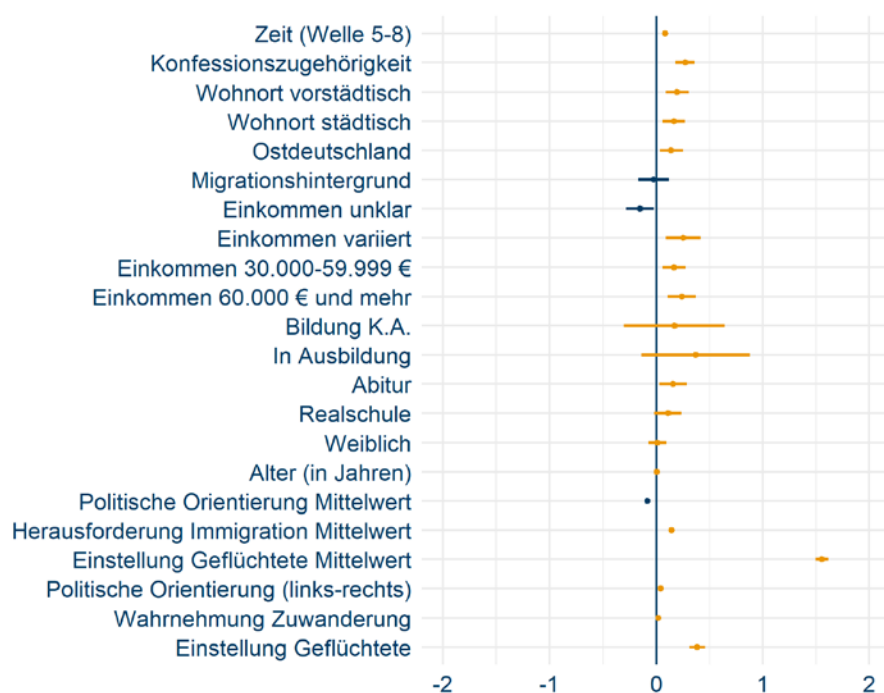
⁹⁶ Hinzu kommen Unterschiede zwischen Individuen, die in der Forschung mit Querschnittsdaten hinreichend beschrieben sind (u.a. Bildung und Einkommen). Da in Kapitel 3 bereits auf diese Unterschiede eingegangen wurde, werden sie an dieser Stelle nicht erneut diskutiert.

⁹⁷ Das Alter muss ebenfalls als zeitkonstant angenommen werden, da im AAT-Datensatz lediglich einmal das Alter vorhanden ist, wobei unklar ist, ob dies bei der erstmaligen Befragung vermerkt wurde oder eine Aktualisierung in einer Folgeerhebung durchgeführt wurde. Für das Einkommen wird der Modus über alle Erhebungswellen verwendet. Die Regressionsmodelle sind in Tabelle 34 im Anhang dargestellt.

Eine Analyse des Zusammenspiels der zentralen Merkmale „Wahrnehmung Zuwanderung“ bzw. „Politische Orientierung“ und dem Höhepunkt der Zuwanderung ergibt einen interessanten Befund: Der zuvor positive, wenn auch nicht sehr große Einfluss der Veränderung in der Wahrnehmung von Zuwanderung auf die Unterstützung der EZ verschwindet in den Erhebungen nach September 2015.⁹⁸ Für die politische Orientierung lässt sich im Gegensatz dazu zwar keine signifikante Veränderung in den Erhebungswellen nach September 2015 feststellen, gleichwohl deutet die Analyse darauf hin, dass der signifikant positive, wenn auch kleine Effekt einer Veränderung der politischen Orientierung auf die EZ-Unterstützung schwindet. In der Gesamtschau weisen diese Resultate – vorsichtig interpretiert – darauf hin, dass die hohen Zuwanderungszahlen den vormals positiven Effekt von steigender Wahrnehmung der Zuwanderung als Herausforderung bzw. einer konservativer werdenden politischen Orientierung auf die Unterstützung der EZ aufhebt. Die oben aufgestellte Hypothese, dass nach September 2015 üblicherweise eher EZ-skeptische Bevölkerungssegmente EZ stärker befürworten, stützen diese Daten demnach nicht.⁹⁹

Kritisch einzuwenden ist an dieser Stelle, dass die bisher berücksichtigte Wahrnehmung von Zuwanderung als problematische Herausforderung nichts über den Zusammenhang zwischen der Einstellung zu Geflüchteten und der Unterstützung der EZ sagt. Daher wurde für den Zeitraum von Ende 2015 bis Sommer 2017 (AAT-Wellen 5–8) eine identische Analyse unter Kontrolle der Einstellung zu Geflüchteten sowie der übrigen soziodemografischen und politischen Merkmale durchgeführt.

Abbildung 22 Längsschnittanalyse der Unterstützung von EZ (ab November 2015)



Anmerkung: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$. Unstandardisierte Koeffizienten mit 95 %-Konfidenzintervallen. „Einstellung Geflüchtete“, „Wahrnehmung Zuwanderung“ und „Politische Orientierung“ variieren über die Zeit. Ihre Koeffizienten erfassen die Wirkung von Veränderungen im Zeitverlauf („Within“-Effekte). Alle übrigen Variablen sind für eine Person über die Erhebungswellen konstant. Sowohl zeitkonstante Merkmale als auch die Mittelwerte bilden generelle Unterschiede zwischen Befragten ab („Between“-Effekte).¹⁰⁰

⁹⁸ Statistisch bedeutet dies, dass Interaktionen zwischen den Merkmalen „Wahrnehmung Zuwanderung“ bzw. „politische Orientierung“ und einer Dummyvariable „Zeitraum nach September 2015“ berechnet werden.

⁹⁹ Da nicht auszuschließen ist, dass zeitgleiche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ereignisse und Entwicklungen die Einstellungen beeinflusst haben, ist bei Kausalaussagen an dieser Stelle Vorsicht geboten.

¹⁰⁰ Die Regressionsmodelle sind in Tabelle 35 im Anhang dargestellt.

Ein Blick auf Abbildung 22 zeigt, dass die Wahrnehmung der Geflüchteten mit der Unterstützung staatlicher EZ zusammenhängt. Einerseits befürworteten die Befragten, die über die vier AAT-Erhebungswellen seit November 2015 durchschnittlich Geflüchtete positiver wahrnehmen, im Schnitt auch signifikant stärker die EZ, wie der positive Koeffizient in der Zeile „Einstellung Geflüchtete Mittelwert“ in Abbildung 22 zeigt. Andererseits geht eine Abweichung von der durchschnittlichen Einstellung zu Geflüchteten einer befragten Person (also eine über die Zeit positivere Einstellung, wie der positive Koeffizient „Einstellung Geflüchtete“ in der untersten Zeile zeigt) mit einer deutlich stärkeren Unterstützung der EZ einher. Anders formuliert: Das Motto Refugees Welcome und die Unterstützung staatlichen EZ-Engagements gehen Hand in Hand.

Für die Akteure in Entwicklungspolitik und EZ resultiert aus dieser Analyse ein gemischtes Bild. Zum einen stieg die allgemeine Unterstützung der EZ in der Bevölkerung nach dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung im September 2015 an. Zum anderen konnten sich bis zu diesem Wendepunkt anscheinend auch Menschen, die im Zeitverlauf Zuwanderung stärker als Herausforderung im negativen Sinn empfunden oder sich selbst politisch weiter rechts positioniert hatten, zunehmend EZ befürworten. Nach dem Höhepunkt setzte jedoch Ernüchterung ein – der positive Effekt einer stärkeren Einschätzung von Zuwanderung als gesellschaftliche Herausforderung verschwand, der Effekt von Veränderungen in der eigenen politischen Orientierung wurde abgeschwächt. Dieser Ernüchterung zu begegnen stellt eine Herausforderung für die in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit tätigen Akteure dar.

10. IMPLIKATIONEN FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK UND -ZUSAMMENARBEIT

Die Erkenntnisse dieser Studie können dazu beitragen, die strategische Ausrichtung der EZ und Entwicklungspolitik zu reflektieren und Hinweise für die praktische Kommunikations- oder entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu geben. Einige wesentliche Ergebnisse und daraus abgeleitete mögliche Implikationen werden im Folgenden zusammengefasst:

1. **Die Unterstützung der Bevölkerung für die EZ ist hoch – 40 % Prozent der deutschen Bevölkerung stehen sogar einer Steigerung des Engagements in der Armutsbekämpfung positiv gegenüber.** Die entwicklungspolitischen Akteure in Deutschland bewegen sich somit in einem Umfeld, das staatliches Engagement in der EZ grundsätzlich befürwortet. Im Gegensatz zu anderen wichtigen Gebern wie Großbritannien, den USA oder Dänemark gibt es in Deutschland bisher nur vergleichsweise schwache und disparate politische Kräfte und Medien, die der EZ dezidiert negativ gegenüberstehen und die diesbezüglichen staatlichen Ausgaben reduzieren möchten.

Implikation: Die entwicklungspolitischen Akteure in Deutschland haben die im internationalen Vergleich nicht selbstverständliche Chance, nicht in erster Linie über das *Ob* der Entwicklungszusammenarbeit diskutieren zu müssen, sondern über das *Wie* der Zusammenarbeit sprechen zu können. Diese Chance gilt es im Rahmen der Kommunikation und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu nutzen. Gelingt es jetzt, einen aufgeklärten Diskurs über entwicklungspolitische Themen zu führen, der mit Blick auf die EZ beispielsweise Erfolge und Misserfolge (und was daraus gelernt wurde) sowie Chancen und Risiken rational diskutiert, ist dies absehbar die beste Basis für zukünftige möglicherweise kontroversere Diskurse. Unverzichtbar ist daneben, die öffentliche Meinung zu beobachten und zu verstehen – über Bürgersprechstunden, Beteiligungsverfahren (wie z. B. im Rahmen der Zukunftscharta), die Analyse sozialer Medien und über die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit EZ-Einstellungen. Diese Mechanismen tragen zu einer Listening Architecture (OECD DevCom, 2016) bei, einem Feedback-Loop, der für eine dauerhaft bürgernahe Politik unerlässlich ist.

2. **Wichtige Einflussfaktoren auf die Einstellungen zur EZ sind ein Gefühl der moralischen Verpflichtung, politische Orientierung und eine positive Einschätzung der Wirksamkeit von EZ.** In welchem Zusammenhang diese Einflussfaktoren stehen und inwieweit kausale Schlüsse gezogen werden können, bleibt offen.

Implikation: Die Forschung und Praxis benötigen ein valides Modell EZ-bezogener Einstellungen sowie auch weiterhin verlässliche empirische Daten. Ein besonderer Fokus sollte künftig auf die Entwicklung eines theoretisch fundierten Modells EZ-bezogener Einstellungen gelegt werden, das soziologische, psychologische und politikwissenschaftliche Zugänge verknüpft. Wie entstehen EZ-bezogene Einstellungen? Zu denken ist an Sozialisationserfahrungen, die Rolle langfristiger Dispositionen wie Wertorientierungen, Persönlichkeit und politische Orientierung und Informationsverhalten. Wie differenzieren und verändern sich die Einstellungen und welche Konsequenzen haben sie für das Handeln der Bürgerinnen und Bürger? Ein solches Modell kann einerseits zu einem besseren Verständnis der Bevölkerung beitragen, also den Feedback-Loop zwischen Bevölkerung und Entscheidungsträgern stärken. Andererseits schafft es verlässlicheres Orientierungs- und Trendwissen, das anschließend für die Ausrichtung der Entwicklungspolitik und EZ sowie für die Bildungs- und Kommunikationsarbeit aufgegriffen werden kann. Praktisch empfiehlt sich eine Fortschreibung des AAT, um Veränderungen auf Individualebene im Längsschnitt auch weiterhin verfolgen zu können. Die ländervergleichende Anlage des AAT bietet zudem eine hervorragende Basis, um die Auswirkungen kultureller und institutioneller Ländermerkmale auf Einstellungen, Wissen und Engagement in Zukunft detaillierter zu untersuchen. Eine Ausweitung auf weitere Länder – z. B. auf Skandinavien oder neue Geber – wäre ebenfalls zu begrüßen, insbesondere um die Auswirkungen einer unterschiedlichen Gestaltung des Sozialstaats auf EZ-bezogene Einstellungen zu prüfen (Noël und Thérien, 1995). Die Formulierung einiger Fragen im AAT ist in diesem Zusammenhang eine Herausforderung, die künftig größere Aufmerksamkeit erfahren muss.

3. **Sowohl das Wissen über den Umfang der EZ als auch über positive Veränderungen hinsichtlich globaler Herausforderungen ist in der Bevölkerung gering ausgeprägt.** Weniger als 20 % der Bevölkerung schätzen den Anteil der ODA-Mittel am Bundeshaushalt ungefähr korrekt ein, weniger als 5 % wissen von der Halbierung der absoluten Armut in den letzten 30 Jahren.

Implikation: Dieser Befund deutet darauf hin, dass die positiven Einstellungen zur EZ nicht auf Wissen bzw. eigenen Erfahrungen basieren. Neben Anstrengungen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit gilt es deshalb, solches Wissen bestmöglich im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln. Interessant ist dabei, dass in Deutschland bisher bekannte Persönlichkeiten im Bereich der EZ-Praxis und Entwicklungsforschung fehlen, die über ein ähnliches Maß an Popularität verfügen wie die – zum Teil umstrittenen – Erklärerinnen und Erklärer anderer Bereiche wie für die Philosophie etwa Peter Sloterdijk, für die Klimaforschung Mojib Latif, für die Astronomie Harald Lesch oder für die Medizin Dietrich Grönemeyer.

4. **Die Bürgerinnen und Bürger schreiben der EZ insgesamt keine hohe Wirksamkeit zu und vermuten, dass substanzielle Anteile durch Korruption verloren gehen.** Es zeigt sich, dass 25 % der Bevölkerung EZ-Maßnahmen für unwirksam halten, während nur 10 % ihnen eine hohe Wirksamkeit zuschreiben. Die Hälfte der Bevölkerung positioniert sich jedoch zwischen diesen Polen.

Implikation: Die kritischen Einschätzungen zur Wirksamkeit und zum Ausmaß der Korruption in der EZ liefern wichtige Anstöße, um die bestehende EZ-Praxis weiter zu verbessern. Hinsichtlich der Wirksamkeit gilt es, die Aid Effectiveness Agenda konsequent zu verfolgen und in zentralen Punkten nachdrücklicher zu kommunizieren. Aber auch Instrumente wie rigorose Wirkungsevaluierungen, die bisher in der deutschen EZ noch kaum verbreitet sind, könnten einen Beitrag zu einer angemesseneren Kommunikation über die Wirksamkeit von EZ leisten. Hinsichtlich der Bekämpfung von Korruption in der EZ gilt es, die zahlreichen internationalen und regionalen Initiativen unter anderem der OECD und der Vereinten Nationen noch ambitionierter umzusetzen. Gerade im Bereich der Wirksamkeit stellt sich jedoch die vorgelagerte Frage, was die Bevölkerung (oder bestimmte Teile der Bevölkerung) eigentlich unter Wirksamkeit versteht und was ein überzeugender Nachweis wäre – eine wissenschaftliche Studie oder Evaluierung, ein Video eines erstellten Gebäudes, ein Testimonial von Projektdurchführenden oder Zielgruppen? Angesichts der Tatsache, dass die Wirksamkeitserwartung sowohl für die Unterstützung der EZ als auch für eigenes Engagement eine zentrale Rolle spielt, sind weitere Forschung sowie eine Diskussion und Reflexion dazu, wie über Wirkung kommuniziert werden kann, dringend erforderlich.

5. **Die Gruppe der überzeugten EZ-Unterstützenden ist relativ klein (14 %), die der EZ-Gegner doppelt so groß (28 %).** Allerdings gibt es eine große Gruppe von Personen, die hinsichtlich ihrer Einstellungen zur EZ unschlüssig sind (35 %). Auch Skeptiker (23 %) sehen Handlungsbedarf im Globalen Süden und empfinden eine moralische Verpflichtung, haben aber Vorbehalte insbesondere gegenüber der Wirksamkeit von EZ.

Implikation: Die Studie liefert erste Ansatzpunkte für eine Typologisierung der Bevölkerung auf Basis ihrer Einstellungen zur EZ. Dieser Weg erscheint vielversprechend, da er den Ausgangspunkt für eine empirisch fundierte zielgruppengerechte Ansprache der jeweiligen Teilgruppen der Bevölkerung bilden kann. Die Typologie deutet darauf hin, dass sich die Ziele der Kommunikation für die Gruppen unterscheiden müssen. Während beispielsweise Skeptikerinnen und Skeptiker insbesondere an einer Diskussion der Wirksamkeit der EZ interessiert sein könnten, dürfte es bei Unterstützenden darum gehen, das Erleben von Selbstwirksamkeit zu stärken und damit den Einstieg in entwicklungspolitisches ehrenamtliches Engagement zu fördern.

6. **Konkretes entwicklungspolitisches Engagement ist auf einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung beschränkt. Begünstigende Faktoren für ein Engagement sind das Erleben von Selbstwirksamkeit und das Empfinden einer moralischen Verpflichtung.** Während sich rund 60 % der Bevölkerung zu entwicklungspolitischen Themen in ihrem sozialen Umfeld austauschen, spenden nur 18 % der Bevölkerung Geld für EZ und nur wenige engagieren sich ehrenamtlich im Inland.

Implikation: Ein vor diesem Hintergrund wichtiges Element der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit könnte es sein, Interessierten Selbstwirksamkeit in diesem Bereich erlebbar zu machen – und sei es nur in kleinen Schritten. Dieses wichtige Prinzip der entwicklungspolitischen Bildung spielt schon im schulischen Unterricht, aber insbesondere auch bei der Förderung ehrenamtlichen Engagements im Erwachsenenalter eine zentrale Rolle. In der Studie zeigt sich der positive Loop zwischen Selbstwirksamkeitserleben und eigenständigem Engagement insbesondere in den Ergebnissen zu

den in der Agenda 2030 enthaltenen SDGs. Diejenigen, die denken, dass sie relativ viel zur Erreichung des jeweiligen Ziels beitragen können, sind auch diejenigen, die – zumindest in ihrer Selbstwahrnehmung – besonders stark zu seiner Erreichung beitragen. Auch dies spricht dafür, Gelegenheiten zu schaffen, bei denen eigene Beiträge als wirksam erlebt werden können. In Fällen, in denen dies schwierig ist, könnte es in der Kommunikation hilfreich sein, die Wirksamkeit zumindest des kollektiven Beitrags zu betonen.

7. **Die politische Orientierung steht häufig mit Einstellungen zur EZ in Zusammenhang, aber auch mit der empfundenen Distanz zur Lage im Globalen Süden bzw. der Wahrnehmung globaler Ungleichheit.** Der soziodemografische Hintergrund steht hingegen kaum in einem systematischen Verhältnis zu Einstellungen und Wissen. Herauszustellen sind jedoch Zusammenhänge zwischen Einkommen bzw. Bildung und entwicklungsbezogenem Spenden- bzw. Konsumverhalten. Auch für ehrenamtliches Engagement spielt das Einkommen indirekt eine Rolle.

Implikation: Eine Herausforderung für EZ-Akteure, aber auch für Akteure angrenzender Politik- und Handlungsfelder (z. B. im Umweltbereich), liegt darin, dass möglichst breite Bevölkerungsteile jenseits der EZ-nahen Zielgruppen von der Bedeutung globaler nachhaltiger Entwicklung überzeugt werden sollten, sofern die Akteure die Agenda 2030 als People's Agenda verstehen. Eine breite gesellschaftliche Zustimmung dürfte politische und gesellschaftliche Maßnahmen zur Realisierung der Agenda vereinfachen. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass ein entsprechend nachhaltiger Lebensstil (z. B. Kauf von nachhaltig produzierter Kleidung und von Fairtrade-Produkten) finanzielle Ressourcen voraussetzt, über die einige Bevölkerungsgruppen nicht verfügen. Für viele andere ist ein solcher Lebensstil nicht praktikabel, etwa wenn sie auf ihr Auto verzichten müssten. Auch ehrenamtliches Engagement verlangt zeitliche Ressourcen. Aus diesen Gründen sollten EZ-Akteure darauf achten, dass die Agenda 2030 nicht zu einem Elitenprojekt wird, das mit dem „moralischen Zeigefinger“ sozial Schwächere bzw. skeptische Bürgerinnen und Bürger ausgrenzt. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Agenda 2030 auch soziale Missstände in modernen Industriestaaten adressiert. Eine Ausgrenzung sozial Schwächerer scheint daher kontraproduktiv. Empfehlenswerter scheint indes die Initiierung eines inklusiven öffentlichen Dialogs anstatt einfacher Werbekampagnen, die das Produkt Agenda 2030 schmackhaft machen (vgl. auch Brulle, 2010). Innerhalb dieses Dialogs ließen sich Möglichkeiten aufzeigen, wie auch ohne große finanzielle und zeitliche Ressourcen im Alltag kleine Beiträge zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung geleistet werden können. Daraus könnte sich eine gesellschaftliche Nachhaltigkeitsvision entwickeln, für die dann tatsächlich gilt: „*Leave no one behind*“.

11. LITERATUR

- Andreß, H.-J. et al. (2013), *Applied Panel Data Analysis for Economic and Social Surveys*, Springer, Heidelberg.
- Backhaus, K. et al. (2011), *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*, Springer-Lehrbuch, Springer, Berlin/Heidelberg, 13., überarbeitete Aufl.
- Bae, S.-S. und S. Kim (2016), „A Mile Wide and an Inch Deep: Analyzing Europeans' Attitudes toward Development Aid by Using a Multilevel Model“, *International Review of Public Administration*, Vol. 21, Nr. 3, S. 185–198.
- BAMF (2017), „Aktuelle Zahlen zu Asyl 04/2017“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Bandura, A. (1982), „Self-efficacy Mechanism in Human Agency“, *American Psychologist*, Vol. 27, Nr. 2, S. 122–147.
- Bauhr, M. et al. (2013), „Does Corruption Cause Aid Fatigue? Public Opinion and the Aid-Corruption Paradox“, *International Studies Quarterly*, Vol. 57, Nr. 3, S. 568–579.
- Bayram, A.B. (2016a), „Aiding Strangers: Generalized Trust and the Moral Basis of Public Support for Foreign Development Aid“, *Foreign Policy Analysis*, doi:10.1093/fpa/orw008.
- Bayram, A.B. (2016b), „Values and Prosocial Behaviour in the Global Context: Why Values Predict Public Support for Foreign Development Assistance to Developing Countries“, *Journal of Human Values*, Vol. 22, Nr. 2, S. 93–106.
- Bell, A. und K. Jones (2015), „Explaining Fixed Effects: Random Effects Modeling of Time-Series Cross-Sectional and Panel Data“, *Political Science Research and Methods*, Vol. 3, Nr. 01, S. 133–153.
- Bermeo, S.B. und D. Leblang (2015), „Migration and Foreign Aid“, *International Organization*, Vol. 69, Nr. 3, S. 627–657.
- Berry, M. et al. (2015), „Press Coverage of the Refugee and Migrant Crisis in the EU: A Content Analysis of Five European Countries“, United Nations High Commission for Refugees, Genf.
- BMUB (2015), „Umweltbewusstsein in Deutschland 2014 Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage“, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), Berlin.
- BMUB (2016), „Naturbewusstsein 2015 Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt“, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), Berlin.
- BMZ (2009), „Operationsplan zur Umsetzung der Pariser Erklärung 2005 und des Accra Aktionsplans 2008 zur Steigerung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit“, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.
- BMZ (2015a), „Der neue Zukunftsvertrag für die Welt: Die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung“, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.
- BMZ (2015b), „Zukunftscharta. EINEWELT – Unsere Verantwortung“, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.
- BMZ (2015c), „Mitmachen!“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.
- BMZ (2016a), „Wirtschaft – Chancen für nachhaltige Entwicklung: Privatwirtschaft als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.
- BMZ (2016b), „Perspektiven für Flüchtlinge schaffen: Fluchtursachen mindern, Aufnahmeregionen stabilisieren, Flüchtlinge unterstützen.“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.

- BMZ (2017a)**, „Pressemitteilung: Deutsche ODA-Quote steigt erstmals auf 0,7 Prozent“, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.
- BMZ (2017b)**, „*Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik – 15. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung*“, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin.
- BMZ und BMUB (2015)**, „*Die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Gemeinsame globale Herausforderungen, Interessen und Ziele. Bericht der Bundesregierung zu Ausgangslage und Perspektiven*“, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), Bonn/Berlin.
- Bodenstein, T. und J. Faust (2017)**, „Who Cares? European Public Opinion on Foreign Aid and Political Conditionality: Public opinion on foreign aid and political conditionality“, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 55, Nr. 5, S. 955–973.
- Bogumil, J. et al. (2016)**, „Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise“, *Verwaltung & Management*, Vol. 22, Nr. 3, S. 126–136.
- Bohner, G. und M. Wänke (2009)**, *Attitudes and attitude change*, Social psychology, Psychology Press, Hove, Reprinted.
- Boudreau, C. und A. Lupia (2011)**, „Political Knowledge“, in Druckman, J.N., D.P. Green, J.H. Kuklinski und A. Lupia (Hrsg.), *Cambridge Handbook of Experimental Political Science*, Cambridge University Press, Cambridge, S. 171–183.
- Brady, H.E. et al. (1995)**, „Beyond SES: A Resource Model of Political Participation“, *American Political Science Review*, Vol. 89, Nr. 2, S. 271–294.
- Braun, D. und M. Tausendpfund (2014)**, „The Impact of the Euro Crisis on Citizens' Support for the European Union“, *Journal of European Integration*, Vol. 36, Nr. 3, S. 231–245.
- Brown, S. (2015)**, „Aid Effectiveness and the Framing of New Canadian Aid Initiatives“, in Duane Bratt und Christopher J. Kukucha (Hrsg.), *Readings in Canadian Foreign Policy: Classic Debates and New Ideas. Third Edition*, Oxford University Press, Oxford.
- Brown, S. et al. (Hrsg.) (2016)**, *Rethinking Canadian aid*, University of Ottawa Press, Ottawa, Second edition.
- Brown, S. und J. Grävingholt (Hrsg.) (2016)**, *The Securitization of Foreign Aid*, Rethinking international development series, Palgrave Macmillan, Basingstoke, Hampshire.
- Brulle, R.J. (2010)**, „From Environmental Campaigns to Advancing the Public Dialog: Environmental Communication for Civic Engagement“, *Environmental Communication*, Vol. 4, Nr. 1, S. 82–98.
- Bryman, A. (2016)**, *Social Research Methods*, Oxford University Press, Oxford, Fifth edition.
- Burt, C.D.B. und K. Strongman (2005)**, „Use of Images in Charity Advertising: Improving Donations and Compliance Rates“, *International Journal of Organisational Behaviour*, Vol. 8, Nr. 8, S. 571–590.
- Büschel, H. (2010)**, „*Geschichte der Entwicklungspolitik*“, ZZf – Centre for Contemporary History.
- Casale, D. und A. Baumann (2015)**, „Who Gives to International Causes? A Sociodemographic Analysis of U.S. Donors“, *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, Vol. 44, Nr. 1, S. 98–122.
- Chong, A. und M. Gradstein (2008)**, „What Determines Foreign Aid? The Donors' Perspective“, *Journal of Development Economics*, Vol. 87, Nr. 1, S. 1–13.
- Chouliaraki, L. (2010)**, „Post-humanitarianism: Humanitarian communication beyond a politics of pity“, *International Journal of Cultural Studies*, Vol. 13, Nr. 2, S. 107–126.

- Clemens, M.A. (2014), „Does Development Reduce Migration?“, Discussion Paper, Nr. No. 8592, Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn.
- Collins, L.M. und S.T. Lanza (2010), *Latent Class and Latent Transition Analysis: with Applications in the Social, Behavioral, and Health Sciences*, Wiley series in probability and statistics, Wiley, Hoboken, NJ.
- Crage, S. (2016), „The More Things Change ... Developments in German Practices towards Asylum Seekers and Recognised Refugees“, *German Politics*, Vol. 25, Nr. 3, S. 344–365.
- Czaplńska, A. (2007), „Building Support for Development Cooperation“, Instituto Complutense de Estudios Internacionales, Madrid.
- Dados, N. und R. Connell (2012), „The Global South“, *Contexts*, Vol. 11, Nr. 1, S. 12–13.
- Degnbol-Martinussen, J. et al. (2003), *Aid: understanding international development cooperation*, Zed Books, London/New York, NY.
- Delli Carpini, M.X. und S. Keeter (1996), *What Americans Know about Politics and Why It Matters*, Yale Univ. Press, New Haven.
- Dreher, A. et al. (2012), „Aid Allocation by German NGOs: Does the Degree of Official Financing Matter?“, *The World Economy*, Vol. 35, Nr. 11, S. 1448–1472.
- Dziuba-Kaiser, S. und J. Rott (2016), „Immer eine Armlänge Abstand vom „Anderen“? Zur medialen Berichterstattung über das „Ereignis Köln““, *FEMINA POLITICA – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Vol. 25, Nr. 2, S. 121–129.
- Eagly, A.H. und S. Chaiken (1993), *The Psychology of Attitudes*, Harcourt Brace Jovanovich College Publishers.
- Easton, D. (1975), „A Re-assessment of the Concept of Political Support“, *British Journal of Political Science*, Vol. 5, Nr. 4, S. 435.
- Eichenberg, R.C. (2007), „Citizen Opinion on Foreign Policy and World Politics“, in Dalton, R.J. und H.-D. Klingemann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford University Press, Oxford, S. 383–401.
- Eichenberg, R.C. (2016), „Public Opinion on Foreign Policy Issues“, *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, S. 1–21.
- Erikson, R.S. und K.L. Tedin (2011), *American public opinion*, Longman, Boston.
- Eurobarometer (2016), „Standard-Eurobarometer 85: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union“, Europäische Kommission, Brüssel.
- Europäische Kommission (2016), „Spezial Eurobarometer 441 - Das Europäische Jahr der Entwicklung - Die Ansichten der EU-Bürger zu Entwicklung, Zusammenarbeit und Hilfe“.
- Europäische Kommission (2017), „Spezial Eurobarometer 455 - Die Ansichten der EU-Bürger zu Entwicklung, Zusammenarbeit und Hilfe“, Brüssel.
- Faust, J. und S. Leiderer (2008), „Zur Effektivität und politischen Ökonomie der Entwicklungszusammenarbeit“, *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 49, Nr. 1, S. 129–152.
- Faust, J. und D. Messner (2005), „Europe’s New Security Strategy: Challenges for Development Policy“, *The European Journal of Development Research*, Vol. 17, Nr. 3, S. 423–436.
- Finkel, S.E. (1985), „Reciprocal Effects of Participation and Political Efficacy: A Panel Analysis“, *American Journal of Political Science*, Vol. 29, Nr. 4, S. 891.

- Finkel, S.E. (1987), „The Effects of Participation on Political Efficacy and Political Support: Evidence from a West German Panel“, *The Journal of Politics*, Vol. 49, Nr. 2, S. 441–464.
- Freeden, M. (2003), *Ideology: a very short introduction*, Very short introductions, Oxford Univ. Press, Oxford.
- Gangl, M. (2010), „Causal Inference in Sociological Research“, *Annual Review of Sociology*, Vol. 36, Nr. 1, S. 21–47.
- Georgiou, M. und R. Zaborowski (2017), „Media Coverage of the “refugee crisis”: A cross-European perspective“, London School of Economics, London.
- Gerber, A.S. und D.P. Green (2017), „Field Experiments on Voter Mobilization“, *Handbook of Economic Field Experiments*, Elsevier, Bd. 1, S. 395–438.
- Giebler, H. und A. Wagner (2015), „Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten. Eine Einführung“, in Giebler, H. und A. Wagner (Hrsg.), *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*, Nomos, Baden-Baden, S. 9–48.
- Giesselmann, M. und M. Windzio (2012), *Regressionsmodelle zur Analyse von Paneldaten*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Global Perspectives Initiative (2017), „GPI Studie 2017. Wie die Deutschen Entwicklung und die Zukunft Afrikas sehen“, Berlin.
- Gonzenbach, W.J. (1996), *The Media, the President, and Public Opinion: a Longitudinal Analysis of the Drug Issue, 1984-1991*, LEA's communication series, L. Erlbaum Associates, Mahwah, N.J.
- Goodman, S. (2008), „A Dirty Dozen: Twelve P-Value Misconceptions“, *Seminars in Hematology*, Vol. 45, Nr. 3, S. 135–140.
- Grefe, C. und A. Köckritz (2017), „Entwicklungshilfe: Ein großer Schub für Afrika“, *Die Zeit*, Hamburg.
- Heinrich, T. et al. (2016), „Public Opinion and Foreign Aid Cuts in Economic Crises“, *World Development*, Vol. 77, S. 66–79.
- Henson, S. und J. Lindstrom (2013), „“A Mile Wide and an Inch Deep”? Understanding Public Support for Aid: The Case of the United Kingdom“, *World Development*, Vol. 42, S. 67–75.
- Höpner, M. und B. Jurczyk (2012), „Kritik des Eurobarometers“, *Leviathan*, Vol. 40, Nr. 3, S. 326–349.
- Hudson, D. und J. vanHeerde-Hudson (2012), „‘A Mile Wide and an Inch Deep’: Surveys of Public Attitudes towards Development Aid“, *International Journal of Development Education and Global Learning*, Vol. 4, Nr. 1, S. 5–23.
- Jäckle, S. und P.D. König (2017), „The Dark Side of the German ‘Welcome Culture’: Investigating the Causes Behind Attacks on Refugees in 2015“, *West European Politics*, Vol. 40, Nr. 2, S. 223–251.
- Jost, J.T. et al. (2009), „Political Ideology: Its Structure, Functions, and Elective Affinities“, *Annual Review of Psychology*, Vol. 60, Nr. 1, S. 307–337.
- Jost, J.T. et al. (2015), „Political Ideologies and their Social Psychological Functions“, in Freeden, M. (Hrsg.), *Handbook of Political Ideologies*, Oxford University Press, Oxford, S. 232–250.
- Kevenhörster, P. (1995), „Im Schatten der „großen“ Politik: Entwicklungspolitik in der Öffentlichen Meinung“, in Steinbach, U. und V. Nienhaus (Hrsg.), *Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost*, Leske + Budrich, Opladen, S. 325–337.
- Knowles, S. und T. Sullivan (2017), „Does Charity Begin at Home or Overseas?“, *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, Vol. 46, Nr. 5, S. 944–962.

- Kollmuss, A. und J. Agyeman (2002), „Mind the Gap: Why Do People Act Environmentally and What Are the Barriers to Pro-environmental Behavior?“, *Environmental Education Research*, Vol. 8, Nr. 3, S. 239–260.
- Krimmer, D.H. (2013), „ZiviZ-Survey 2012: Bereichsauswertung „Internationale Solidarität“, Berlin.
- Lampert, M. und P. Papadongonas (2016), „Towards 2030 without Poverty“, Glocalities: think global, act local, Amsterdam,
- Lancaster, C. (2007), *Foreign Aid: Diplomacy, Development, Domestic Politics*, Univ. of Chicago Press, Chicago.
- Legewie, J. (2013), „Terrorist Events and Attitudes toward Immigrants: A Natural Experiment“, *American Journal of Sociology*, Vol. 118, Nr. 5, S. 1199–1245.
- Leiserowitz, A.A. et al. (2006), „Sustainability Values, Attitudes, and Behaviors: A Review of Multinational and Global Trends“, *Annual Review of Environment and Resources*, Vol. 31, Nr. 1, S. 413–444.
- Lengauer, G. et al. (2012), „Negativity in Political News: A Review of Concepts, Operationalizations and key findings“, *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, Vol. 13, Nr. 2, S. 179–202.
- Lewandowsky, M. (2017), „Was ist und wie wirkt Rechtspopulismus?“, *Bürger & Staat*, Vol. 67, Nr. 1, S. 4–11.
- Likert, R. (1932), „A Technique for the Measurement of Attitudes“, *Archives of Psychology*, Vol. 22, Nr. 1, S. 5–55.
- Lumsdaine, D.H. (1993), *Moral Vision in International Politics - The Foreign Aid Regime, 1949–1989*, Princeton University Press, New Jersey.
- Lupia, A. (2016), *Uninformed: Why People Know so Little about Politics and What We Can Do about It*, Oxford University Press, New York.
- Maio, G.R. und G. Haddock (2009), *The Psychology of Attitudes and Attitude Change*, Sage Social Psychology Program Series, Sage, Los Angeles.
- McCright, A.M. (2010), „The Effects of Gender on Climate Change Knowledge and Concern in the American Public“, *Population and Environment*, Vol. 32, Nr. 1, S. 66–87.
- Micheletti, M. und D. Stolle (2012), „Sustainable Citizenship and the New Politics of Consumption“, *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 644, Nr. 1, S. 88–120.
- Micklewright, J. und S.V. Schnepf (2009), „Who Gives Charitable Donations for Overseas Development?“, *Journal of Social Policy*, Vol. 38, Nr. 02, S. 317.
- Mignolo, W.D. (2011), „The Global South and World Dis/Order“, *Journal of Anthropological Research*, Nr. 67, S. 165–188.
- Milner, H.V. und D. Tingley (2013a), „Public Opinion and Foreign Aid: A Review Essay“, *International Interactions*, Vol. 39, Nr. 3, S. 389–401.
- Milner, H.V. und D. Tingley (2013b), „The Choice for Multilateralism: Foreign Aid and American Foreign Policy“, *The Review of International Organizations*, Vol. 8, Nr. 3, S. 313–341.
- Mood, C. (2010), „Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It“, *European Sociological Review*, Vol. 26, Nr. 1, S. 67–82.
- Moosbrugger, H. und A. Kelava (Hrsg.) (2012), *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion: mit 66 Abbildungen und 41 Tabellen*, Springer-Lehrbuch, Springer, Berlin Heidelberg, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage.

- Morgenthau, H. (1962), „A Political Theory of Foreign Aid.“, *American Political Science Review*, Vol. 56, Nr. 2, S. 301–309.
- Mudde, C. (2007), *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Niebel, D. (2012), „Die Zukunft der deutschen Entwicklungspolitik“, in Harnisch, S., S. Schmidt, R. Steltmeier und BMZ (Hrsg.), *Auf Augenhöhe. 50 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1961–2011*, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Nissen, S. (2014), „The Eurobarometer and the Process of European Integration: Methodological Foundations and Weaknesses of the Largest European Survey“, *Quality & Quantity*, Vol. 48, Nr. 2, S. 713–727.
- Noël, A. und J.-P. Thérien (1995), „From Domestic to International Justice: the Welfare State and Foreign Aid“, *International Organization*, Vol. 49, Nr. 3, S. 523–553.
- Noël, A. und J.-P. Thérien (2002), „Public Opinion and Global Justice“, *Comparative Political Studies*, Vol. 35, Nr. 6, S. 631–656.
- OECD (2005), „*Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht (deutsche Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD)*“, OECD Publishing, Paris.
- OECD DAC (2017), „Development Aid Rises Again in 2016“, Paris.
- OECD DevCom (2014), „*Good Practices in Development Communication*“, OECD Development Centre, Paris.
- OECD DevCom (2016), „*2016 DevCom Annual Meeting Report*“, OECD DevCom, Paris.
- Opp, K.-D. (2001), „Collective Political Action. A Research Program and Some of Its Results.“, *Analyse & Kritik*, Vol. 23, Nr. 1, S. 1–20.
- Pagel, H. et al. (2014), „The Use of the Concept „Global South“ in Social Science & Humanities“, gehalten auf dem Symposium: „Globaler Süden/Global South: Kritische Perspektiven“, Institut für Asien- & Afrikawissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin, S. 1.
- Paxton, P. und S. Knack (2012), „Individual and Country-level Factors Affecting Support for Foreign Aid“, *International Political Science Review*, Vol. 33, Nr. 2, S. 171–192.
- Pollitt, C. und G. Bouckaert (2017), *Public Management Reform: a Comparative Analysis – into the Age of Austerity*, Oxford University Press, Oxford, Fourth edition.
- Prather, L. (2016), „Values at the Water’s Edge: Social Welfare Values and Foreign Aid“, Arbeitspapier.
- Raatz, S. (2016), *Entwicklung von Einstellungen gegenüber verantwortungsvoller Führung*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.
- Rajan, S.S. et al. (2009), „Sociodemographic and Personality Characteristics of Canadian Donors Contributing to International Charity“, *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, Vol. 38, Nr. 3, S. 413–440.
- Reddy, S.G. und C. Minoiu (2007), „Has World Poverty Really Fallen?“, *Review of Income and Wealth*, Vol. 53, Nr. 3, S. 484–502.
- Riddell, R. (2007), *Does Foreign Aid Really Work?*, Oxford University Press, Oxford.
- Schmidt, V.A. (2013), „Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and ‘Throughput’“, *Political Studies*, Vol. 61, Nr. 1, S. 2–22.
- Schraven, B. und J. Grävingholt (2016), „Langfristig, mühsam, ohne Erfolgsgarantie – und doch notwendig: Die entwicklungspolitische „Bekämpfung“ von Fluchtursachen“, Die aktuelle Kolumne.

- Schüller, S. (2016), „The Effects of 9/11 on Attitudes toward Immigration and the Moderating Role of Education: Effects of 9/11 on Attitudes Toward Immigration“, *Kyklos*, Vol. 69, Nr. 4, S. 604–632.
- Simonson, J. und N. Hameister (2017), „Sozioökonomischer Status und freiwilliges Engagement“, in Simonson, J., C. Vogel und C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, S. 439–464.
- Spence, A. et al. (2012), „The Psychological Distance of Climate Change: Psychological Distance of Climate Change“, *Risk Analysis*, Vol. 32, Nr. 6, S. 957–972.
- Spiegel Online (2016), „Studie zu Flüchtlingen und Migranten: Die Willkommenskultur verabschiedet sich“, *SPIEGEL ONLINE*, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutsche-ruecken-von-willkommenskultur-ab-a-1101494.html>, zugegriffen 08.11.2016.
- Spiegel Online (2017), „Entwicklungsminister: Müller warnt vor 100 Millionen Flüchtlingen aus Afrika“, *Spiegel Online*.
- Stern, M. (1998), „Development Aid: What the Public Thinks“, *ODS Working Paper*, Vol. 3.
- Sturgis, P. et al. (2009), „Attitudes Over Time: The Psychology of Panel Conditioning“, in Lynn, P. (Hrsg.), *Methodology of Longitudinal Surveys*, Wiley, Chichester, S. 113–126.
- Taberbero, C. und B. Hernández (2011), „Self-Efficacy and Intrinsic Motivation Guiding Environmental Behavior“, *Environment and Behavior*, Vol. 43, Nr. 5, S. 658–675.
- Trefzer et al. (2014), „Introduction: The Global South and/in the Global North: Interdisciplinary Investigations“, *The Global South*, Vol. 8, Nr. 2, S. 1.
- Trope, Y. und N. Liberman (2010), „Construal-level Theory of Psychological Distance.“, *Psychological Review*, Vol. 117, Nr. 2, S. 440–463.
- UN (2015), *Transforming our world. The 2030 Agenda for Sustainable Development*, New York.
- United Nations (1970), „International Development Strategy for the Second United Nations Development Decade. UN General Assembly Resolution 2626 (X XV), paragraph 43“, <http://www.un-documents.net/a25r2626.htm>, zugegriffen 28.09.2017.
- van der Veen, A.M. (2011), *Ideas, Interests and Foreign Aid*, Cambridge Studies in International Relations, Cambridge Univ. Press, Cambridge.
- Vogel, C. et al. (2017), „Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund“, in Simonson, J., C. Vogel und C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 601–634.
- Wessler, H. (1999), *Öffentlichkeit als Prozess: Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Wiesendahl, E. (2016), „Der Kulturkonflikt um die Flüchtlingskrise und die politischen Folgen“, *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, Vol. 14, Nr. 1, S. 53–79.
- Willems, U. (1998), *Entwicklung, Interesse und Moral*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- YouGov (2017), „Panelbook. Das YouGov Panel im Überblick“, Köln.

Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval)

Fritz-Schäffer-Str. 26
53113 Bonn, Deutschland

Tel: + 49 (0)228 33 69 07-0
Fax: +49 228 24 99 29-904

Mail: info@DEval.org
www.DEval.org

